



universität
wien

DIPLOMARBEIT / DIPLOMA THESIS

Titel der Diplomarbeit / Title of the Diploma Thesis

„Antisemitismus in den österreichischen Parteien der
1960er und Anfang der 1970er Jahre“

verfasst von / submitted by

Petra Mayrhofer

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for
the degree of

Magistra der Philosophie (Mag. phil.)

Wien, 2016 / Vienna, 2016

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on
the student record sheet:

A 190 456 313

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on
the student record sheet:

Lehramtsstudium UniStG
UF Geographie und Wirtschaftskunde
UF Geschichte, Sozialkunde, Polit.Bildg.

Betreut von / Supervisor:

Univ.-Prof. Mag. DDr. Oliver Rathkolb

Eidesstattliche Erklärung

Hiermit versichere ich,

- dass ich die vorliegende Diplomarbeit selbstständig verfasst, andere als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel nicht benutzt und mich auch sonst keiner unerlaubten Hilfe bedient habe,
- dass ich dieses Diplomarbeitsthema bisher weder im In- noch im Ausland in irgendeiner Form als Prüfungsarbeit vorgelegt habe
- und dass diese Arbeit mit der vom Begutachter beurteilten Arbeit vollständig übereinstimmt.

Wien, im Mai 2016

Danksagung

Mein besonderer Dank gilt Universitätsprofessor Mag. DDr. Oliver Rathkolb, der mir bei der Eingrenzung meines Themas und mit vielen nützlichen Literaturtipps während der Entstehung meiner Diplomarbeit äußerst hilfreich zur Seite stand. Auch dem Team der Zeitgeschichte Fachbereichsbibliothek, auf der ich ca. 90% der Arbeit verfasst habe, danke ich für ihre freundliche und hilfsbereite Art.

Außerdem bedanke ich mich bei meinen ehemaligen Mitbewohnerinnen, Julie und Alex, die immer ein offenes Ohr für mich hatten und auch während mühsameren Zeiten im Studium immer moralischen Beistand leisteten. Auch meinen lieben Freunden, die ich im Zuge meiner Auslandsexkursion nach Südostasien kennenlernen durfte und für die ich in den letzten Monaten leider nicht viel Zeit aufbringen konnte, gebührt großer Dank für ihr Verständnis.

Last but not least möchte ich mich natürlich auch bei meinen Eltern bedanken, die durch ihre finanzielle Unterstützung mein Studium erst möglich gemacht hatten.

Abstract

Die vorliegende Diplomarbeit beschäftigt sich mit Antisemitismus in Österreich, genauer gesagt mit Antisemitismus der politischen Parteien in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Zu Beginn der Arbeit werden die wichtigsten Begriffe erklärt, sowie die in der Arbeit bearbeiteten Parteien auf ihre historische Entwicklung, Akteure und Ideologien in der Zweiten Republik untersucht.

Im Anschluss werden nicht nur etwaige Skandale und Entgleisungen diverser Politiker im Nationalrat aufgezeigt, sondern auch von den zu den einzelnen Parteien nahestehenden Organisationen, besonders in Hinblick auf die nur spärlich vollzogene oder gescheiterte Entnazifizierungspolitik.

Skandale und Entgleisungen gab es durch den latenten Antisemitismus, der von keiner österreichischen Partei ausgeschlossen werden konnte, immer wieder, nur war das Medieninteresse, beziehungsweise das Interesse der anderen Politiker und Politikerinnen zu gering um nachhaltige Änderungen zu erwirken, wie das Beispiel des antisemitischen Hochschul-Professors, Borodajkewycz, zeigen wird.

Durch die Wahl eines Bundeskanzlers jüdischer Herkunft, Bruno Kreiskys, könnte man meinen, dass der Antisemitismus in Österreich nicht mehr länger existierte. Dieser prägte jedoch die antizionistische Einstellung Österreichs maßgeblich und durch den Konflikt mit Simon Wiesenthal eskalierte beinahe ein Streit, der zum einen international für Aufsehen sorgte und zum anderen Antisemitismus in der Bevölkerung wieder weiter zum Vorschein kommen ließ.

Inhalt

1. Einleitung	9
2. Begriffserklärungen und Definitionen	12
2.1. Antisemitismus	12
2.2. Latenter Antisemitismus	14
2.3. Antizionismus	15
2.4. Philosemitismus	16
2.5. Entnazifizierung	17
3. Die Parteien - Ideologien, Entwicklung und wichtige Persönlichkeiten nach 1945	21
3.1. Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)	21
3.2. Österreichische Volkspartei (ÖVP)	27
3.3. Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)	30
3.4. Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP)	33
3.5. Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)	34
4. Antisemitismus im Nationalrat	37
4.1. Latenter Antisemitismus in der ÖVP?	38
4.1.1. Alois Scheibenreif	39
4.1.2. Klaus: „Ich bin Philosemit“	41
4.1.3. Wahlkampf 1970 – „Ein echter Österreicher“	42
4.1.4. Suppan-Haider-Affäre	44

4.2. Antisemitismus innerhalb der SPÖ	45
4.3. Franz Olah und die DFP.....	52
4.4. FPÖ – Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten	57
4.5. KPÖ – Zwischen Antifaschismus und Antizionismus	61
5. Die Affäre-Borodajkewycz.....	65
5.1. Der Vorfall	65
5.2. Umgang im Parlament.....	74
5.3. Stellungnahme verschiedenster österreichischer Politiker und internationale Reaktionen zum Vorfall	78
6. Bruno Kreisky – Ein jüdischer Kanzler	82
6.1. Kreisky und seine Beziehung zum Judentum	83
6.2. Von philosemitischen Tendenzen in der SPÖ hin zum Antizionismus	91
6.3. Der Kreisky-Wiesenthal Konflikt	98
7. „Die Juden in Österreich“ – Eine umstrittene Serie in der Kronen Zeitung	109
8. Studie zum Thema Antisemitismus in Österreich nach Bernd Marin in Hinblick auf die Parteipräferenz	114
9. Zusammenfassung	122
10. Literaturverzeichnis.....	126

1. Einleitung

Über Antisemitismus in den Nachkriegsjahren findet man bezogen auf die Parteien genug Literatur und Material, doch will man sich damit beschäftigen, was 15 bis 30 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges in den österreichischen Parteien passiert war, muss man schon um einiges genauer hinsehen. Antisemitismus wurde verharmlost, tabuisiert und als nicht mehr existent dargestellt, obwohl Handlungsmöglichkeiten um ein klares Zeichen zu setzen zur Genüge vorhanden gewesen wären.

Diese Diplomarbeit soll nun einen Abriss aus diesen ca. 15 Jahren beleuchten. Natürlich wird dabei auch auf die unmittelbaren Nachkriegsjahre eingegangen werden müssen, da diese in Bezug auf Antisemitismus, Entnazifizierung und der Wiedereingliederung der ehemaligen Nationalsozialisten in höhere Funktionen, seien diese in den Parteien selbst oder in zu Parteien nahestehenden Organisationen, richtungsweisend waren.

Zu Beginn der Arbeit werden die wichtigsten Begriffe, die im Verlauf immer wieder auftauchen, kurz erklärt und definiert. Auch jene Parteien die in der Diplomarbeit eine wichtige Rolle spielen, werden in Hinblick auf ihre Entwicklungen, Ideologien und die wichtigsten Persönlichkeiten zu Beginn der Zweiten Republik, dargestellt. Es handelt sich hierbei nicht um eine vollständige Auflistung aller Parteien, die es in Österreich bis zum untersuchten Zeitraum gegeben hatte und auch nicht nur um jene Parteien die im Nationalrat vertreten waren. Die Auswahl enthält jene Parteien, die zum einen die Republik mitbegründet hatten, als Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten bekannt wurden, oder durch ein antisemitisches Zwischenspiel eines ausgeschlossenen Sozialisten für Aufsehen sorgte.

Anschließend wird etwas detaillierter auf antisemitische Entgleisungen, Vorfälle, Wahlkämpfe und Ähnliches von Nationalratsabgeordneten oder den Parteien nahestehenden Organisationen eingegangen. Die beiden umfangreichsten Kapitel werden zum einen von der Affäre-Borodajkewycz handeln, in der es der Politik nicht gelungen war, Ordnung in den Fall zu bringen, beziehungsweise sich klar vom Hochschul-Professor zu distanzieren, was zur Folge hatte, dass sogar

ein Todesopfer verzeichnet werden musste. Zum anderen das Kreisky-Kapitel, welches auch klar im Schatten des Antisemitismus beziehungsweise des Antizionismus steht. Es wird Kreiskys Beziehung zum Judentum thematisiert, seine Einstellung zu Israel und seiner meinungsbildenden Art in Bezug auf Antizionismus. Außerdem wird der Konflikt zwischen Kreisky und Wiesenthal näher beleuchtet und aufgezeigt, wie emotional dieser beide betroffen hat.

Kurz wird auf die „Judenserie“ in der Kronen Zeitung eingegangen, die nicht unerwähnt bleiben darf und von einer Studie zum Thema „Antisemitismus in Österreich“ wird der Zusammenhang zur Parteipräferenz dargestellt und analysiert.

Folgende drei Forschungsfragen sollen mit Hilfe der Diplomarbeit beantwortet werden können:

- Wie wurde innerhalb der Parteien in den 1960er und 1970er Jahren mit antisemitischen Vorfällen umgegangen und wie haben sich antisemitische Ressentiments geäußert?
- Vom Antisemitismus zum Antizionismus. Wie hat sich der Antisemitismus mit der Zeit verändert und was war das Besondere am Antisemitismus bzw. Antizionismus aus der österreichischen Linken?
- Eine Sozialhistorische Meinungsumfrage zu Beginn der 80er Jahre zeigt die Einstellung zu Juden, Israel und Antisemitismus in der österreichischen Bevölkerung. Gibt es einen Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und Parteipräferenz?

Methodisch wird die Diplomarbeit hauptsächlich aus Literaturarbeit bestehen. Dabei wird versucht, auf möglichst aktuelle Forschungsergebnisse einzugehen, aber auch Originaldokumente aus den 60er Jahren werden in die Arbeit miteingebaut. Auch auf die Memoiren Kreiskys wird im Zuge der Arbeit immer wieder Bezug genommen, um seine Sicht der Dinge beleuchten zu können. Da Antisemitismus in der Zweiten Republik meist mit Aussagen einhergeht, werden stellenweise relativ viele direkte Zitate angeführt, die jedoch zum besseren Verständnis notwendig sind.

Selbstverständlich bemühe ich mich darum, ordnungsgemäß zu gendern. Sollte ich jedoch das ein oder andere Mal darauf vergessen, bitte ich dies zu entschuldigen. Natürlich ist auch bei der männlichen Form die weibliche immer mit inbegriffen, außer bei manchen Begriffen, bei denen tatsächlich nur auf Männer Bezug genommen wird, wie beispielsweise bei „Kriegsheimkehrern“. Bei „Antisemiten“, „Antizionisten“ und „Philosemiten“ habe ich die weibliche Form bewusst, auf Grund der besseren Lesbarkeit, weggelassen. Selbstverständlich sind auch hier alle „Antisemitinnen“, „Antizionistinnen“ und „Philosemitinnen“ miteinbegriffen.

2. Begriffserklärungen und Definitionen

2.1. Antisemitismus

Der Begriff „Antisemitismus“ kann als Oberbegriff jeder Art von Judenfeindlichkeit oder Judenhass bezeichnet werden. Der moderne Antisemitismus, der mit Rasseneigenschaften argumentiert, bildete sich gegen Ende des 19. Jahrhunderts und muss vom wesentlich älteren „Antijudaismus“, der religiös motiviert ist, unterschieden werden.¹

„Im modernen Sprachgebrauch meint der Begriff Antisemitismus die Gesamtheit judenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen unabhängig von ihrer religiösen, rassistischen, sozialen oder sonstigen Motiven.“²

Als antisemitische Handlungen werden nicht nur die Verfolgung und Vernichtung der Juden wie sie vor und während der Shoa stattfanden gezählt, sondern auch offene Beleidigungen einzelner Juden und die Verurteilung aller Juden nach traditionellen Stereotypen wie Wucher und wirtschaftlicher Macht.

Für die Entwicklung rassenantisemitischer Theorien waren zwei pseudowissenschaftliche Lehren entscheidend, die jedoch selbst noch nicht rein antisemitisch waren. Dies waren zum einen die Rassenlehre, also die pseudowissenschaftliche Grundlage für eine Hierarchie unterschiedlicher „Menschenrassen“, und der Sozialdarwinismus, welcher später auch in der sogenannten „Rassenhygiene“ seinen Höhepunkt erreichte.³

Die Ursprünge des Rassenantisemitismus finden sich in den Thesen des Franzosen Joseph Arthur Comte de Gobineau wieder. Dieser schrieb in einen

¹ Vgl. Benz, Wolfgang: Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments (Schwalbach/Ts 2015): 14.

² Ebd.

³ Vgl. Fugmann, Markus: Moderner Antisemitismus (Frankfurt/Main 1998): 38f.

dreibändigen „Essay über die Ungleichheit der menschlichen Rasse, 1853-55“. Seine Rassentheorien fanden große Anhängerschaft in Deutschland und Österreich, vor allem bei Menschen, denen der religiös motivierte Antijudaismus nicht mehr zeitgemäß war und die wissenschaftlich begründeten Rassentheorien Glauben schenkten.⁴

Wilhelm Marr war in Folge wohl der Mann, der als erster den Terminus Antisemitismus verwendete und den „naturwissenschaftlichen“ Rassismus unters Volk brachte. In seinem Buch „Der Sieg des Judentums über das Germanentum“, das 1879 erschienen war und im Herbst desselben Jahres bereits die zwölfte Auflage erreichte, grenzte er den Antisemitismus vom Antijudaismus ab und arbeitete die Unterschiede zwischen Juden und Deutschen heraus.⁵

Der von Gobineau beeinflusste Houston Stewart Chamberlain machte den Antisemitismus mit seinem zweibändigen Werk „Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts“ mehr als alle anderen salonfähig. Er arbeitete die Gegensätze einer jüdischen und einer arischen Rasse auf und benutzte dabei klassische Stereotype wie beispielsweise einem übergroßen Einfluss der Juden in der Welt. Chamberlain hatte Hitler 1923 persönlich kennengelernt und verehrte ihn bereits früh als „Führer eines neuen Deutschlands“.⁶

Speziell in Österreich entwickelte sich der politische Antisemitismus in den 80er Jahren des 19. Jahrhunderts. Zu den Protagonisten zählten der deutschnationale Georg Ritter von Schönerer und der christlich-soziale und spätere Wiener Bürgermeister Karl Lueger, die beide auch das Denken des jungen Adolf Hitlers in seiner Zeit in Wien beeinflussten.⁷

⁴ Vgl. Pauley, Bruce: Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993): 61.

⁵ Vgl. Ebd. 62.

⁶ Vgl. Benz (2015): 50-53.

⁷ Vgl. Ebd. 59.

2.2. Latenter Antisemitismus

Im Zuge dieser Arbeit wird häufig der Begriff des „latenten Antisemitismus“ zu lesen sein, weshalb auch dieser hier im speziellen erklärt werden soll. Latent bedeutet, dass etwas im Hintergrund vorhanden ist, jedoch nicht direkt zum Vorschein kommt. Latenter Antisemitismus ist demnach unterschwelliger Antisemitismus, der durchaus in Form von Stereotypen vorhanden ist, jedoch auf Grund seiner Tabuisierung nach dem Zweiten Weltkrieg nicht offen zur Schau getragen werden kann.

Latenter Antisemitismus ist schwer zu erheben, da Menschen rassistischen Antisemitismus oft nicht offen zugeben würden und dadurch bei Befragungen als „nicht antisemitisch“ eingestuft werden. Um das Potenzial an latentem Antisemitismus herauszufinden, muss man bei Befragungen tiefer gehen und Vorurteilsstrukturen abfragen, ohne dabei explizit auf Antisemitismus oder Judentum einzugehen. Bei qualitativen Untersuchungen kann dadurch von einem höheren antisemitischen Potenzial ausgegangen werden als bei quantitativen Studien.⁸

Beim nachfaschistischen Antisemitismus kann man ebenso von einem „Antisemitismus ohne Juden“ sprechen, da der jüdische Bevölkerungsanteil in Österreich nach dem Holocaust auf 0,1% sank, welcher jedoch von den Österreichern und Österreicherinnen viel höher eingeschätzt wurde. Vorurteile blieben trotzdem bestehen, obwohl sehr viele Österreicher und Österreicherinnen noch nie direkten Kontakt mit Juden oder Jüdinnen hatten. In Hinblick auf den latenten Antisemitismus kann man ebenso von einem „Antisemitismus ohne Antisemiten“ ausgehen.⁹

⁸ Vgl. Salzborn, Samuel (Hrsg.): Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie (Baden-Baden 2004): 143f.

⁹ Vgl. Marin, Bernd: Ein historisch neuartiger ‚Antisemitismus ohne Antisemiten‘. In: Anton Pelinka, Helmut Reinalter (Hrsg.), Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983):177.

„Dieser Begriff bezeichnet ein Massenvorurteil ohne Legitimation, ohne öffentliches Subjekt, ohne propagandistische Träger, ohne das Selbstbewußtsein und das Selbstverständnis einer Ideologie; es ist kein Rechtfertigungsmuster mehr, auf das >man< sich berufen kann, vielmehr diffamiert, >verboten<. Darüber hinaus ist es als Massenvorurteil durch kulturelle Verfestigung ins >kollektive Unbewußte< abgesunken; es wird häufig ohne Absicht und Bewußtsein im alltäglichen Sprachgebrauch reproduziert, >hinter dem Rücken der Subjekte< über >Sprachzerstörung< durch bewußtlose Individuen hindurch wirkend.“¹⁰

Antisemitismus konnte also nach dem Krieg nicht weiter als politische Ideologie bestehen. Plötzlich Verschwunden ist er deshalb jedoch nicht, sondern verlagerte sich mehr und mehr in die Privatsphäre der Menschen.¹¹

2.3. Antizionismus

„Antizionismus“ gewann mit der Gründung des Staates Israel an Bedeutung und richtet sich hauptsächlich gegen das Existenzrecht Israels als Staat. Die Idee des Zionismus entstand bereits im 19. Jahrhundert als Nationalbewegung und als Reaktion auf die schlechten Lebensbedingungen der Juden und Jüdinnen in Osteuropa. Als Begründer des politischen Zionismus gilt der Österreicher Theodor Herzl mit seinem Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage.“ im Jahr 1896. Gegen den Zionismus waren liberale und assimilierte Juden in Mittel- und Westeuropa, die sich als integrierte BürgerInnen in ihren Nationalstaaten empfanden. Die Orthodoxie lehnte den jüdischen Staat aus religiösen Gründen ab und auch SozialistInnen sowie KommunistInnen waren gegen die Ideen des Zionismus. Rechtsradikale waren gegen den Zionismus, weil sie in ihm Verschwörungstheorien des „Weltjudentums“ sahen.¹²

¹⁰ Ebd.: 177.

¹¹ Vgl. Sottopietra, Doris: Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich (Wien 1997): 96.

¹² Vgl. Benz (2015): 179f.

Antizionismus kann durchaus auch antisemitisch behaftet sein, muss es aber nicht zwingend. Zum einen wurde und wird Antizionismus dafür verwendet, um den nicht mehr salonfähigen Antisemitismus zu umgehen und zum anderen kann Antizionismus einfach als Kritik an den Zionismus bewertet werden, ohne dabei auf antisemitische Ressentiments Bezug zu nehmen. Außerdem gab es auch noch solche Antisemiten, die sozusagen Zionisten waren, nämlich in dem Sinne, dass diejenigen sehr glücklich damit waren, wenn Juden und Jüdinnen das eigene Land verlassen, egal wohin.¹³

Wenn man von Antizionismus spricht, muss man unterscheiden, ob es sich dabei um gerechtfertigte Kritik an der Politik des Staates Israel, so wie man Kritik an jedem anderen Staat der Welt ausüben kann, handelt, oder um versteckten Antisemitismus in Form von Verallgemeinerungen bezüglich des jüdischen Volkes in Israel. Wenn man beispielsweise alle Juden der Welt mit der israelischen Politik identifiziert und typisch jüdische Charaktereigenschaften hinter der Politik vermutet, dann hat es weniger mit Israelkritik zu tun als mit antisemitischen Stereotypen.

2.4. Philosemitismus

In den Nachkriegsjahren entwickelte sich das Phänomen des Philosemitismus. Laut Frank Stern nahm in diesem „[...] die Haltung zu Juden zunehmend den Charakter eines unterschiedslos, ja stereotyp alles Jüdische positiv wertenden gesellschaftlichen Phänomens an.“¹⁴ Es gilt als eine Reaktion auf die Tabuisierung von Antisemitismus nach dem Holocaust. Philosemiten sind Menschen, die ihre positive Einstellung zu Juden in besonderer Weise betonen. Als Hinweis auf philosemitische Einstellungen werden beispielsweise

¹³ Vgl. Zuckermann, Moshe: Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Kritische Überlegungen zu geladenen Begriffen. In: Gerald *Lamprecht* (Hrsg.), Antizionismus, Antisemitismus und Israelkritik (Graz 2007): 21f.

¹⁴ Stern, Frank: Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland. In: Wolfgang Benz (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik (Berlin 1991): 53.

Behauptungen über die besonderen künstlerischen oder wissenschaftlichen Fähigkeiten von Juden gewertet.¹⁵

Hinter diesen judenfreundlichen Haltungen verbargen sich oft antisemitische Vorurteile. Philosemiten versuchten oft durch die oberflächliche Solidarisierung mit den Opfern, ihre eigenen Schuldgefühle ihnen gegenüber zu unterdrücken und in weiterer Folge zu verdrängen.¹⁶ Auffallend war Philosemitismus vorwiegend in der Politik. Ein österreichisches Beispiel, auf das später noch etwas genauer eingegangen wird, war der selbsternannte Philosemit Josef Klaus. Kreisky erinnerte ihn daraufhin an die Worte Masaryks: „[...] der Antisemit hasse die Juden, der Philosemit liebe sie mehr als notwendig.“¹⁷

2.5. Entnazifizierung

Rückblickend betrachtet wird der Entnazifizierungsprozess in Österreich als gescheitertes oder unvollständig durchgeführtes Projekt angesehen. Viele Nationalsozialisten hatten nach dem Zweiten Weltkrieg einflussreiche Positionen im privaten als auch im öffentlichen Sektor inne. 1945 war die Entschlossenheit mit dem Nationalsozialismus abzurechnen in der Regierung groß. SPÖ, ÖVP und KPÖ sahen sich selbst und jeweils die anderen Parteien als antifaschistisch an. Für die Alliierten war die Entnazifizierung eine Bedingung für die angestrebte staatliche Souveränität. Hunderttausende Ehemalige wurden registriert, was eine Verwaltungstechnische Herausforderung darstellte.

Registriert wurden alle NSDAP-Mitglieder und Parteianwärter sowie Mitglieder der verschiedenen Wehrverbände und ihre Position in der Organisationshierarchie. Somit waren von etwa 7 Millionen Einwohnern ca. 7,5% der Gesamtbevölkerung registriert. Dies machte es sehr schwierig eine so große

¹⁵ Vgl. Nonn, Christoph: Antisemitismus. In: Arnd *Bauerkämper*, Peter *Steinbach*, Edgar *Wolfrum* (Hrsg.), *Kontroversen um die Geschichte* (Darmstadt 2008): 97.

¹⁶ Vgl. ebd.

¹⁷ Kreisky, Bruno: *Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil* (Wien 1988): 397.

Anzahl von Staatsbürgern und -bürgerinnen über einen längeren Zeitraum von Rechten, wie beispielsweise dem Wahlrecht, auszuschließen. Bedeutsam für die baldige Nachsicht und Reintegration der „kleinen“ und später auch der „großen“ Nazis war für alle Parteien das große Wählerstimmenpotenzial.

In Österreich waren die drei Parteien und die vier Besatzungsmächte in den Entnazifizierungsprozess eingebunden. Es mussten also gleich mehrere Kompromisse gefunden werden. Das heißt, Kompromisse sowohl zwischen den Parteien als auch zwischen den Alliierten, welche auch die höhere Instanz darstellten. Nach dem Modell von Dieter Stiefel gab es fünf Phasen der Entnazifizierung in Österreich:

- Von April bis Juni 1945 wurden Internierungen hauptsächlich von Alliierten durchgeführt.
- Von Juni 1945 bis Februar 1946 versuchten fünf unterschiedliche Instanzen die Entnazifizierung in den vier Besatzungszonen durchzuführen, was in der Folge zu Überschneidungen und widersprüchlichen Maßnahmen kam.
- Im Februar 1946 traten das Verbotsgesetz, das Kriegsverbrechergesetz und das Wirtschaftssäuberungsgesetz in Kraft und bis zum Februar 1947 erfolgte die Entnazifizierung auf Grundlage dieser Gesetze.
- Vom Februar 1947 bis Mai 1948 erfolgte die Entnazifizierung auf Grundlage des Gesetzes von 1947, indem zwischen Kriegsverbrechern, Belasteten sowie Minderbelasteten Personen unterschieden wurde.
- 1948 bis 1957 war die Zeit der Amnestien.¹⁸

Im Zuge der Amnestien ab Ende der 1940er Jahre schufen die Koalitionsparteien eigene Vorfeldorganisationen, die der Integration der Minderbelasteten dienten. Für die ÖVP war dies der Akademikerbund, für die SPÖ der Bund Sozialistischer Akademiker (BSA). Die Parteien waren also um das „NS-Intelligenzpotential“

¹⁸ Vgl. Niederacher, Sonja: Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. In: Maria Mesner (Hsrg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel SPÖ (Wien 2005): 13-17.

bemüht. In diesen Eingliederungsprozess wurden später auch Belastete miteinbezogen.¹⁹

Außerdem gab es noch den §27 des Verbotsgesetzes von 1945, der die Möglichkeit einer Ausnahme von der Registrierung bot. Dieser Paragraph war für jene gedacht, die nachweislich ihre NSDAP-, SS-, SA-Mitgliedschaft oder sonstiger Organisationen nicht missbraucht hatten und eine positive Haltung zur Unabhängigkeit der Republik Österreich gezeigt hatten. Dieser §27 wurde natürlich sehr stark missbraucht und von den ca. 70.000 Personen die sich bis 4. August 1945 registrieren ließen, stellten 63.000 gleichzeitig einen Antrag auf Nachsicht.²⁰ Im Zuge dieses §27 war es allen Parteien möglich sogenannte „Persilscheine“ auszustellen und somit ein Wort für bestimmte Personen einzulegen, die für die Partei wichtig erschienen. Die Ausstellung solcher Persilscheine war nicht klar geregelt und wurde daher sehr unterschiedlich gehandhabt.²¹

Die ÖVP war zwar die erste Partei die ehemalige NationalsozialistInnen integrierte, doch die SPÖ zog bald nach und dies war, nach einer Studie von Maria Mesner, auf drei wesentliche Aspekte zurückzuführen. Zum einen auf die Zeit, was bedeutet, dass die SPÖ umso großzügiger mit „Ehemaligen“ umging, je länger das NS-Regime zurücklag. Der Zweite Aspekt ist auf die geographische Lage und das politische Milieu bezogen. Je weiter die Entfernung zu Wien, desto größer wird die Toleranz gegenüber den ehemaligen Nazis. Das kann zum einen damit zusammenhängen, dass in den westlichen Bundesländern die Bereitschaft der NSDAP beizutreten ungleich größer war als in der Bundeshauptstadt, was jedoch empirisch nicht nachvollziehbar ist. Die möglichere Interpretationsvariante nach Mesner wäre, dass die SPÖ in den westlichen Bundesländern großzügiger im Hinblick auf die Reintegration Ehemaliger agierte. Also dort, wo sie auch in

¹⁹ Vgl. Peter, Friedrich: Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998): 139.

²⁰ Vgl. Niederacher (2005): 29.

²¹ Vgl. Mesner, Maria (Hrsg.): Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien 2005): 337.

der Ersten Republik bereits schwach aufgestellt waren und auf Grund von Mangel an qualifiziertem Personal nur schwer auf die Reintegration verzichten konnten. Außerdem beruhte der personelle Aufbau der SPÖ, und sicher auch der anderen Parteien, im Wesentlichen auf persönlichen Bekanntschaften und auf politische Netzwerke. Somit kann behauptet werden, je mehr die Ehemaligen persönliche Kontakte zu SozialistInnen pflegten und je näher sie solchen Netzwerken standen, desto eher wurden sie in der SPÖ oder im BSA integriert.²²

Quantitativ ist noch anzumerken, bezogen auf die Studie von Mesner, dass unter einer Untersuchungsgruppe von 1.021 FunktionärInnen knapp über zehn Prozent NSDAP-Angehörige waren. Es ist ein deutliches Ost-West-Gefälle zu erkennen, das von Wien mit 2,8 Prozent bis Tirol mit 30,8 Prozent reicht.²³ Vergleicht man die SPÖ-ParlamentarierInnen mit jenen der ÖVP, so kann man keinen großen prozentuellen Unterschied erkennen. Unter den SPÖ-Parlamentariern waren in der untersuchten Gruppe 10,7 Prozent NS-Angehörige, in der ÖVP waren es 12,8 Prozent.²⁴

Bei Geschworenenprozessen 1963 und 1964 wurden in Österreich vermehrt österreichische Massenmörder wie unter anderen Franz Murer, auch bekannt als der Schlächter von Wilna, oder Franz Novak, der bei der Deportation ungarischer Juden eine führende Rolle gespielt hatte, freigesprochen. Bei sechzehn Verfahren wurden elf Verbrecher freigesprochen. Auch wurden führende SS-Mitglieder nicht an die zuständigen Staaten ausgeliefert, sondern in Österreich freigesprochen. Diese Fehlurteile empörten zwar international, wurden aber dennoch nicht auf Regierungsebene aufgegriffen und behandelt.²⁵

²² Vgl. ebd.: 337ff.

²³ Vgl. Sottopietra, Doris; Wirth, Maria: Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung. In: Maria Mesner (Hsrg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel SPÖ (Wien 2005): 274.

²⁴ Vgl. Ebd.: 277.

²⁵ Vgl. Rathkolb, Oliver: Die Paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 2015): 398f.

3. Die Parteien - Ideologien, Entwicklung und wichtige Persönlichkeiten nach 1945

3.1. Sozialistische Partei Österreichs (SPÖ)

Die SPÖ war eine der drei von den Alliierten Mächten zugelassenen Parteien, die 1945 gemeinsam mit ÖVP und KPÖ eine provisorische Allparteienregierung bildete. Bei der Neugründung im April 1945 nannte sich die Partei „Sozialistische Partei Österreichs“ mit dem Zusatz „Revolutionäre Sozialisten und Sozialdemokraten“. Dieser Zusatz wurde jedoch noch im selben Jahr gestrichen. Bei den ersten Wahlen im November 1945 wurde die SPÖ zweitstärkste Kraft und stellte in der Konzentrationsregierung Adolf Schärf als Vizekanzler. Dr. Karl Renner wurde kurze Zeit später zum 1. Bundespräsidenten der Zweiten Republik gewählt.

Als Programm der neugegründete SPÖ blieb das traditionelle Linzer Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aus dem Jahr 1926 erhalten. Dieses enthielt noch stark antimarxistische Züge und wurde durch das Aktionsprogramm von 1947 an die geänderten Kräfteverhältnisse in der Partei angepasst, ohne jedoch die Grundsätze des Linzer Programms außer Kraft zu setzen.²⁶

Innerhalb der Partei setzte sich bald der rechte Flügel durch und der Zentralsekretär Erwin Scharf, der den revolutionären Sozialisten zuzuordnen ist, wird 1947 abgelöst und 1948 aus der Partei ausgeschlossen, weil er Distanz zur ÖVP und eine Annäherung an die KPÖ gefordert hatte.²⁷ Neben Adolf Schärf war auch Oskar Helmer als Innenminister eine wichtige Figur des rechten Flügels, der auf der einen Seite KommunistInnen vom Staatsapparat fernhält, auf der anderen Seite den „Verband der Unabhängigen“, als eine Art Sammelbecken für

²⁶ Vgl. Ucker, Karl: Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992): 223.

²⁷ Vgl. Pelinka, Peter: Sozialdemokratie in Österreich (Wien 1988): 87.

ehemalige Nationalsozialisten, zulässt und sogar unterstützt. Ein Grund dafür war das bürgerliche Lager zu spalten und somit die ÖVP zu schwächen.²⁸ Eine Erklärung, warum sich der rechte Flügel innerhalb der SPÖ durchsetzt und sich die Partei von einer marxistischen Klassenpartei zu einer „Volkspartei der linken Mitte“ wandelte, war, dass zum einen die linken Führungspersonlichkeiten der Ersten Republik wie beispielsweise Otto Bauer den Nationalsozialismus entweder nicht überlebt haben oder ganz einfach von der neugegründeten SPÖ nicht nach Österreich zurückgeholt wurden. Damit waren die Hauptakteure wie eben Karl Renner und Adolf Schärff, aber auch Oskar Helmer und Theodor Körner dem gemäßigten rechten und pragmatischen Flügel der SPÖ zuzuordnen und prägten somit den Umgang der Partei mit ehemaligen Nationalsozialisten und mit Antisemitismus.²⁹

In Hinblick auf die im Exil befindlichen „Genossen“ gab sich die Partei nämlich sehr zurückhaltend. Eine Einladung zur Rückkehr der Personen die sich noch 1945 im Exil befanden blieb in vielen Fällen aus unterschiedlichen Gründen aus. Schärff und Renner hielten sich in dieser Frage, teilweise aus ideologischen Gründen, teils aber auch aus Angst vor Konkurrenz, eher zurück. Eingeladen wurden hauptsächlich Exilanten und Exilantinnen von denen sich die Partei einen großen Nutzen versprach. So wurde beispielsweise Journalist und Medienexperte Oscar Pollak aus London zurückgeholt und wurde, wie auch bereits bis zum Verbot 1934, Chefredakteur der „Arbeiter-Zeitung“. Schwieriger gestaltete sich die Rückkehr Bruno Kreiskys. Er kam 1946 auf Umwegen zurück nach Wien, wurde dann aber von der Parteispitze wieder zurück nach Schweden geschickt. Ein Grund dafür war wohl sein Ruf als pragmatischer Linker jüdischer Herkunft. Doch auch der linke Flügel um Erwin Scharf riss sich nicht um seinen Verbleib, was wohl durch Kreiskys Antikommunismus begründbar sein könnte. Erst 1950 konnte Kreisky offiziell aus dem Exil nach Wien zurückkehren.³⁰ Auch sehr viele andere, teils prominente Sozialdemokraten, die gerne wieder

²⁸ Vgl. Ebd. 88.

²⁹ Vgl. Reiter, Margit: Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah (Innsbruck – Wien – München 2001): 32.

³⁰ Vgl. Rathkolb (2015): 171ff.

zurückgekehrt wären und für die SPÖ arbeiten wollten, wurden nie eingeladen oder man fand keine Verwendung für sie. Von 76 Nationalratsabgeordneten nach den ersten freien Wahlen waren nur vier Remigranten und Remigrantinnen.³¹

Jüdische Exilanten und Exilantinnen, die es geschafft hatten aus der Emigration zurückzukehren, waren unter anderen Stella Klein-Löw, die 1946 den Sprung nach Österreich aus England schaffte und bis 1970 Abgeordnete zum Nationalrat war, wo sie, wie später in einem anderen Kapitel noch genauer darauf eingegangen wird, bezüglich der Affäre-Borodajkewycz mehrmals Anfragen an den Unterrichtsminister Piffl-Perčević stellte. Julius Deutsch konnte 1946 aus den USA zurückkehren und wurde SPÖ-Sprecher für die Remigration, schaffte es jedoch nicht mehr in den Nationalrat. Ebenso schaffte es Schella Hanzlik zurück, die bereits 1945 gemeinsam mit Oskar Pollak, Karl Czernetz und Franz Novy aus England nach Wien heimkehrte. Hanzlik wurde Wiener Frauensekretärin der SPÖ und war vorerst im Wiener Gemeinderat tätig, später dann als SPÖ-Nationalratsabgeordnete.³² Bruno Kreisky schaffte schlussendlich 1950 den endgültigen Sprung zurück nach Österreich und wurde 1951 außenpolitischer Berater des neuen Bundespräsidenten Theodor Körner. 1953 wurde er zum Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten ernannt, womit er auch in den folgenden Staatsvertragsverhandlungen eine wichtige vermittelnde Rolle einnahm.³³

Wie auch die anderen Parteien wollte die SPÖ im Zuge der Entnazifizierungspolitik die sogenannten „Minderbelasteten“ als Mitläufer nur milde bestrafen und Nachsicht üben. Das Ende ihrer Entnazifizierungspolitik war schließlich im Jahre 1948 erreicht, was auch als parteistrategische Interessen im Hinblick auf die bevorstehenden Nationalratswahlen von 1949 gesehen werden kann. Bei den Wahlen ging die Taktik der SPÖ, die zum einen durch die

³¹ Vgl. Reiter (2001):37.

³² Vgl. Blecha, Karl; Kienzl, Heinz; Pfoch, Hubert: Die politische Remigration in der Nachkriegspolitik. In: Heinz *Kienzl*, Susanne *Kirchner* (Hrsg.), Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen. Erinnerungen und Spurensuche (Wien 2002): 17ff.

³³ Vgl. Rathkolb (2015): 197.

Beteiligung des Innenministers Oskar Helmers an der Gründung der VdU und zum anderen durch die offensive Werbung um Stimmen ehemaliger Nationalsozialisten im Wahlkampf gekennzeichnet war, nicht auf. Die SPÖ verlor neun Mandate und blieb zweitstärkste Partei hinter der ÖVP, was wiederum zu einer Regierungsbeteiligung führte.³⁴

Am deutlichsten wird der Umgang der SPÖ mit den ehemaligen Nationalsozialisten im Zusammenhang mit dem „Bund sozialistischer Arbeiter“ (BSA) klar. Der BSA wurde offiziell am 9. Mai 1946 gegründet und hatte das Ziel Intellektuelle und Akademiker für die SPÖ zu gewinnen.³⁵ Nach dem Zweiten Weltkrieg hatte die SPÖ, im Gegensatz zur ÖVP, aus mehreren Gründen Probleme qualifiziertes Personal für leitende Positionen zu finden. Zum einen war es der SPÖ auch in der Ersten Republik nicht gelungen in das höhere Beamtentum vorzudringen, und zum anderen fehlten der SPÖ die vielen jüdischen Funktionäre, die in der NS-Zeit entweder vertrieben oder ermordet wurden. Die Rückholung der Emigranten war durch die Parteiführung, wie bereits beschrieben, nicht erwünscht und so setzte man allmählich auf die Integration von ehemaligen Nationalsozialisten. Dr. Alfred Migsch, Widerstandskämpfer und KZ-Mauthausen-Häftling, trat im April 1947 beim Bundestag des BSA zurück und erklärte in seiner Abschlussrede:

„Die ÖVP ist darauf gerichtet, jeden Unternehmer zu entschuldigen, wenn er Nationalsozialist war, jeden Beamten aber zu vernichten, wenn er nicht CVer war. Wir können wohl überzeugt sein, dass ein Teil dieser Intellektuellen für jede demokratische Entwicklung von vornherein verloren ist und dass man hier nicht den leisesten Versuch machen dürfe, hier etwas zu unternehmen. Aber wir wissen, dass alle diese Menschen durchaus nicht aus rein soziologischen Motiven zum Nationalsozialismus übergegangen sind. Es sind auch Menschen dazugekommen, die ihrem Wesen nach nicht Faschisten sind. Hier stehen wir vor der konkreten Frage, sollen wir diesen

³⁴ Vgl. Reiter (2001): 35f.

³⁵ Vgl. Neugebauer, Wolfgang; Schwarz, Peter: Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Hrsg.: Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (Wien 2005): 29.

Menschenschichten den Weg zu uns möglichen machen oder nicht. Die Partei hat diese Frage bejaht. Wir Akademiker bejahen sie auch. Sie sollen zu uns kommen, um sich neu zu organisieren und eine neue Heimat zu finden. [...]“³⁶

Mit der Zulassung der „Ehemaligen“ zu den Nationalratswahlen begann auch der Kampf um die Wählerstimmen und die Parteien halfen ihnen, durch sogenannte Persilscheine, ihre nationalsozialistische Weste reinzuwaschen und die Amnestierungsprozedur dadurch zu vereinfachen. Ziel davon war natürlich sie so an ihre Partei zu binden.³⁷ Die Einbindung der „Ehemaligen“ verlief natürlich nicht konfliktfrei. Zu Beginn waren hauptsächlich ehemalige Widerstandskämpfer, KZ-Häftlinge und Angehörige des linken Parteiflügels in den höheren Funktionen der BSA zu finden. Der starke Zulauf zur BSA setzte vor allem ab 1948 ein und bis 1954 vervierfachten sich die Mitglieder auf 8.741.³⁸ Minderbelastete durften nun offiziell dem BSA beitreten, Funktionen innerhalb des BSA blieben den ehemaligen Nationalsozialisten aber verwehrt, was auch organisatorische Probleme mit sich brachte. So berichtete der Obmann der sozialistischen Lehrer Dr. Neugebauer 1947 über Probleme in Tirol:

„In Tirol ist der Umstand hemmend, dass von 2.000 Lehrer ungefähr 1.900 Nationalsozialisten sind, sodass es kaum möglich war, einen kleinen Ausschuss zu bilden.“³⁹

In Wien war der interne Widerstand gegen die Öffnung der „Ehemaligen“ am größten, was in erster Linie auch daran lag, dass der größte Anteil an heimgekehrten Exilanten, darunter einige jüdische SP-Funktionäre, in der Wiener Partei organisiert waren. In den Bundesländern sieht das anders aus. Im April 1948 waren nach internen Erhebungen in der Landesorganisationen Steiermark

³⁶ Zit. nach ebd.: 37.

³⁷ Vgl. ebd. 55.

³⁸ Vgl. ebd. 64.

³⁹ Ebd. 65.

70 Prozent und in Oberösterreich 58 Prozent registrierungspflichtige ehemalige NSDAP-Mitglieder.⁴⁰

Nach der durch den Nationalrat beschlossenen Amnestie der Minderbelasteten im Jahr 1948, musste sich der BSA mit dem Thema der Integration der „belasteten“ Nationalsozialisten auseinandersetzen. Der geschäftsführende Obmann des BSA Dr. Wilhelm Rosenzweig äußerte mehrmals seine Bedenken was die Aufnahme von „Belasteten“ betrifft. Dennoch war die Integration bereits vor den Beschlüssen vom Mai 1949, wo die Aufnahme von „Belasteten“ unter bestimmten Auflagen möglich wurde, in mehreren Landesorganisationen üblich.⁴¹

Das Problem an dieser immer schwächer werdenden Entnazifizierung war, dass von keiner der drei damaligen Parteien die politische Einstellung der „Ehemaligen“ überprüft oder hinterfragt wurde und massenhaft Unbedenklichkeitszeugnisse und Persilscheine ausgestellt wurden. Ab den 50er Jahren gab es bei BSA-Sitzungen oder Veranstaltungen keine Diskussionen mehr über „Ehemalige“ oder den Nationalsozialismus. Die NS-Vergangenheit des BSA wurde über Jahrzehnte hinweg verdrängt und erst in den 2000er Jahren begann man, diese Vergangenheit aufzuarbeiten.

Bei den Wahlen 1953 wurde die SPÖ erstmals stimmenstärkste Partei vor der ÖVP, erhielt aber wegen der Wahlarithmetik, wie auch bei den Wahlen 1959, um ein Mandat weniger als die ÖVP und stellte erneut den Vizekanzler. Adolf Schärf blieb bis zu seiner Wahl zum Bundespräsidenten im Jahre 1957 Vizekanzler der Großen Koalition und wurde dann von Bruno Pittermann als Parteivorsitzender und Vizekanzler abgelöst. Pittermann wollte rasch ein neues Parteiprogramm ausarbeiten lassen, um das Linzer Programm von 1926 und das noch stark austromarxistische Aktionsprogramm von 1947 ersetzen zu können. Im Jahr

⁴⁰ Vgl. ebd. 69.

⁴¹ Vgl. ebd. 77.

1958 wurde es verabschiedet und trug unter anderem die Handschrift von Bruno Kreisky.⁴²

Zu Beginn der 1960er Jahre kam es zu einer internen Krise innerhalb der SPÖ und der Olah-Konflikt eskalierte. Olah gründete nach seinem Parteiausschluss die DFP und kostete der SPÖ bei den Wahlen im Jahr 1966 Stimmen, was zu einer absoluten Mehrheit der ÖVP und der folgenden Alleinregierung unter Josef Klaus führte. Dies hatte personelle Konsequenzen zur Folge und Bruno Pittermann musste 1967 dem niederösterreichischen Parteiboss Bruno Kreisky weichen. Kreisky schaffte es die Partei zu liberalisieren und zu modernisieren. Nach einer relativen Mehrheit bei den Nationalratswahlen 1970, bei der ihre Minderheitenregierung von der FPÖ unter Friedrich Peter unterstützt wurde, erreichten sie bei den darauffolgenden Wahlen 1971, 1975 und 1979 stets absolute Mehrheiten und die ÖVP musste für lange Zeit in die Opposition wechseln.

Preis für die Unterstützung der FPÖ war eine Wahlrechtsreform, die bereits zu Beginn der 60er Jahre diskutiert wurde und die Aussicht auf baldige Neuwahlen. In der kurzen Zeit der Minderheitenregierung konnten so bereits einige wichtige Vorhaben der SPÖ umgesetzt werden, wie beispielsweise die Bundesheerreform und eine Steuerreform, bevor im Frühjahr 1971 Neuwahlen beantragt wurden.⁴³

3.2. Österreichische Volkspartei (ÖVP)

Die Österreichische Volkspartei wurde am 17. April 1945 gegründet und gilt als Nachfolger der Christlichsozialen Partei, wovon sich die ÖVP eindeutig abgrenzen wollte. Zum einen durch den Verzicht auf die religiöse Kennzeichnung im Namen, zum anderen durch ein bestärktes Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie. Gemeinsamkeiten mit ihrem Vorgänger gab es

⁴² Vgl. Pelinka (1988): 92ff.

⁴³ Vgl. Fischer, Heinz: Zur Entwicklung des Regierungs- und Parteiensystems in der Zweiten Republik. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998): 268f.

jedoch zu genüge. Der Kern der Wählerschicht blieb derselbe, nämlich Bauern und Bäuerinnen, Beamte, Gewerbetreibende und Angestellte. Ebenso wurde die Verbindung zur katholischen Kirche nicht aufgegeben. Diese unterstützte die ÖVP bei Wahlkämpfen aktiv bis in die 60er Jahre.⁴⁴

Begründer der neuen ÖVP waren Leopold Kunschak, Hans Pernter, Lois Weinberger, Leopold Figl, Julius Raab und Felix Hurdes, von denen nicht weniger als vier eine Zeit lang in Konzentrationslagern wie Dachau oder Mauthausen verbrachten. Mit Pernter und Weinberger waren davon auch zwei aktiv im Widerstand beteiligt, wenn sie nicht gerade inhaftiert waren. Bereits in den Konzentrationslagern berieten sie über die politische Zukunft Österreichs, womit auch der später oft zitierte „Geist der Lagerstraße“ zusammenhängt.

Die wichtigsten Figuren der Nachkriegs-ÖVP waren sicherlich Leopold Figl und Julius Raab. Figl war während des Ständestaates Direktor des Niederösterreichischen Bauernbundes und Gegner des NS-Regimes, weshalb er auch bereits nach dem Anschluss 1938 ins KZ Dachau transportiert worden war. Im Gegensatz zu Julius Raab verbrachte Figl den Großteil der NS-Zeit in Konzentrationslagern. Raab arbeitete als Ingenieur in einer Baufirma, wo er auch Figl, während der kurzen Zeit seiner Entlassung, Unterschlupf bieten konnte.⁴⁵

Im Großen und Ganzen ist die ÖVP in drei Bünde gegliedert. Dem Bauernbund mit den Landwirtschaftskammern, dem Wirtschaftsbund mit den Handelskammern und dem Arbeiter- und Angestelltenbund mit den Arbeiterkammern. Daneben gibt es mit der Frauenbewegung, der Jungen ÖVP und dem Seniorenbund noch drei weitere Teilorganisationen.⁴⁶ Die ÖVP hatte lange Zeit nie ein echtes Parteiprogramm. Das erste Grundsatzprogramm entstand erst während der Oppositionszeit 1972. Die Vorgänger waren eher

⁴⁴ Vgl. Müller, Wolfgang C.: Die Österreichische Volkspartei. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992): 227.

⁴⁵ Vgl. Chorcherr, Thomas: Eine kurze Geschichte der ÖVP. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005): 13.

⁴⁶ Vgl. Müller (1992): 228.

tagespolitisch orientiert und auch Ansätze von Wirtschaftsprogrammen, wie beispielsweise der Raab-Kamitz-Kurs, waren nie schriftlich festgesetzt worden.⁴⁷

So wie auch die SPÖ und die KPÖ gehörte die ÖVP zur ersten provisorischen Regierung der Zweiten Republik unter Karl Renner. Leopold Figl wurde einer der drei Staatssekretäre. Bei den ersten Nationalratswahlen am 25. November 1945 konnte die ÖVP mit 85 Mandaten eine absolute Mehrheit einfahren, was ihnen erst wieder 1966 gelingen sollte. Dieses Wahlergebnis galt als Überraschung. Leopold Figl wurde Bundeskanzler der Konzentrationsregierung und blieb es bis 1953, als er von Julius Raab abgelöst wurde. Figl wurde daraufhin bis 1959 Bundesminister für Äußeres womit er auch im Jahre 1955 den Staatsvertrag unterschrieb und mit den Worten „Österreich ist frei“ in das kollektive Gedächtnis der Österreicher und Österreicherinnen eingehen sollte.⁴⁸ Während den Staatsvertragsverhandlungen schaffte er es auch noch, die Mitverantwortungsklausel aus der Präambel des Staatsvertrages streichen zu lassen, was den Opfermythos in Österreich noch weiter bestärkte.⁴⁹

Erst bei den Nationalratswahlen im Jahr 1966 gelang es der ÖVP die absolute Mehrheit an Mandaten zu erreichen. Es kam zur ersten Alleinregierung in der zweiten Republik unter Bundeskanzler Josef Klaus, nachdem Koalitionsgespräche mit der SPÖ und deren Parteivorsitzenden Bruno Pittermann gescheitert waren. Die SPÖ ging folglich erstmals in die Opposition.

In Hinblick auf die Vergangenheit konstruierte die ÖVP ein Geschichtsbild aus „heldenhaften Kampf gegen den Nationalsozialismus“ im Ständestaat, Dollfuß als Märtyrer und „erstes Opfer des Nationalsozialismus“, sowie Österreich als gewaltsam okkupiertes Land 1938.⁵⁰ Innerhalb der ÖVP war man bereits sehr früh für eine Auflockerung der Entnazifizierungspolitik und war bereits im Jahr

⁴⁷ Vgl. Ebd. 238.

⁴⁸ Vgl. Chorherr (2005): 15.

⁴⁹ Vgl. Rathkolb (2015): 394.

⁵⁰ Lehnguth, Cornelius: Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich. In: Gerhard Botz, Josef Ehmer (Hrsg.), Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 35. (Frankfurt/Main 2013): 77.

1945 für die Wahlzulassung der einfachen NSDAP-Mitglieder, wobei hierfür sicherlich vor allem wahltaktische Überlegungen ausschlaggebend waren. Der Holocaust wurde vielfach ausgeblendet. Oft griff die ÖVP in Wahlkämpfen der Nachkriegsjahre auf antisemitische Ressentiments und Stereotype zurück und bei Themen wie der „Entschädigung“ sahen sie stets alle Österreicher und Österreicherinnen als Opfer und lehnten somit eine „Sonderbehandlung“ jüdischer NS-Opfer ab.⁵¹

Hinsichtlich der Wiedereingliederung ehemaliger Nationalsozialisten bemühte sich die ÖVP 1949, in Konkurrenz zur VdU, diese in ihrer Partei zu integrieren. Ein Beispiel ist der spätere Finanzminister unter Julius Raab, Reinhard Kamitz, der NSDAP Mitglied und SS-Anwärter war. Kamitz war jedoch nicht der einzige. Raab gliederte bereits in seiner Zeit als Präsident des Wirtschaftsbundes ehemalige Nationalsozialisten in den Bund ein. Kritik dafür gab es jedoch auch aus den eigenen Reihen der ÖVP. Lois Weinberger, Widerstandskämpfer und KZ-Mauthausen Häftling, protestierte als Bundesobmann des ÖAAB gegen die schleichende Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder, blieb damit aber erfolglos.⁵²

3.3. Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ)

Vorgängerpartei der Freiheitlichen Partei Österreichs war der Verband der Unabhängigen (VdU). Anders als die SPÖ versuchten die hohen Funktionäre der ÖVP eine vierte Partei in Österreich zu verhindern, da vor allem sie bei der Erweiterung des rechten Spektrums um Wählerstimmen fürchten mussten. Schließlich aber ließen die vier Alliierten eine weitere Partei zu und der VdU bildete sich im Februar 1949 in Salzburg. Die SPÖ erhoffte sich dadurch eine Spaltung des bürgerlichen Lagers und somit eine Schwächung der ÖVP.

⁵¹ Vgl. Ebd. 78.

⁵² Vgl. Rathkolb (2015): 283.

Protagonisten des VdU waren Herbert Kraus und Viktor Reimann. Besonders Reimanns Vergangenheit sticht hier hervor, da er ursprünglich illegales NSDAP-Mitglied war, jedoch später Mitbegründer einer Widerstandsbewegung war, weshalb er zu mehreren Jahren Zuchthaus verurteilt wurde. Aus diesem Grund ging er auch glaubwürdig als NS-Verfolgter durch. Hingegen waren aber auch einige „echte“ Nazis unter den hohen Funktionären des Verbandes. Stefan Schachermayr war NSDAP-Gauinspektor in „Oberdonau“, oder Gustl Kernmayer war Ex-Pressechef von Gauleiter Bürckel.⁵³

Der VdU, welcher sich auch als „Sammelbecken der Nationalsozialisten“ verstand, erreichte bei ihrem ersten Antreten bei Nationalratswahlen im Jahre 1949 auf Anhieb 16 Mandate. Sie reduzierten damit die ÖVP von 85 auf 77 und die SPÖ von 76 auf 67 Mandate. Der VdU hatte bei diesen Wahlen, bei denen über 900.000 zusätzlich wahlberechtigt waren, rund 51% der neuen Stimmen abgestaubt. Nur etwa 25% der neuen Stimmen flossen der ÖVP zu, die SPÖ konnte davon nicht mehr als 20% mobilisieren. Mit Sicherheit waren die VdU-Wähler und –Wählerinnen nicht zur Gänze ehemalige Nationalsozialisten die bei diesen Wahlen erstmals stimmberechtigt waren, dazu kamen auch noch Kriegsheimkehrer, Jungwähler sowie Protestwähler, aber ein Großteil ihrer Wählerschicht kann sicher dem nationalsozialistischen Lager zugeordnet werden.⁵⁴

Bei den darauffolgenden Wahlen 1953 verlor der VdU zwei Mandate und Julius Raab, der Leopold Figl nach 8-jähriger Kanzlerschaft als Kanzlerkandidat ersetzte, entwickelte einen Koalitionspakt mit dem VdU. Eine Erweiterung der Koalition mit der VdU scheiterte jedoch an der SPÖ, insbesondere an Bundespräsident Theodor Körner, der eine VdU in der Regierung nicht akzeptierte.⁵⁵

⁵³ Vgl. Feichtlbauer, Hubert: Der Fall Österreich. Nationalsozialismus, Rassismus: Eine notwendige Bilanz (Wien 2000): 144.

⁵⁴ Vgl. ebd. 146.

⁵⁵ Vgl. Rathkolb (2015): 178.

Innerhalb des Verbands der Unabhängigen kam es zu immer stärker werdenden Streitigkeiten zwischen den unterschiedlichen Flügeln und Strömungen nach den Verlusten bei den Landtagswahlen 1954. Im Jahre 1955 gründete Anton Reinthaller, ehemaliger Landwirtschaftsminister in der Regierung Seyß-Inquart, SS-Brigadeführer und bis 1945 Reichstagsabgeordneter, eine „Freiheitspartei“ in Konkurrenz zum VdU. Im Jahr darauf wurde im April aus diesen beiden bestehenden Parteien die Freiheitliche Partei Österreichs gegründet und Anton Reinthaller wurde deren erster Parteibmann. Herbert Kraus und Viktor Reimann traten daraufhin aus der Partei aus. Reinthallers Nachfolger als FPÖ-Obmann wurde nach dessen Tod im Jahr 1958 Friedrich Peter, der freiwillig zur Waffen-SS ging und dabei zuletzt auch SS-Obersturmführer war. Peter blieb bis 1978 Parteibmann.⁵⁶

Programmatisch betrachtet erfolgte im VdU keine österreich-nationsbezogene Positionierung. Sie bekannten sich „Bei voller Wahrung unserer staatlichen Souveränität [...] zum deutschen Volkstum.“⁵⁷ Auch die 1958 gegründete FPÖ kann durchaus als deutschnational bezeichnet werden und auch nach Reinthallers Tod blieb rechtsextremes Gedankengut stets Teil der Partei-ideologie. Das freiheitliche Lager war nie Teil des antifaschistischen Gründungskonsens der drei Gründungsparteien SPÖ, ÖVP und KPÖ, und durch alle ihre Parteiprogramme zieht sich das Bekenntnis zur „deutschen Volks- und Kulturgemeinschaft“.⁵⁸ In den ersten Jahren ihres Bestehens war die FPÖ schwach organisiert und auf wenige Themen beschränkt. Bundesparteiobmann Peter versuchte die Partei aus der Isolation, auch durch Gesprächsbereitschaft mit politischen Gegnern, zu führen, was auch spätestens mit der Unterstützung der SPÖ-Minderheitenregierung 1970/71 gelang.⁵⁹

⁵⁶ Vgl. Feichtlbauer (2000): 155f.

⁵⁷ Wassermann, Heinz P.: Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild. In: Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 2. (Innsbruck [u.a.] 2002a): 82.

⁵⁸ Vgl. Lehnguth (2013): 85.

⁵⁹ Vgl. Luther, Kurt Richard: Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992): 248.

„[...] das Meinungsspektrum der Partei ist ein sehr breites: es reicht von echt liberalen bis hin zu an den Rechtsradikalismus grenzende Ideen und umfasst unzählige Formen und Mischungen des nationalen und liberalen FPÖ-Traditionen, wovon nur wenige in intellektuell anspruchsvoller und integrierter Form vorliegen.“⁶⁰

3.4. Demokratische Fortschrittliche Partei (DFP)

Die Demokratische Fortschrittliche Partei war ein kurzes politisches Zwischenspiel von Franz Olah. Olah war von 1938 bis 1944 im KZ Dachau und dann bis zur Befreiung 1945 im KZ Buchenwald inhaftiert. Nach dem Krieg war er in der Gewerkschaft der Bau- und Holzarbeiter tätig und übernahm 1948 innerhalb der SPÖ das Nationalratsmandat des ausgeschlossenen Erwin Scharfs. 1959 war der Höhepunkt seiner Karriere. Er war ÖGB-Präsident, geschäftsführender SPÖ-Klubobmann und zweiter Nationalratspräsident.⁶¹

1963 wurde er schließlich Innenminister und musste deswegen, nachdem er lange entgegenhielt, er wollte nämlich beides sein, den ÖGB-Präsidenten Posten aufgeben.⁶² 1964 wurde Franz Olah von der SPÖ ausgeschlossen und aus all seinen Machtpositionen enthoben, nachdem bekannt wurde, dass er die FPÖ und auch die „Kronen Zeitung“ sowie die Tageszeitung „Express“ durch Gewerkschaftsgelder finanziert hatte. Außerdem wurden die innerparteilichen Konflikte mit Justizminister Christian Broda und dem neuen ÖGB-Präsidenten Anton Benya immer heftiger. Nach seinem Ausschluss aus der Partei gründete Olah die DFP und trat mit ihr bei den Nationalratswahlen 1966 an. Sie errangen zwar kein Mandat, aber immerhin fast 150.000 Stimmen, was vor allem seiner

⁶⁰ Ebd. 259.

⁶¹ Vgl. Svoboda, Wilhelm: Franz Olah. Eine Spurensicherung (Wien 1990): 45.

⁶² Vgl. ebd. 48.

alten Partei, der SPÖ, schadete, die bei diesen Wahlen auf nur noch 42% sank und die ÖVP damit die absolute Mandatsmehrheit erreichte.⁶³

Franz Olahs Politik wird als sehr personenzentriert, westorientiert, anti-kommunistisch, pragmatisch, volksnah, demagogisch und populistisch charakterisiert.⁶⁴ Den Wahlkampf gestaltete er mit Wahlfilmen und Wählerversammlungen in ganz Österreich äußerst aufwendig. Bei seinem Wahlkampf kam es auch immer wieder zu antisemitischen Untertönen.⁶⁵

3.5. Kommunistische Partei Österreichs (KPÖ)

Der kommunistische Widerstand gegen das NS-Regime war mit Abstand der stärkste aller politischen Gruppierungen. Von allen verurteilten Widerstandskämpfern sind 60% dem kommunistischen Lager zuzuordnen. Wenn man ausschließlich den politischen motivierten Widerstand betrachtet, erhöht sich diese Zahl sogar auf 75%. Beim Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich war die Kommunistische Partei die einzige politische Kraft die das Volk zum Widerstand aufrief.⁶⁶

Im April 1945 unterzeichnete Johann Koplenig als Vertreter und Vorsitzender der KPÖ die Unabhängigkeitserklärung gemeinsam mit den Parteiführern der SPÖ und ÖVP. Der Provisorischen Staatsregierung gehörten sieben Kommunisten an, darunter eine Frau als Unterstaatssekretärin. Neben Koplenig als Stellvertreter des Regierungschefs waren mit Franz Honner als Staatssekretär für Inneres und Ernst Fischer als Staatssekretär für Unterricht und Volksaufklärung zwei weitere nennenswerte Personen in der Regierung. Nach den ersten Parlamentswahlen

⁶³ Vgl. Pelinka, Peter: Eine kurze Geschichte der SPÖ. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005): 53-56.

⁶⁴ Vgl. Konrad, Helmut: Die Olah-Krise. Eine Krise der Sozialdemokratie. In: Peter *Pelinka*, Gerhard *Steger* (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945 (Wien 1988): 54.

⁶⁵ Vgl. Svoboda (1990): 111.

⁶⁶ Vgl. Baier, Walter: Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008 (Wien 2009): 53.

im November desselben Jahres, wo die KPÖ nur 4 Mandate erreichten, stellten sie in der Konzentrationsregierung nur noch einen Minister, nämlich Karl Altmann für Energiewirtschaft und Elektrifizierung. Dieser legte jedoch im Jahr 1947 sein Amt nieder und die KPÖ wurde eine eher radikal gesinnte Oppositionspartei.⁶⁷ Bei den darauffolgenden Nationalratswahlen gewannen die KommunistInnen ein Mandat dazu, wahrscheinlich vom linken Flügel der SPÖ, der mit der Stützung des „viertel Lagers“ nicht einverstanden war. Die KPÖ verlor dennoch immer mehr an Bedeutung.⁶⁸

Ende September 1950 kam es zum Abschluss des vierten Lohn- und Preisabkommens, woraufhin es in wichtigen Betrieben Oberösterreichs, wie der VÖEST und dem Steyr-Werk, zu Arbeitsniederlegungen kam. Der Streik weitete sich auch in der sowjetisch besetzten Zone aus und es kam zu Massendemonstrationen. Die KPÖ stellte sich bei dieser Streikbewegung von Anfang an auf die Seite der ArbeiternehmerInnen und Angestellten. Um eine gesamtösterreichische Betriebsrätekonferenz einzuberufen und eine funktionierende Streikleitung aufzustellen, wurde der Streik auf Anraten der KPÖ für einige Tage beendet. Als am 4. Oktober wieder gestreikt wurde, wurde der KPÖ von Seiten der Regierung und der ÖGB-Führung ein Putsch-Versuch unterstellt. Am Tag darauf wurde von der Betriebsrätekonferenz die Beendigung des Streiks ausgerufen. Der vierte Lohn- und Preisakt wurde durchgesetzt. Hunderte KommunistInnen wurden nach dem Oktoberstreik aus verstaatlichten Betrieben entlassen und 85 kommunistische Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsfunktionärinnen wurden auf Grund des angeblichen Putschversuches aus der Gewerkschaft ausgeschlossen. Bei den darauffolgenden Wahlen gewannen sie trotzdem wieder an Stimmen, was auf ein gesteigertes Ansehen bei den österreichischen ArbeiternehmerInnen und Angestellten hindeuten lässt.⁶⁹

⁶⁷ Vgl. Ehmer, Josef: Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992): 276.

⁶⁸ Vgl. Vocelka, Karl: Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (München 2002): 320ff.

⁶⁹ Vgl. Baier (2009): 109ff.

Die KPÖ war grundsätzlich für ein freies und unabhängiges Österreich und stellte im April 1953 folgenden Antrag im Parlament:

„Die Regierung wird ferner aufgefordert, den Großmächten unmissverständlich klarzumachen, dass Österreich entschlossen ist, eine Politik der strikten Neutralität durchzuführen, keinerlei einseitige politische oder wirtschaftliche Bindung einzugehen und im Interesse des Friedens freundschaftliche Beziehungen mit allen Ländern anzustreben. Das Parlament ist überzeugt, dass eine solche Politik der weltpolitischen Entspannung dient und es möglich macht, den Staatsvertrag zu erreichen.“⁷⁰

Dieser Antrag wurde jedoch von ÖVP, SPÖ und VdU abgelehnt.

Nach den Wahlen 1959 schied die KPÖ aus dem Nationalrat aus. Bei den Nationalratswahlen im Jahr 1966 trat die Partei, außer in einem Wahlkreis, nicht mehr an und sprach sich für eine Wahlempfehlung der SPÖ aus, die die SPÖ, anstatt sich davon zu distanzieren, stillschweigend hinnahm und so vermutlich mehr Stimmen verlor als durch ehemalige KPÖ-Wähler dazugewann.

⁷⁰ Muhri, Franz: Die Zweite Republik Österreich. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998): 170.

4. Antisemitismus im Nationalrat

Antisemitische Vorfälle gab es nach dem Zweiten Weltkrieg in allen österreichischen Parteien und kann keinesfalls auf eine einzige reduziert werden. Erst mit der Borodajkewycz-Affäre im Jahr 1965, kam es zu einer allmählichen Sensibilisierung der Öffentlichkeit und der Medien. In diesem Kapitel soll in erster Linie auf antisemitische Äußerungen österreichischer Politiker im Parlament sowie in Wahlkämpfen eingegangen werden und weniger auf Vorfälle, die von der österreichischen Bevölkerung ausgegangen sind, wie etwa Friedhofschändungen.

Sich antisemitisch zu betätigen bedeutet nicht nur sich aktiv daran zu beteiligen, sondern auch, wenn man in einer wichtigen Position steht und eben nicht reagiert, wenn etwas vorgefallen ist. So geschehen Ende der 1950er und zu Beginn der 1960 Jahre, als es in ganz Österreich zu fast 90 antisemitischen Schmieraktionen kam. In Klagenfurt und Innsbruck wurden die jüdischen Friedhöfe völlig zerstört. Der Wiener Stadttempel wurde ebenfalls beschmiert und die Israelitische Kultusgemeinde (IKG) wurde von anonymen Briefen bedroht. Die „Gemeinde“, die offizielle Zeitung der IKG, meinte dazu:

„Weder der Herr Bundeskanzler noch der Herr Vizekanzler haben es für richtig befunden – so wie dies in Deutschland Kanzler Adenauer tat – die Nazischmierereien und ihre Hintermänner in aller Öffentlichkeit anzuprangern, das Volk angesichts der wachsenden Gefahr aufzurütteln und für die so wenigen überlebenden Opfer der Mordmaschinerie Hitlers, für uns Juden, Worte der Solidarität zu finden.“⁷¹

Kanzler war zu der Zeit Julius Raab (ÖVP), Vizekanzler war Bruno Pittermann (SPÖ). Tatsächlich gab es kein ernsthaftes Bestreben seitens der Politik gegen das Weiterbestehen antisemitischer Ressentiments einzugreifen oder es gar zu

⁷¹ Zit. nach Adunka, Evelyn: Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz P. *Wassermann* (Hrsg.), *Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung*. In: *Schriften des Centrums für Jüdische Studien*, Bd. 3. (Innsbruck 2002): 24.

bekämpfen. Vor allem die SPÖ hätte aus ihrer sozialen Zusammensetzung, aus ihrer sozialistischen Tradition und auch durch ihren doch großen politischen Einfluss gute Voraussetzungen gehabt, gegen antisemitische Tendenzen entschieden einzutreten. Doch auch sie sahen das größere Wählerpotenzial in ehemaligen Nationalsozialisten anstatt in der quantitativ unbedeutenden jüdischen Bevölkerung Österreichs.

Im Folgenden werden nun einige antisemitische Vorfälle und Tendenzen der drei größeren Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ dargestellt, die sich hauptsächlich von mehr oder weniger bedeutenden Politikern im Nationalrat oder im Zusammenhang mit Wahlkampf ereignet haben. Außerdem werde ich auf Franz Olah und die DFP eingehen, obwohl er es mit dieser Partei nie in den Nationalrat geschafft hatte. Trotz allem ist er aber einer der einflussreichsten Politiker Österreichs der 1950er und 60er Jahre und darf daher bezüglich Antisemitismus im Wahlkampf nicht außer Acht gelassen werden. So wird auch der KPÖ ein Unterkapitel gewidmet, obwohl sie ab 1959 nicht mehr im Nationalrat vertreten war. Dennoch erscheint gerade ihre ambivalente Einstellung zu Israel und Zionismus besonders interessant zu sein und darf ebenso in diesem Zusammenhang nicht fehlen.

4.1. Latenter Antisemitismus in der ÖVP?

Die Österreichische Volkspartei knüpft zwar nicht an die antisemitische Programmatik ihrer Vorgängerpartei der Ersten Republik an, setzte nach dem Krieg aber immer wieder antisemitische Stereotype im Wahlkampf ein und persönliche Angriffe auf Bruno Kreisky waren ebenfalls keine Seltenheit. Besonders „offen“ war dieser Antisemitismus zu Beginn der Zweiten Republik durch ÖVP-Gründer Leopold Kunschak, der im Dezember 1945 laut „Israelischen Wochenblatt“ erklärte „[...] er sei immer Antisemit gewesen und bleibe es weiterhin. In Österreich hätten weder einheimische noch fremde Juden etwas zu

suchen.“⁷² Solche öffentlichen Bekenntnisse blieben im politischen Diskurs aber die Ausnahme. Viel mehr wurden Diskussionen jüdischer Themen in der ÖVP generell vermieden.⁷³ Dennoch kam es immer wieder auch in den 60er und 70er Jahren zu antisemitischen Entgleisungen einiger ÖVP Mandatäre, auf die an dieser Stelle etwas genauer eingegangen werden soll.

4.1.1. Alois Scheibenreif

Im Wahlkampf 1966 kam es zu einem Zwischenfall des ÖVP-Abgeordneten und Präsidenten der niederösterreichischen Landwirtschaftskammer Alois Scheibenreif. Er bezeichnete den damaligen Außenminister Bruno Kreisky als „Saujuden“. Kreisky reagierte darauf mit einer Ehrenbeleidigungsklage, zog diese jedoch zurück, als sich Scheibenreif in einem Brief entschuldigte.⁷⁴

Die Entgleisung passierte am 22. Februar, bis zur Nationalratswahl vom 6. März kam es zu keinen Stellungnahmen aus der ÖVP. Erst nachdem der damalige Chefredakteur des „Kurier“, Hugo Portisch, zu diesem Vorfall am 23. März öffentlich Stellung nahm, kam es zu Reaktionen und Distanzierungen in der Partei.⁷⁵ Die Rede des Generalsekretärs Hermann Withalm diesbezüglich im Parlament war für Kreisky aber alles andere als eine Entschuldigung. Dieser meinte:

„Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich hier mit einer vielleicht ungewohnten Offenheit einmal folgendes aussprechen: Jude zu sein ist kein Privileg, aber noch weniger eine Schande. Jeder Katholik, der die Magna mater Austriae verehrt, jeder Christ, jeder Österreicher, der den Beitrag

⁷² Rathkolb, Oliver: Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950. In: Zeitgeschichte, Jg. 16 (1988/1989), Heft 5, S. 167-179: 168.

⁷³ Vgl. Manoschek, Walter: „Aus der Asche dieses Krieges wieder aufstanden“. Skizzen zum Umgang der Österreichischen Volkspartei mit Nationalsozialismus und Antisemitismus nach 1945. In: Werner *Bergmann*, Rainer *Erb*, Albrecht *Lichtblau* (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt/Main [u.a.] 1995): 54.

⁷⁴ Vgl. ebd. 26f.

⁷⁵ Vgl. Spira, Leopold: Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich (Wien – München 1981): 112.

hervorragender österreichischer Juden auf den Gebieten der Kunst und der Wissenschaft zu schätzen weiß, und jeder Bürger dieser Welt, der human genug ist, sich der millionenfachen Opfer der Konzentrationslager und Gaskammern zu schämen, muss den Antisemitismus als eine primitive Form der Pauschalverurteilung einzelner Menschen verurteilen.“⁷⁶

Der damalige Bundeskanzler und ÖVP-Obmann Josef Klaus äußerte sich am 28. März 1966 im Rundfunk zu dem Vorfall und leugnete dabei sogar in gewisser Hinsicht den bestehenden latenten Antisemitismus in der Bevölkerung:

„Wenn in der Hitze des Wahlkampfes Äußerungen gefallen seien, die dem Geist der Toleranz widersprochen hätten, ‚so müssen wir das bedauern und auch verurteilen‘. Dies gelte vor allem für Bemerkungen, die geeignet seien, einen Antisemitismus zu erwecken, den die österreichische Bevölkerung in ihrer überwältigenden Mehrheit ablehne.“⁷⁷

Der Entschuldigungsbrief Scheibenreifs kam gar erst Mitte April. Auch von anderen Medien, wie beispielsweise der Tageszeitung „Neues Österreich“, wurde dieser Vorfall aufgegriffen, die meinten, dass die „christlich-soziale Tradition ideologisch wie auch personell“ weiterhin besteht.⁷⁸ Scheibenreif zog trotz allem in den Nationalrat ein und erhielt auch kurze Zeit später das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich.⁷⁹ An diesem Beispiel kann man gut erkennen, dass in dieser Zeit, im Gegensatz zu heute, antisemitische Äußerungen von Politikern nicht übermäßig verurteilt wurden und eher als kleine Fehltritte abgetan wurden. Mit einer Entschuldigung war es meist wieder erledigt.

⁷⁶ Zit. nach Kreisky (1988): 396f.

⁷⁷ Zit. nach Spira (1981): 113.

⁷⁸ Vgl. Kaindl-Widhalm, Barbara: Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik (Wien 1990): 193.

⁷⁹ Vgl. Adunka (2002): 27.

4.1.2. Klaus: „Ich bin Philosemit“

Mitte der 1960er Jahr wurde bekannt, dass Josef Klaus als Leitungsmitglied der „Deutschen Studentenschaft“ und Vertreter der Katholisch-Nationalen 1932 ein antisemitisches Flugblatt mitunterschrieben hatte, welches gegen den frisch gewählten Dekan der medizinischen Fakultät in Wien, Ernst Peter Pick, gerichtet war. Pick war ein international renommierter Pharmakologe jüdischer Herkunft und wurde aus diesem Grund folgendermaßen zum Rücktritt aufgefordert:

„Offener Brief der Leitung der Deutschen Studentenschaft an Herrn Prof. Dr. Pick! Die Deutsche Studentenschaft nimmt mit Entrüstung davon Kenntnis, daß Sie wider Erwarten Ihre Wahl zum Dekan der medizinischen Fakultät angenommen haben. Nach wie vor steht die Deutsche Studentenschaft auf ihrem 1923 kundgetanen Standpunkt, daß Professoren jüdischer Volkszugehörigkeit akademische Würdenstellen nicht bekleiden dürfen. Wollen Sie bedenken, daß Sie sich an einer deutschen Hochschule befinden und daß die deutschen Studenten als ihre Führer nur deutsche Lehrer anerkennen! Schon im Interesse eines ordnungsgemäßen Lehrbetriebes hoffen wir auf Ihre Einsicht.“⁸⁰

Klaus machte später nie ein Geheimnis aus seiner großdeutschen und antisemitischen Vergangenheit. Nach dem Bekanntwerden des Flugblattes in der Öffentlichkeit drängte es ihn aber Kreisky mitzuteilen, dass es sich hierbei um eine Jugendsünde handelte und er „heute kein Antisemit, sondern ein Philosemit sei“.⁸¹

Neben Josef Klaus gibt es innerhalb der ÖVP noch weitere Beispiele an philosemitischen Botschaften. Bereits im Jahr 1960 gab es ein paar Grußbotschaften von ÖVP-Politikern zum jüdischen Neujahrsfest 5721. Bundesparteibeamteter Alfons Gorbach nahm auf seine eigene Inhaftierung im KZ Bezug und sah „die Juden als Teil des österreichischen Opferkollektivs“ an. Generalsekretär Hermann Withalm wies indirekt auf die Differenz der rechtlichen

⁸⁰ Zit. nach Taschwer, Klaus: Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert (Wien 2015): 152f.

⁸¹ Vgl. Kreisky (1988): 397.

Stellung hin. Er sprach vom „jüdischen Mitbürger“ und dem „österreichischen Volk“, womit er die österreichischen Juden in die Rolle eines „Gastvolkes“ verwies. Bundeskanzler Julius Raab betonte das positive Verhalten der österreichischen Juden und sprach ebenso von den „Mitbürgern jüdischen Glaubens“. Noch 1945 forderte die ÖVP „maßvolles Verhalten“ von den österreichischen Juden. Die Grußbotschaften der ÖVP-Politiker können nun als positive Verhaltensnoten gedeutet werden. Die ÖVP ist mit dem Verhalten der Juden und Jüdinnen zufrieden und deshalb müssen diese dafür ausdrücklich gelobt werden.⁸²

4.1.3. Wahlkampf 1970 – „Ein echter Österreicher“

Bei den Nationalratswahlen 1970 präsentierte die ÖVP im Wahlkampf ihren Spitzenkandidaten Josef Klaus als „Ein echter Österreicher“. Dieses Plakat wurde von mehreren Seiten als antisemitisch interpretiert, da es indirekt gegen den jüdischen Exilanten Kreisky gerichtet war. Kreisky wird zwar nicht direkt angesprochen oder angegriffen, aber dennoch kann man hier klar von unterschwelligem Antisemitismus sprechen, da dem Wahlvolk suggeriert werden soll, dass Kreisky kein „echter“ Österreicher sei, wie die CSU-Akademie in München anmerkt. Die ÖVP-Landesleitung Steiermark verteidigte sich mit den Worten:

„Wir wollen selbstverständlich niemanden persönlich aus rassistischen oder religiösen Gründen verunglimpfen, aber wir wollen die Unterschiede zwischen der ÖVP und ihren Mandataren gegenüber den anderen Parteien ganz klar herausstellen. Es ist ein Betrug und eine Irreführung der Bevölkerung, diese Unterschiede zu verwischen oder überhaupt zu leugnen.“⁸³

Indirekt behauptete die ÖVP also, dass es einen Unterschied zwischen Menschen jüdischer Herkunft und ÖsterreicherInnen gibt. Sie verstärken das

⁸² Vgl. Manoschek (1995): 59f.

⁸³ Zit. nach ebd.: 58.

Vorurteil also noch weiter, obwohl sie es damit eigentlich abschwächen wollten.⁸⁴ Zu diesem Wahlplakat passt ein Ergebnis einer Umfrage aus dem Jahr 1968, bei der 43% der Befragten der Meinung waren, dass „ein Jude, der sich als Österreicher bekennt, nicht als richtiger Österreicher angesehen werde“.⁸⁵

Nach den vorangegangenen Nationalratswahlen im Jahr 1966 empfing Josef Klaus als Bundeskanzler Vertreter der „Aktion gegen den Antisemitismus“ und nahm ein Memorandum entgegen. Daraufhin meinte er: „Der offene und latente Antisemitismus muss ausgeremert werden.“⁸⁶

Kreisky meldete sich auf Grund der antisemitischen Wahlkampagne an die österreichische Bevölkerung und bekannte sich im Fernsehen öffentlich zu seiner jüdischen Herkunft. Er verdeutlichte:

„Für mich glaube ich in Anspruch nehmen zu dürfen, ebenfalls ein echter Österreicher zu sein. Ich komme beiderseits aus einer alten österreichischen Familie, die schon vor hundert Jahren dem österreichischen Staat gute und nützliche Dienste geleistet hat. Ich möchte diesem Staat dienen, wie ein Sonnenfels Maria Theresia gedient hat.“⁸⁷

Nach den Wahlen von 1971, bei denen die SPÖ unter Kreisky die absolute Mehrheit erreichte, kam es zur Annahme, dass der Antisemitismus in Österreich überwunden wäre und damit keine erfolgreiche Wahlkampagne mehr gemacht werden könne. Empirische Untersuchungen zu dieser Zeit zeigten jedoch ein anderes Bild. In der Realität habe der Antisemitismus seit 1945 nicht abgenommen, sondern habe sich lediglich verändert.⁸⁸

⁸⁴ Vgl. Stögner, Karin: Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Anton *Pelinka*, Hubert *Sickingner*, Karin *Stögner*, Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008): 50.

⁸⁵ Vgl. Kaendl-Widhalm (1990): 194.

⁸⁶ Weinzierl, Erika: Antisemitismus in Österreich. Seine Wurzeln und sein Weiterbestehen. In: *Austriaca*, numéro spécial (1978), S. 309-332: 320.

⁸⁷ Zit. nach Stögner (2008): 50.

⁸⁸ Vgl. ebd.: 50f.

4.1.4. Suppan-Haider-Affäre

Während der zweiten Amtszeit von Bruno Kreisky kam es 1972 im Parlament im Zuge einer Debatte über den Bau der UNO-City zu antisemitischen Zwischenrufen zweier ÖVP-Nationalratsabgeordneter. Walter Suppan und der stellvertretende Parteiboss Johann Haider riefen bei der Nennung einiger Architekten und Firmen „Lauter Juden!“ und „Auch ein Jude!“ dazwischen. Daraufhin wurde die Sitzung unterbrochen und Stephan Koren, der Klubobmann der ÖVP, bedauerte den Vorfall. Von Seiten der für die beiden zuständigen Landesparteileitungen kam jedoch keine Stellungnahme. Kurze Zeit später erklärte Koren, dass die beiden Abgeordneten „besoffen“ waren. Nachdem sich Suppan und Haider für ihre Äußerungen parteiintern entschuldigt hatten, war die Sache für die ÖVP erledigt. Das Parteipräsidium verurteilte zwar die Zwischenrufe, das Parlamentsprotokoll dieser Sitzung wurde jedoch zensuriert und enthält weder die Namen noch die Äußerungen der beiden Abgeordneten.⁸⁹

Johann Haider verharmloste seine Äußerungen in einem späteren ORF-Interview und meinte diese Zurufe wären genauso harmlos gewesen „wie die Erkundung nach Preußen, Waldviertlern, Bayern oder Polen.“ Die öffentlichen Proteste bezeichnete er als „Massenhysterie.“⁹⁰

Bundeskanzler Kreisky selbst beteiligte sich ebenfalls an der Verharmlosung des Vorfalls und meinte dazu, dass es solche antisemitischen Bemerkungen schon oft gegeben habe und dass es auch weiterhin so sein wird, aber eine „Gefahr für Österreich“ kann er darin nicht erkennen.⁹¹

⁸⁹ Vgl. Adunka (2002): 37f.

⁹⁰ Vgl. ebd. 38.

⁹¹ Vgl. Benz, Wolfgang: Was ist Antisemitismus? (München 2004): 230.

4.2. Antisemitismus innerhalb der SPÖ

Die SPÖ war nach 1945 trotz ihres antifaschistischen Selbstverständnisses nicht frei von antisemitischen Stereotypen und Ressentiments. Hierbei geht es nicht nur um den Antisemitismus innerhalb der Partei, sondern auch um ihren Umgang mit Antisemitismus. Vor allem sozialistische Studierende waren offen anti-antisemitisch eingestellt und prangerten nicht selten antisemitische Äußerungen an, wie beispielsweise im Fall vom antisemitischen Hochschul-Professor Taras Borodajkewycz waren sie es, die die Affäre und die öffentliche Diskussion darüber ins Rollen gebracht hatten. Das Problem der SPÖ beim Umgang mit Antisemitismus war jedoch, dass sie zwar antisemitische Vorfälle ihrer politischen Gegner anprangerten, wenn die Partei hingegen selbst betroffen war oder sich der Vorfall gar in den eigenen Reihen abspielte, war ihre Reaktion eher verharmlosend.⁹²

In der Theorie war die österreichische Sozialdemokratie nie antisemitisch. Was bedeutet, dass Antisemitismus nie Teil des offiziellen Parteiprogrammes war. Weder in der Ersten noch in der Zweiten Republik. Ein Auszug aus dem Aktionsprogramm von 1947 unter der Überschrift „Dem Weltbund der Völker entgegen!“ besagt:

„Die Sozialisten lehnen jede nationale, konfessionelle oder rassische Unterdrückung ab. Sie bekämpfe den nationalen Hass, den kriegshetzerischen, kulturwidrigen und menschenmordenden Nationalsozialismus.“⁹³

In der politischen Praxis sah das jedoch ganz anders aus. Nach der Gründung der Zweiten Republik setzte sich innerhalb der SPÖ bald der rechte Flügel um Renner, Schärf und Helmer durch und bestimmte somit auch die ideologische Orientierung der Partei. Diese drei Politiker waren auch die Träger des Antisemitismus in der SPÖ. Von austromarxistischen Gedanken trennte man sich

⁹² Vgl. Reiter (2001): 40f.

⁹³ Auszug aus dem Aktionsprogramm der SPÖ 1947.

immer mehr und von der kommunistischen Partei distanzierten sie sich, während sie die politische Nähe zur Volkspartei suchten.

Der Antisemitismus der Linken fiel in der Nachkriegszeit aber weniger durch offene Beleidigungen auf, wie es bei der ÖVP gelegentlich vorkam, sondern eher durch ihr Verhalten den jüdischen Exilanten und Exilantinnen gegenüber, die auf Grund von Konkurrenzängsten, ihrer mehrheitlich austromarxistischen Ideologie und aus Angst vor negativen oder antisemitischen Reaktionen aus der Bevölkerung nicht eingeladen wurden zurückzukehren. Auch bei der Frage der Wiedergutmachung zeigte sich teilweise antisemitisches Verhalten mancher SPÖ-Politiker. Bezüglich der „Displaced Persons“ meinte Oskar Helmer in der Ministerratssitzung vom 20. Mai 1947:

„Ich möchte hier auf die Einwanderung der Juden, die aus Rumänien nach Österreich kommen und langsam ganz Österreich überfluten, hinweisen. [...] Die Einwanderung hat einen solchen Umfang angenommen, daß zu befürchten ist, daß ganz Österreich von den Juden überflutet wird. [...] Wir müssen dabei nun recht vorsichtig vorgehen, da sich ja zuletzt die ganze Stimmung der amerikanischen Presse gegen uns richten könnte. Es bleibt uns daher nichts anderes übrig, als daß wir die Juden anständig behandeln und wir sie in Lagern unterbringen.“⁹⁴

In derselben Ministerratssitzung stellte Helmer noch den Antrag „ein weiteres Einströmen jüdischer Flüchtlinge aus dem Osten nach Österreich zu unterbinden“. Dieses Zitat und der Antrag waren nicht die einzigen antisemitischen Handlungen Helmers und zeigt sehr deutlich seine Haltung Juden und Jüdinnen gegenüber.⁹⁵

Selbiger meinte in der Ministerratssitzung vom 9. November 1948 in Hinblick auf die „Wiedergutmachungs“-Diskussion:

⁹⁴ Zit. nach Knight, Robert (Hrsg.): „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden (Wien 2000): 128f.

⁹⁵ Vgl. Kremser, Doris: Sozialdemokratie und Judentum im Österreich der Zweiten Republik (Dipl.-Arbeit, Wien 1999): 54.

„[...] Ich sehe überall nur jüdische Ausbreitung wie bei der Ärzteschaft, beim Handel vor allem in Wien. Eine Separataktion kann man aber nicht durchführen. Die Sache ist aber auch eine politische. Auch den Nazis ist im Jahre 1945 alles weggenommen worden und wir sehen jetzt Verhältnisse, daß sogar der nat. soz. Akademiker auf dem Oberbau arbeiten muss. [...] Ich wäre dafür, daß man die Sache in die Länge zieht. [...] Es gibt schon Leute, die das verstehen. Die Juden werden das selbst verstehen, da sie im Klaren darüber sind, daß viele gegen sie Stellung nehmen.“⁹⁶

Nachdem die Träger des Antisemitismus innerhalb der SPÖ aus der Politik ausgeschieden waren, wurde es ruhiger um offene antisemitische Vorfälle in der Partei. Erst im Zusammenhang mit der Olah-Krise Mitte der 60er Jahre kam es wieder zu antisemitischen Äußerungen eines ehemaligen Sozialisten. Auf dies wird jedoch im nächsten Kapitel genauer eingegangen.

In den 60er und 70er Jahren war generell eine Veränderung bezüglich Antisemitismus in der Partei bemerkbar. Bruno Kreisky wurde 1967 Parteiobmann und ab 1970 der erste jüdische Kanzler. Seiner Beziehung zu Judentum, Israel und seinem langjährigen Konflikt mit Simon Wiesenthal wird ebenso ein eigenes Kapitel gewidmet. Der Antisemitismus der Partei verlagerte sich klar zu antizionistischen Ressentiments und „klassisch“ antisemitische Äußerungen sind aus den Reihen der SPÖ eher weniger bekannt.

In den späten 60er Jahre hatte die SPÖ, insbesondere ab dem Sechstagekrieg 1967, eine durchwegs positive Haltung zu Israel. In den 70er Jahren wendete sich jedoch das Blatt und die SPÖ übernahm Partei für die politischen Anliegen der PalästinenserInnen. Parallel dazu kam es zu einer bedeutend stärker werdenden Kritik an der israelischen Regierung.⁹⁷ Auf Grund der Israelkritik aus der Linken, vor allem ab den 70er Jahren, wurde ihnen häufig von jüdischen Kritikern wie Simon Wiesenthal, Moshe Meisels oder Karl Pfeifer, aber auch von

⁹⁶ Zit. nach Knight (2000): 146.

⁹⁷ Vgl. Reiter (2001): 394.

„nicht-linken“ Antisemitismus vorgeworfen. Zum Teil kam die Kritik auch aus den eigenen Reihen.⁹⁸

Einer dieser Kritiker unter den Parteigenossen war Robert Rauscher. Rauscher bereiste Israel erstmals 1961 und wollte daraufhin seine Begeisterung für das Land in Österreich weitergeben. Zu seiner bedingungslosen Solidarität mit dem Staat Israel meinte er:

„[...] weil ich dieses Land und seine Menschen liebe, und weil ich als Sozialist in den Wünschen und Sehnsüchten dieser Nation die Träume meiner Jugend wiederfinde. Ich bin zu guter letzt für den Staat Israel und für die israelische Nation, weil ich in Demut vor der Geschichte lebe [...]"⁹⁹

Des Weiteren meinte er über seinen Einsatz für die Juden und für Israel, dass es für ihn eine selbstverständliche Verpflichtung sei „für sie einzustehen, gleichgültig was sie tun, für mich kann ein Jude nichts Schlechtes machen, er hat schon alles, alle Sünden abgebußt.“¹⁰⁰ Kritisiert aber auch den überaus großen Einfluss der Religion sowie rechtsextreme Tendenzen in Israel. Seine Einstellung zu Israel führte zu Konflikten zwischen Kreisky und Rauscher, die bereits nach seiner Israelreise, als er Kreisky mit der Wiedergutmachung konfrontierte, begannen.¹⁰¹

Über die Israelitische Kultusgemeinde ist zu sagen, dass von 1952 bis 1982 der SPÖ nahe „Bund Werktätiger Juden“ in der Wiener Kultusgemeinde über die absolute Mehrheit verfügte. Die jüdische Gemeinde war also linksorientiert während religiöse Vertreter und Zionisten stark unterrepräsentiert waren. Auf antisemitische Vorfälle reagierte die Wiener IKG mit einem starken Österreich-Patriotismus und wollte eher aufklärend wirken. Die Haltung der SPÖ und auch der KPÖ zu Entschädigungszahlungen, Antisemitismus sowie Antizionismus, oder auch die Einstellung zur Entnazifizierung führten zu Konflikten. Für den sozialdemokratischen „Bund werktätiger Juden“ war vor allem die Nahostpolitik

⁹⁸ Vgl. ebd.: 318.

⁹⁹ Zit. nach ebd. 99.

¹⁰⁰ Ebd. 100.

¹⁰¹ Vgl. ebd.

Kreiskys eine Enttäuschung. Im Kreisky-Wiesenthal-Konflikt stellte sich der Bund hinter Kreisky.¹⁰²

Der Bund sozialistischer Akademiker war das Instrument der SPÖ, mit dem sie ehemalige Nationalsozialisten mehr oder weniger integrierten und versuchten sie an ihre Partei zu binden. Die „Ehemaligen“ waren zwar von Funktionen im BSA und seinen Teilorganisationen ausgeschlossen, aber dennoch konnten die Mitglieder häufig Vorteil aus ihrer Mitgliedschaft oder Parteiangehörigkeit ziehen und Karriere im öffentlichen Dienst machen. Nach der Aufnahme von „Belasteten“ wurden auch ehemalige Burschenschafter aufgenommen, was einen Rechtsruck im BSA zur Folge hatte. Nicht selten kam es vor, dass Mitglieder mit rechtsextremen Einstellungen, häufig mit NS-Vergangenheit, durch den BSA Karriere machten, später austraten und sich rechtsextremen Gruppen anschlossen.¹⁰³

Ein solches Beispiel stellt DDDr. Franz Scheidl dar. Scheidl war in der Ersten Republik SDAP-Mitglied bis er sich 1934 der NSDAP anschloss. 1950 trat er wieder der SPÖ bei und nur wenige Tage später der Vereinigung Sozialistischer Juristen Österreichs. 1960 beendete er seine BSA Mitgliedschaft und gilt seit Ende der 1960er Jahre als einer der ersten Holocaustleugner im deutschsprachigen Raum. Er publizierte revisionistische Bücher und verfasste Artikel für die neonazistische Zeitschrift „Sieg“.¹⁰⁴

Paul Rösch war ebenfalls ein Sonderfall im BSA. Rösch trat bereits 1937 der noch illegalen Hitler-Jugend bei und schloss sich im April 1938 dem 1. SS-Totenkopfverband an. Bis zum Kriegsende diente er in der Waffen-SS und war 1944 zum SS-Obersturmführer befördert worden. Rösch war jahrelang in der „Kameradschaft VI“ tätig, einem deutschnationalen und rechtsextremen

¹⁰² Vgl. Embacher, Helga: Jüdisches Leben nach der Schoah. In: Gerhard *Botz*, Ivar *Oxmaal*, Michael *Pollak*, Nina *Scholz* (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002): 359f.

¹⁰³ Vgl. Neugebauer, Schwarz (2005): 82.

¹⁰⁴ Vgl. ebd. 83f.

Zusammenschluss ehemaliger SS-Angehöriger. Obwohl er als hochgradig „Belasteter“ galt, war er Funktionär des BSA-Klagenfurt.¹⁰⁵

Eine außergewöhnliche berufliche Karriere schlug der ehemalige SA- und SS-Mann Johann Biringer mit Hilfe der SPÖ und des BSA ein. Biringer schloss sich 1951 der SPÖ Salzburg an und trat als studierter Jurist in den Polizeidienst ein. 1953 wurde er Mitglied der „Vereinigung der Sozialistischen Juristen Österreichs“, also einer Teilorganisation des BSA. Innerhalb von zwei Jahrzehnten schaffte er es an die Spitze der Bundespolizeidirektion Salzburg und war von 1972 bis 1985 ihr Direktor. Als Polizeichef ging er vor allem gegen antifaschistische Demonstranten brutal vor, dafür zeigte er immer wieder Sympathien gegenüber rechtsextremen Veranstaltungen. So nahm er beispielsweise in voller Polizeidirektoruniform an Kranzniederlegungen der „Kameradschaft IV“ teil. 1985 trat er als Polizeidirektor zurück und 1997 schließlich aus dem BSA aus.¹⁰⁶

Diese Beispiele von durch SPÖ und BSA erleichterten Karrieren sind nur einige wenige. Besonders hoch war der Anteil an „Ehemaligen“ im Fachverband der Juristen. Der Journalist Oscar Bronner publizierte 1965 den Artikel „Die Richter sind unter uns“ und belastete damit fünf österreichische NS-Juristen und kritisierte in einem weiteren Artikel SPÖ-Justizminister und BSA-Funktionär Christian Broda für seine Untätigkeit bezüglich der Entnazifizierung der Justiz.¹⁰⁷ Ebenso nutzten viele ehemalige NS-Ärzte den BSA-Ärztefachverband als Karriere-Sprungbrett. Das bemerkenswerte daran ist, dass gerade der Ärztefachverband einen traditionell hohen Anteil an Antifaschisten wie Juden, Widerstandskämpfer und KZ-Überlebende aufzuweisen hatte und traten vor allem zu Beginn der Zweiten Republik gegen eine Reintegration „Ehemaliger“

¹⁰⁵ Vgl. ebd. 86f.

¹⁰⁶ Vgl. Ebd. 109-114.

¹⁰⁷ Vgl. Ebd. 197.

ein.¹⁰⁸ Dennoch wurden auch im Ärztenfachverband nach BSA-Beschluss „Minderbelastete“ und später auch „Belastete“ integriert.

Darunter der NS-Kindereuthanasiearzt Dr. Heinrich Gross, der sicherlich das markanteste Beispiel unter den ehemaligen NS- und SS-Ärzten im BSA war. Er trat 1951 dem BSA bei und 2 Jahre später wurde er Mitglied der SPÖ.¹⁰⁹ Während der NS-Zeit war er als Arzt in der „Euthanasie-Klinik“ am Spiegelgrund tätig und war dort an der Tötung hunderter geistig- und körperlich Behinderter Kinder mitverantwortlich. Erst 1979 wurde er von Dr. Werner Vogt beschuldigt, an der Euthanasie am Spiegelgrund mitgewirkt zu haben. Vogt wurde daraufhin wegen Ehrenbeleidigung geklagt, gegen Gross wurde kein Strafverfahren eingeleitet. Staatsanwaltschaft, Oberstaatsanwaltschaft und Justizministerium waren sich 1981 einig, dass die Euthanasiehandlungen „nur“ als Totschlag zu bewerten sind und somit verjährt waren.¹¹⁰ Trotz allem wurde Gross schließlich 1981 aus der SPÖ ausgeschlossen und seine BSA-Mitgliedschaft wurde vorerst ruhend gestellt. Der endgültige Ausschluss aus dem BSA folgte erst 1988, welcher aber einstimmig angenommen wurde.¹¹¹

Erst im Jahr 1999 wurde gegen Gross von der Staatsanwaltschaft Wien eine Mordanklage eingereicht. Durch diese Wiederaufnahme des Prozesses und der dadurch ausgelösten Debatte um Heinrich Gross kündigte der neue Bundesparteivorsitzende der SPÖ Alfred Gusenbauer im Jahr 2000 an, „sich bei den überlebenden Opfern sowie den Nachkommen der ermordeten Kinder der ‚Klinik Spiegelgrund‘ entschuldigen und gleichzeitig eine selbstkritische Reflexion über die ‚braunen Flecken in der SPÖ‘ starten zu wollen.“¹¹² Gusenbauer gab eine Erklärung ab, in der er die Fehler und Versäumnisse der SPÖ in der Zweiten Republik eingestand und den Umgang mit der NS-Vergangenheit erforschen

¹⁰⁸ Vgl. Ebd. 219.

¹⁰⁹ Vgl. Ebd. 273.

¹¹⁰ Vgl. Ebd. 186f.

¹¹¹ Vgl. Ebd. 292.

¹¹² Rathkolb (2015): 409.

lassen werde.¹¹³ Dr. Wolfgang Neugebauer und Mag. Peter Schwarz vom „Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes“ wurden daraufhin vom damaligen BSA-Präsidenten Dr. Sepp Rieder mit der Forschung betraut.

Diese Beispiele haben zwar keinen direkten Bezug auf den Antisemitismus im Nationalrat, aber sie zeigen den Umgang der SPÖ mit den „Ehemaligen“ sehr gut auf. Die SPÖ wollte um jeden Preis im Bereich der Akademiker konkurrenzfähig werden und versäumte dabei, die Mitglieder vor der Aufnahme genauer überprüfen zu lassen. Man erkennt auch, dass der Wille zu einer genaueren Überprüfung gefehlt hat, was vermutlich auch durch die Dominanz des rechten Flügels in den ersten Jahren begründbar ist. Als der BSA bereits für ehemaligen Nationalsozialisten zugänglich war, war es für weitere „Belastete“ und zum Teil auch „Schwerbelasteter“ natürlich umso einfacher selbst darin Fuß zu fassen. Man darf aber an dieser Stelle nicht vergessen, dass sich ein solcher Umgang mit Ehemaligen nicht nur in der SPÖ abgespielt hatte. Die ÖVP agierte diesbezüglich mit dem CV und dem Akademikerbund wahrscheinlich noch weitaus fahrlässiger und sogar die KPÖ stellte sogenannte Persilscheine aus. Die SPÖ hat ihre NS-Vergangenheit spät aber doch großzügig aufgearbeitet, was man ihr in gewisser Weise durchaus positiv anrechnen kann.

4.3. Franz Olah und die DFP

Franz Olah wurde am 12. März 1938 nach Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich von der Gestapo verhaftet und mit einem der ersten „Prominententransporte“ in das Konzentrationslager Dachau gebracht. Er verbrachte dort, bis auf eine kurze Unterbrechung in einem anderen Lager, die gesamte Kriegszeit bis zur Befreiung 1945. In Dachau lernte er unter anderem spätere Bundeskanzler wie Leopold Figl und Alfons Gorbach kennen, die später auch „den Geist der Lagerstraße“ prägen sollten und baute zu beiden ein gutes

¹¹³ Vgl. Mesner, Maria: Braune Flecken: historiografische und andere Schwierigkeiten im Umgang mit den Ex-Nazis in Österreich. In: Helmut *Kramer*, Karin *Liebhart*, Friedrich *Stadler* (Hrsg.), Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand (Wien 2006): 346.

Verhältnis auf. Mit Gorbach verbrachte er einen Teil der Inhaftierung in der Strafkompagnie und musste 45 Tage in den Bunker, das bedeutete Schläge mit dem Ochsenziemer und Dunkelhaft. Jeden vierten Tag gab es eine „warme Kost“, sonst nur Wasser und Brot.¹¹⁴

Mit der Gruppe der Kommunisten hatte er bereits in der Zeit des Konzentrationslagers ein Problem. Es gab laut dem Sozialdemokraten Josef Schneeweiß ein ungeschriebenes Gesetz, dass zum einen die länger Inhaftierten besserstellt und zum anderen, dass umso mehr auf jene Häftlinge, die im Widerstand gegen das Dritte Reich tätig waren, geachtet wird, um deren Überleben zu sichern. Die kommunistischen KZ-Häftlinge warfen Olah einen Verstoß gegen dieses zweite ungeschriebene Gesetz vor, da er in seiner Zeit als Revierschreiber nur Kommunisten für den Transport nach Auschwitz auf die Liste setzte. Schneeweiß meinte dazu:

„[...] Bei der Auswahl der zehn Kommunisten wurde Olah im Lager beschuldigt, die Hand im Spiel gehabt zu haben. Er habe das Revier als seine Machtposition im Lager ausbauen wollen. Die Erbitterung im Lager war deshalb groß.“¹¹⁵

Kurz nach dem Krieg konnte Olah nach Wien zurückkehren und kam dort bei Adolf Schärf unter, bei dem er auch für kurze Zeit wohnen konnte, bis Schärf für ihn eine Gemeindebauwohnung organisiert hatte. In Hernals wurde Olah bald nach Kriegsende wieder Gemeinderat und 1947 als Bezirksparteivorstand der SPÖ eingesetzt. Im Juli 1945 wurde er Gewerkschaftsbundsekretär für Bau- und Holzarbeiter, was im zerstörten Nachkriegs-Österreich sicher eine besonders wichtige Funktion war.¹¹⁶ Im Jahr 1948 zog Olah in den Nationalrat ein, nachdem der ehemalige Zentralsekretär Erwin Scharf aus der Partei ausgeschlossen wurde. Olah übernahm sein Mandat. Innerhalb der Gewerkschaft wurde er

¹¹⁴ Vgl. Svoboda (1990) 13f.

¹¹⁵ Zit. nach ebd.: 14f.

¹¹⁶ Vgl. Possnigg, Artur: Franz Olah – der erste Machtpolitiker Österreichs? (Dipl.-Arbeit, Wien 2001): 24f.

bereits 1949 zum Vorsitzenden der Bau-und Holzarbeitergewerkschaft ernannt.¹¹⁷

Franz Olah war in der Öffentlichkeit äußerst beliebt und auf Grund seines Einsatzes gegen den „Oktoberstreik“ im Herbst 1950 im Zusammenhang mit dem 4. Lohn- und Preisabkommen wurde ihm der Ruf als „Retter Österreichs“ zugeschrieben. Anton Benya meinte dazu, dass Olah den Generalstreik nicht alleine verhindern konnte und es nicht alleine sein Verdienst war. „[...] Die Gewerkschaften insgesamt haben Stärke bewiesen.“¹¹⁸

In seiner politischen Karriere ging es weiterhin bergauf. Im Jahr 1955 wurde Olah Vizepräsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes und vier Jahre später, als der ÖGB-Präsident Johann Böhm verstarb, übernahm Olah den Präsidenschaftsposten. Gleichzeitig, nachdem er bereits 1957 die Funktion des geschäftsführenden Obmanns des SPÖ-Parlamentsklubs übernommen hatte, wurde Olah auch zum Zweiten Nationalratspräsidenten gewählt.¹¹⁹ Das Jahr 1959 war somit auch der Höhepunkt seiner Macht: ÖGB-Präsident, geschäftsführender SPÖ-Klubobmann und Zweiter Nationalratspräsident waren in einer Person vereint und Olah war somit einer der mächtigsten Männer Österreichs.

Das Jahr 1959 war auch indirekt der Anfang vom Ende seiner politischen Karriere. Olah finanzierte die Neugründung der „Kronen Zeitung“ mit Hilfe von Gewerkschaftsgeldern. Über den „finanziellen Strohmann“ Ferdinand Karpik bot Olah Hans Dichand 11 Millionen Schilling an. Dieses Geld wurde von der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien zur Verfügung gestellt und als Sicherheit diente ein Sparbuch, das für sogenannte Sonderprojekte gedacht war und im Besitz der Gewerkschaft für Bau- und Holzwirtschaft war. Zwei Jahre später hatte

¹¹⁷ Vgl. Dickinger, Christian: Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co (Wien 2001): 29.

¹¹⁸ Zit. nach ebd.

¹¹⁹ Vgl. ebd.

die „Kronen Zeitung“ 11,9 Millionen Schilling Schulden und die Zentralsparkasse musste erneut eingreifen.¹²⁰

Die zweite bedeutende Finanzaktion im Fall-Olah war die Finanzierung der FPÖ. ÖGB-Präsident Olah erhielt für „politische Zwecke“ zu Beginn des Jahres 1961 insgesamt 4,55 Millionen Schilling aus fünf sozialistischen Gewerkschaftsfraktionen. Davon wurden 4 Millionen an die Tageszeitung „Express“ weitergeleitet, welche auch recht bald wieder an ihn zurückerstattet wurden. Die Gewerkschaftsfraktionen sahen von dem Geld aber zunächst nichts. Zwei der fünf Fraktionen bekamen später insgesamt 750.000 Schilling zurück. Den Rest des Geldes bekamen sie jedoch erst im Jahr 1964 als eine gewerkschaftsinterne Untersuchung unter Fritz Klenner stattfand. Insgesamt blieb aber eine Million Schilling aus. Diese hatte Olah im Herbst 1962 widmungswidrig und ohne politische Rückversicherung der FPÖ gegeben und informierte niemanden über die Höhe der Transaktion. Als Rechtfertigung meinte Olah dazu, dass es dringend gewesen sei, da der Industriellenverband die Zahlungen an die FPÖ eingestellt habe und die FPÖ deswegen die Gehälter der Angestellten bezahlen könne.¹²¹

1963 wurde Olah schließlich Innenminister und musste seine ÖGB-Präsidenschaft aufgeben. Anton Benya und Friedrich Hillegeist konnten bereits 1962 verhindern, dass Olah ÖGB-Präsidenschaft und Innenminister in einer Personalunion vereinen könnte. In seiner kurzen Zeit als Innenminister kam es zu zahlreichen, oft unverständlichen Versetzungen in der Staatspolizei, was zu einem regen Widerstand in der Opposition führte. Zu einem innerparteilichen Konflikt kam es, als Olah im Zuge einer Fernsehsendung im Jänner 1964 der Öffentlichkeit mitteilte, dass führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens jahrelang observiert wurden und dass er dies nun beenden werde. Es war eine rein populistische Handlung Olahs, das zu sagen, was die Bevölkerung von einem Politiker hören möchte, nur um seine Popularität und seine Macht weiter

¹²⁰ Vgl. ebd.: 30f.

¹²¹ Vgl. Konrad (1988): 50f.

auszubauen. Es war jedoch kein kluger Schachzug von ihm, sich selbst mit der eigenen Partei anzulegen, denn die Olah-Gegner in der SPÖ wurden so immer mehr.

In Folge dieser Vorfälle wurde Franz Olah am 21. September 1964 als Innenminister enthoben.¹²² Er wurde aus der Partei ausgeschlossen und aus allen seinen Machtpositionen entfernt, blieb jedoch dem Nationalrat als „wilder Abgeordneter“ erhalten. Dem Ausschluss Olahs folgten Proteste seiner Anhängerschaft vor der Parteizentrale in der Löwelstraße, von den Arbeitern der E-Werke wurde kurzzeitig der Strom abgeschaltet und der Betrieb der Wiener Straßenbahn wurde für mehrere Stunden eingestellt. Unter den Demonstranten waren auch antisemitische Töne wahrzunehmen. So war unter anderem „An den Zuständen in der Partei seien nur die Juden schuld [...]“ zu hören.¹²³

Im Jahr 1965 gründete Olah die DFP und vertrat dabei Meinungen, die sich zum Teil von seiner bisherigen politischen Ideologie deutlich unterschieden. Im Wahlkampf für die Nationalratswahlen 1966 setzte er klar auf den Populismus und auch auf das Spiel mit dem Antisemitismus und kämpfte so um rechte Wählerstimmen. Er gestaltete den Wahlkampf äußerst aufwendig. Er organisierte Wählerversammlungen in ganz Österreich, zeigte Wahlfilme und wurde ständig von einer Saalgarde begleitet, die teilweise auch tötlich wurde.¹²⁴

Nachdem Olah 1963 noch gegen ein antisemitisches Plakat der Monarchistischen Bewegung Niederösterreichs, bei dem drei damalige Minister fälschlicherweise als Juden bezeichnet wurden, auftrat, war er im Wahlkampf derjenige, der antisemitische Äußerungen verbreitete.¹²⁵ Bei einer Wahlkundgebung im Februar sagte er über den Chef der Wiener Gebietskrankenkasse, Emil Tuchmann, der damit beauftragt wurde, ein psychiatrisches Gutachten über Olah zu erstellen: „Das ist ein Chefarzt, ein Mediziner – und

¹²² Vgl. Svoboda (1990): 81.

¹²³ Vgl. Dickinger (2001): 40.

¹²⁴ Vgl. Svoboda (1990): 111.

¹²⁵ Vgl. ebd. 115.

natürlich ein Jude. [...] Na ja, man kann es auch anders sagen, er ist mosaischen Bekenntnisses.“ Über einen anderen bekannten Wiener Arzt sagte er: „Ich bin kein Antisemit, daher sage ich nicht, dass dieser Herr Jude ist...“¹²⁶ Ein anderes Mal meinte Olah, „dass die Juden in der SPÖ versuchten, die Macht an sich zu reißen.“¹²⁷ Es blieb aber nicht bei den antisemitischen Äußerungen im Rahmen der Wahlkampfveranstaltungen und griff außerdem auch auf die ÖVP über. Antisemitische Flugblätter wurden in Niederösterreich verbreitet. Zuerst wurden diese den Olah Anhängern zugeschrieben, im April dann der niederösterreichischen ÖVP.¹²⁸

Als paradox erscheint im Hinblick auf den Antisemitismus Olahs die Tatsache, dass er langjähriger Freund und Unterstützer Bruno Kreiskys war. Er war derjenige, der es schaffte, Kreisky 1962 nach monatelangen Koalitionsverhandlungen als Außenminister zu halten. Auch umgekehrt hielt Kreisky lange Zeit zu ihm und war auch einer der weniger aus den Reihen der SPÖ die gegen den Parteiausschluss Olahs stimmten. Dies alles würde dafürsprechen, dass all die antisemitischen Anspielungen im Wahlkampf Teil seiner populistischen Strategie waren, um möglichst viele verschiedene Wählerschichten und somit auch die vielen vorhandenen Antisemiten, die es nach wie vor in der Bevölkerung gab, anzusprechen.

4.4. FPÖ – Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten

Dass die FPÖ als Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten zu verstehen war, ist weitgehend bekannt. Dass diese ihren Antisemitismus nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht einfach aufgaben ist nahliegend. Erster Parteiobmann der FPÖ wurde 1956 der ehemalige NSDAP-Minister Anton Reinthaler. Er war 1938 unter Seyß-Inquart Landwirtschaftsminister und wurde

¹²⁶ Zit. nach ebd. 122.

¹²⁷ Vgl. Adunka (2002): 26.

¹²⁸ Vgl. ebd.: 123.

später SS-Brigadeführer. Zu seiner Zeit war die FPÖ durch ihre extrem rechtsnationale Position weitestgehend isoliert. Erst sein Nachfolger Friedrich Peter, ehemaliger SS-Obersturmführer, konnte über die Jahre hinweg die Partei aus der Isolation herausführen. Von 1983 bis 1986 war die FPÖ erstmals unter dem liberalen Bundesparteiobmann Norbert Steger Teil der Bundesregierung.¹²⁹

Im Hinblick auf die Grundsatzprogramme der FPÖ, und auch die beiden der VdU zuvor, enthält keines dieser Programme Hinweise auf eine Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus, Antisemitismus oder etwa dem Holocaust. Erst in den 80er Jahren unter Norbert Steger wurden im Salzburger Programm „jeder Missbrauch nationaler Gefühle für totalitäre oder imperialistische Ziele“ verurteilt.¹³⁰

Der damalige Parteigründer des VdU, Herbert Kraus, der dem liberalen Flügel zuzuordnen war, trat nach der Gründung der FPÖ aus der Partei aus und meinte 1956 dazu:

„Das Ergebnis des FPÖ-Parteitags veranlaßt mich, die mir angebotene Kandidatur zur Nationalratswahl abzulehnen und aus der FPÖ auszutreten. Dieser Parteitag war die Bestätigung der lange vorbereiteten ‚Machübernahme‘ durch einen kleinen Kreis von Rechtsextremisten und ehemaligen Naziführern. Die in der FPÖ verbliebenen gemäßigten Vertreter des VdU sind praktisch zur Bedeutungslosigkeit verurteilt.“¹³¹

Friedrich Peter war in der NS-Zeit Angehöriger der 1. SS-Infanteriebrigade und auch die meisten anderen FPÖ-Funktionäre dieser Zeiten waren in irgendeiner Form in der NSDAP integriert. Gerade mit diesem Hintergrund wäre es für die

¹²⁹ Vgl. Luther, Kurt Richard: Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung: Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Werner *Bergmann*, Rainer *Erb*, Albrecht *Lichtblau* (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt/Main [u.a.] 1995): 138.

¹³⁰ Zit. nach ebd.: 139f.

¹³¹ Zit. nach Bailer, Brigitte; Neugebauer, Wolfgang: Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 1996): 158.

Partei notwendig gewesen sich vom Nationalsozialismus zu distanzieren, was jedoch nicht der Fall war. Eher das Gegenteil war der Fall und der Nationalsozialismus wurde von FPÖ-Politikern immer wieder entschuldigt.¹³²

Friedrich Peters Aufgabe war es, die Partei aus dem politischen Abseits herauszuholen, was zu taktischen Anpassungen und Veränderungen führte. Er erkannte zu Beginn der 60er Jahre im Express die Notwendigkeit, „auch mit Freimaurern und Juden am selben Tisch (zu) sitzen“ und wollte die FPÖ liberalisieren. Daraufhin kam es 1966/67 zu einer Abspaltung der Rechtsextremen innerhalb der Partei und eine Gruppe um Norbert Burger gründete die NDP.¹³³ Diese wurde jedoch im Jahr 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung vom Verfassungsgerichtshof behördlich aufgelöst und auch eine Vereinsgründung wurde untersagt.¹³⁴

Mit dem Kurs Peters waren auch einige andere Parteimitglieder unzufrieden. So trat beispielsweise der ehemalige Obmann des Antisemitenbundes, NS-Reichsredner und spätere Wiener Gemeinderat, Karl Peter, Anfang der 70er Jahre aus der Partei aus. Karl Peter fiel bereits im Jahr 1957 auf, als er in der „Neuen Front“ über das Theaterstück „Das Tagebuch der Anne Frank“, aufgeführt im Theater in der Josefstadt, schrieb:

„Juden beherrschten die Banken, den Handel, die Industrie zu einem weit über ihren tatsächlichen Bevölkerungsanteil liegenden Prozentsatz. In den Berufen aber, in denen es viel Arbeit und wenig Brot gab, fand man sie kaum [...]. Hätten die Antisemiten solch einen Zulauf gefunden, wenn damals nicht so viele Juden anmaßend und herausfordernd gewesen wären? Hätte das deutsche Volk in eine Haßwelle getrieben werden *können*, wenn die Juden nicht justament das für sich in Anspruch genommen hätten, was alle anderen Menschen ablehnten: zwei Vaterländer [...] zu besitzen, nämlich Deutschland *und* Erez Israel [...]. Gewiß, die Reaktion war hart und brutal, aber sie war

¹³² Vgl. ebd.: 359f.

¹³³ Vgl. ebd. 360.

¹³⁴ Vgl. Weninger, Jürgen: Dr. Norbert Burger – Eine politische Biographie (Dipl.-Arbeit, Wien 2014): 60.

eben Reaktion, der eine Aktion vorausgehen mußte, ohne die es eben keine Reaktion gibt. Anne Frank wurde das Opfer dieser Reaktion, mithin und mittelbar auch Opfer der jüdischen Aktion.“¹³⁵

Ebenso schloss Friedrich Peter Antisemiten wie Karl Schmidt oder den stellvertretenden Wiener Landesparteiboss Hans Klement aus der Partei aus.¹³⁶ Hans Klement meinte in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin „Profil“, in dem er auf die jüdische Abstammung Bruno Kreiskys und auf eine mögliche Koalition mit der SPÖ angesprochen worden war:

„Meine Erziehung, meine Grundeinstellung – ich war ja jahrelang an der Front – würden so etwas nicht möglich machen. Ich würde selber auf jeden Fall gegen eine Koalition mit Kreisky sein [...] Ich glaube, ich könnte nicht über meinen eigenen Schatten springen.“¹³⁷

Eine weitere wichtige Persönlichkeit des deutschnationalen-rechten Flügels innerhalb der FPÖ war der Kärntner Nationalratsabgeordnete Otto Scrinzi. 1968 wurde Scrinzi zum stellvertretenden Parteiboss gewählt und kann durchaus als rechtsextrem bezeichnet werden. Beispiele dafür sind, dass er die österreichische Nation ablehnte und gegen den österreichischen Nationalfeiertag eintrat, er war für die Wiedereinführung der Todesstrafe und vertrat außerdem einen Rassenantisemitismus. Er meint Heinrich Heine wäre kein Deutscher, weil er Jude ist. 1975 verlor er nach einem Konflikt mit Friedrich Peter seine Parteifunktion und schied vier Jahre später aus dem Nationalrat aus. Er radikalisierte sich schließlich immer mehr und gründete 1984 die „National-Freiheitliche Aktion“ (NFA). 1986 kandidierte er bei der Bundespräsidentenwahl, scheiterte daran aber klar.¹³⁸

¹³⁵ Zit. nach Adunka (2002): 17.

¹³⁶ Vgl. ebd. 361.

¹³⁷ Zit. nach „DER SPIEGEL“: Personalien - Karl Otto Pöhl, William Proxmire, Jo Collins, Oonyale Luna, Hans Klement, Hans Maier, Klaus von Dohnanyi, Christa von Dohnanyi. In: DER SPIEGEL, Heft 32 (1973): S.98

¹³⁸ Vgl. Bailer, Neugebauer (1996): 362.

Viele FPÖ-Funktionäre kommen auch heute noch aus dem Ring Freiheitlicher Studenten. 1965 waren noch mehr als ein Drittel der StudentInnen RFS-Anhänger, welche auch die Haupttreiber der Pro-Borodajkewycz Seite waren. Nach der Affäre und dem Tod Ernst Kirchwegers durch einen Faustschlag des Demonstranten Günther Kümmel fiel der Anteil der RFS-Anhänger bis 1987 aber auf 2,5 Prozent. Neben dem hohen Anteil an RFS-StudentInnen bei der Demonstration, war bei zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen der FPÖ-Nationalratsabgeordnete Tassilo Broesigke Borodajkewycz Vertreter.¹³⁹

4.5. KPÖ – Zwischen Antifaschismus und Antizionismus

Die Kommunistische Partei Österreichs war zwar in den 60er und 70er Jahren nicht mehr im Nationalrat vertreten, dennoch finden sich in der eigentlich nicht-antisemitischen Partei vor allem antizionistische Fälle. Die KPÖ verstand sich als antifaschistische Partei und war während der Zeit des Nationalsozialismus jene Gruppierung, die den meisten aktiven Widerstand geleistet hatte, dennoch kann in diesem Zusammenhang Antifaschismus den Anti-Antisemitismus nicht zwingend miteinschließen.

Nach 1945 hatte die KPÖ, im Vergleich zu den anderen Parteien, sehr viele jüdische Mitglieder und FunktionärInnen. Im Politbüro sollen ca. ein Drittel jüdischer Herkunft gewesen sein und auch in der Parteibasis waren viele Juden und Jüdinnen vertreten. Darunter sehr viele ehemalige KZ-Insassen oder Kommunisten, die aus der Emigration zurückgekehrt waren. Die Rückholung der jüdischen Emigranten war, im Gegensatz zur SPÖ, von den Kommunisten erwünscht und wurde sogar aktiv betrieben.¹⁴⁰ Dies alles spricht für einen anti-antisemitischen Grundkonsens der Partei und macht die Fälle darum umso interessanter.

¹³⁹ Vgl. Adunka (2002): 34.

¹⁴⁰ Vgl. Reiter, Margit: Antisemitismus von links? Traditionen – Kontinuitäten – Ambivalenzen. In: Heinz P. Wassermann (Hrsg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002): 105.

Beispielsweise war die KPÖ durch ihren traditionellen Antikapitalismus zwar für die Wiedergutmachung vor allem der „kleinen Leute“, lehnte jedoch entschieden die Rückerstattungsforderung von Louis Rothschild ab. Außerdem stimmten sie im Februar 1947, aufgrund ihrer Ablehnung gegenüber Rückerstattungs-zahlungen an vermögende NS-Opfer, gegen das im Nationalrat beschlossene Dritte Rückstellungsgesetz. Auch im Zusammenhang mit den jüdischen Displaced Persons (DP's) musste sich die KPÖ Antisemitismus vorwerfen lassen. Sie waren den DP's gegenüber negativ eingestellt und unterschieden nicht ob es sich dabei beispielsweise um faschistische UkrainerInnen oder um jüdische KZ-Überlebende handelte. Sie differenzierten zwischen dem „guten Juden“, der „Opfer des Faschismus“ war und den jüdischen DP's, die als Schleichhändler und Nutznießer bezeichnet wurden.¹⁴¹

In Bezug auf Israel kann der KPÖ eine überwiegend israelkritische bis hin zu israelfeindlicher Haltung zugeschrieben werden, obwohl sie gleichzeitig die einzige linke Partei Österreichs war, die sich 1948 noch für einen jüdischen Staat aussprach. Ab den 50er Jahren änderte die KPÖ ihre ideologische Positionierung und der Antizionismus wurde zu einem entscheidenden Bestandteil in ihrer Partei. Ausschlaggebend für diese israelkritische Haltung waren zum einen antizionistischen Kampagnen in Osteuropa und die Haltung der Sowjetunion im Sinne von sowjetisch-israelischen Beziehungen.¹⁴² Die KPÖ verfolgte zwar keinen radikalen Antizionismus, hat die Kampagnen jedoch gerechtfertigt. Es gab auch einen Aufruf der KPÖ-Führung an alle jüdischen GenossInnen, als provokatives Zeichen aus der IKG auszutreten. Diesem Aufruf sind sogar einige Parteimitglieder gefolgt.¹⁴³

In der „Volksstimme“ gab es zahlreiche Artikel, die die Stimmung gegen Israel weiter aufheizten und ein Bombenanschlag auf eine sowjetische Gesandtschaft wurde wie folgt kommentiert:

¹⁴¹ Vgl. ebd. 106.

¹⁴² Vgl. ebd. 110.

¹⁴³ Vgl. Reiter (2001): 57.

„Das schändliche Attentat ist eine Folge der hemmungslosen antisowjetischen Hetze, die die zionistischen Führer und die im Dienste Amerikas stehende Regierung Israels betreiben. Als in der Sowjetunion Bestien in Menschengestalt, darunter auch einige Zionisten, der Ermordung von führenden Sowjetfunktionären überführt wurden, heulte die amerikanische und amerikanisierte Presse auf: Unmenschlichkeit. Für die gleiche Presse ist der Mordanschlag in Tel Aviv bloß nur ein ‚Protestakt‘. Nichts zeigt deutlicher, wer bei diesen Verbrechen Regie führt.“¹⁴⁴

Innerhalb der KPÖ gab es, wie auch in der SPÖ mit Robert Rauscher, einen Verteidiger Israels. Bruno Frei war Jude und Kommunist und unternahm im Jahr 1964 seine erste Reise nach Israel. Danach schrieb er das Buch „Israel zwischen den Fronten. Utopie und Wirklichkeit“, in dem er wesentliche Probleme in Israel diskutierte. Innerhalb der KPÖ wurde das Buch jedoch kaum beachtet, dafür war es in kommunistischen Kreisen in Israel äußerst beliebt. Auch nach dem Sechstagekrieg 1967 stand Bruno Frei weiterhin auf israelischer Seite, stellte sich in den 70er Jahren immer öfter gegen die Parteilinie und musste dafür viel Kritik einstecken, blieb aber trotz allem der KPÖ erhalten. Er verfolgte alle Entwicklungen in Israel und war bei seiner zweiten Israelreise 1972 besonders von der sozialistischen Kibbuz-Bewegung beeindruckt. Er beschäftigte sich immer mehr mit dem Thema Antisemitismus und verfasste 1978 das Büchlein „Sozialismus und Antisemitismus“ in dem er unter anderem die Haltung der Sowjetunion bezüglich Zionismus und Israel scharf kritisiert.¹⁴⁵

Nach der Borodajkewycz-Affäre setzte sich der Kommunist Leopold Spira genauer mit dem Thema Antisemitismus in Österreich in einer Sondernummer der marxistischen Zeitschrift „Weg und Ziel“ auseinander. Darin geht es zum einen um die Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der KPÖ und zum anderen um den Umgang damit in Österreich im Ganzen. Spira war jüdischer Herkunft und setzte seine Arbeit in den frühen 80er Jahren, nachdem er Jahre

¹⁴⁴ Zit. nach ebd.: 79.

¹⁴⁵ Vgl. ebd.: 105.

zuvor aus der Partei ausgetreten war, in seinem Buch „Feindbild Jud“ fort. Darin thematisiert er auch den Antisemitismus in der Linken und in den eigenen Reihen der KPÖ.¹⁴⁶

Durch den offenen Antisemitismus der kommunistischen Parteiführung in Polen wurde die KPÖ im Jahr 1968 wieder indirekt mit Antisemitismus konfrontiert. Die KPÖ schickte eine Delegation nach Polen. Josef Meisel bestätigte daraufhin den offenen Antisemitismus in der polnischen „Bruderpartei“. Das Zentralkomitee-Mitglied, Maria Urban, kritisierte in der „Volksstimme“ den Antisemitismus in Polen scharf und schrieb auch über „besorgniserregende Erscheinungen“ innerhalb der eigenen Reihen der KPÖ. Ein umfangreiches Dokument über den polnischen Antisemitismus von Josef Meisel war im Anschluss die Grundlage für die Resolution gegen den Antisemitismus die 1969 am 20. Parteitag beschlossen wurde. Diese Resolution war auch gleichzeitig die erste offizielle Stellungnahme der Kommunistischen Partei Österreichs in Hinblick auf den Antisemitismus in den eigenen Reihen.¹⁴⁷

¹⁴⁶ Vgl. ebd.: 49.

¹⁴⁷ Vgl. ebd. 58.

5. Die Affäre-Borodajkewycz

5.1. Der Vorfall

Die Affäre um Taras Borodajkewycz war eine der größten politischen Skandale in der Zweiten Republik und führte dazu, dass sich die österreichischen Hochschulen kurz nach dem 600-jährigen Bestehen der Alma Mater mit ihrem Umgang bezüglich Entnazifizierung und Antisemitismus auseinandersetzen mussten.

Taras Borodajkewycz war ein österreichischer Historiker, der ab 1934 bei der zur damaligen Zeit noch illegalen NSDAP Mitglied war und dies auch nie bestritten hatte. Zudem war sein Geschichtsbewusstsein klar deutschnational gesinnt, so sagte er bei seiner Festrede beim Witikobund, einem rechtsextremen sudetendeutschen Verein mit Sitz in München:

„Wir haben in unserem Land bei der Gestaltung des Geschichtsbildes mit einer besonderen Schwierigkeit zu kämpfen, von der die Bundesrepublik verschont geblieben ist. Hier [in der BRD, Anm. Kropiunigg] brachten die Nachkriegsjahre das makabre Erlebnis der Umerziehung, bei uns in Österreich den charakterlosen Versuch der Entdeutschung seiner Geschichte, das Bemühen, in liebedienerischer Unterwürfigkeit gegenüber den Besatzungsmächten eine eigene ‚österreichische Nation‘ zu kreieren, die die Absage an die bisher selbstverständliche Zugehörigkeit zum deutschen Volk in sich schließen sollte. Die Auswirkungen dieser Sünde wider die Natur im Unterricht waren und sind verheerend. Was bleibt von der österreichischen Geschichte übrig, wenn man ihr die deutsche Grundlage entzieht? Für die Jugend wurde der leichenblasse und schwindsüchtige Torso, der sich österreichische Geschichte nannte, unverständlich und uninteressant.“¹⁴⁸

¹⁴⁸ Zit. nach Kropiunigg, Rafael: Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz (Wien 2015): 20.

1955 wurde er Professor an der Hochschule für Welthandel in Wien und einer seiner Studenten war kein geringerer als der spätere Langzeit-Finanzminister Ferdinand Lacina. Lacina, der überzeugter Antifaschist und Mitglied beim Verband Sozialistischer Studenten in Österreich (VSStÖ) war, bemerkte bald den latenten Antisemitismus in den Vorlesungen und notierte in seiner Mitschrift neben den Vorlesungsinhalten ebenso stichwortartig die Äußerungen Borodajkewycz'. So merkte der Professor beispielsweise bei jedem erwähnten Namen an, ob es sich um einen Juden oder eine Jüdin handle. Rosa Luxemburg nannte er eine „jüdische Suffragettin und Massenaufpeitscherin“.¹⁴⁹ In einem Seminar teilte er seinen Studierenden mit:

„Es ist notwendig einen Kommentar zum Film ‚Mein Kampf‘ zu geben, da dieser Film die Dinge verzerrt und einseitig sieht ... Die zwei größten Tage in meinem Leben: Hitlers Rede auf dem Heldenplatz, in der er bekannt gibt, daß die Anschlußparagraphen des Versailler-Vertrages und des Vertrages von Saint Germain null und nichtig sind und der Anschluß vollzogen sei ... und die Krönung Pius des XII ... Heydrichs Großmutter war Jüdin – und das war in der SS bekannt, *obwohl* er persönlich ein ausgezeichnet aussehender blonder, intelligenter und sympathischer Mann war ...“¹⁵⁰

Eine weitere wichtige Rolle in dieser Affäre spielte der spätere SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Bundespräsident Heinz Fischer. 1962 arbeitete er als frisch promovierter Jurist als Sekretär bei der SPÖ. Ferdinand Lacina kannte er aus der VSStÖ. Lacina zeigte Fischer seine Vorlesungs-Mitschrift und dieser veröffentlichte in der Monatszeitschrift „Die Zukunft“ einen Artikel über den Neonazismus an den Hochschulen, den Ring Freiheitlicher Studenten und eben über den antisemitischen Professor Taras Borodajkewycz. Im Juni desselben Jahres schrieb er erneut über den Hochschul-Professor und seine NS-Vergangenheit in der „Arbeiter-Zeitung“. Sowohl Heinz Fischer als auch der

¹⁴⁹ Vgl. Fischer, Heinz (Hrsg.): Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation (Wien 1966): 36.

¹⁵⁰ Zit. nach ebd.: 43.

Herausgeber der Zeitung Alois Brunnthaler erhielten Klagen von Borodajkewycz wegen Presse-Ehrenbeleidigung.¹⁵¹

Fischer wurde vom SPÖ-Parteianwalt und jüdischen Emigranten während der NS-Zeit, Wilhelm Rosenzweig, verteidigt. Rosenzweig war ein Freund von Heinz Fischers Vater und verteidigte ihn daher sogar unentgeltlich. Der Jus-Student Albrecht Konecny, ebenfalls VSStÖ Mitglied, Freund von Fischer und Lacina und späterer Nationalratsabgeordneter der SPÖ, unterstützte den Angeklagten ebenso und bat Lacina, seine Vorlesungsmitschrift dem Rechtsanwalt Rosenzweig zu übergeben. Lacina willigte unter der Voraussetzung anonym zu bleiben ein. Er musste nämlich darum fürchten von der Hochschule für Welthandel zu fliegen, sollte sein Name in diesem Zusammenhang bekannt werden.¹⁵²

Borodajkewycz wurde von Rechtsanwalt Tassilo Broesigke vertreten. Dieser war zu der Zeit noch FPÖ-Abgeordneter zum Wiener Landtag, ab 1963 Abgeordneter zum Nationalrat. Im Beweisantrag von Fischer und Brunnthaler vom 25. September 1962 hieß es:

„In umstehend bezeichneter Privatanklagesache haben wir uns auf den Gauakt berufen, um damit darzutun, daß der Privatkläger schon zufolge seiner politischen Vergangenheit nicht geeignet erscheint, die studierende Jugend im demokratischen Sinn zu erziehen und ihr *Vorbild* zu sein und daß seine Tätigkeit als Lehrer für >>Geschichte<< eine Zumutung für die Studenten darstelle. Dabei ist auf die *heutige* politische Einstellung des Privatanklägers noch gar nicht Bezug genommen. [...] Der Privatankläger war nicht nur illegaler Nazi, er war auch Helfer des SS-Nachrichtendienstes. Er war aktiver Repräsentant des Gedankengutes des Nationalsozialismus. [...]“¹⁵³

Borodajkewycz konnte sich als Zeuge vor Gericht geschickt aus der Affäre ziehen und gewann den Prozess. Fischer wurde zu einer Geldstrafe von 4000 Schilling

¹⁵¹ Vgl. Kropiunigg (2015): 33.

¹⁵² Vgl. ebd.: 34.

¹⁵³ Zit. nach Fischer (1966): 51-54.

verurteilt, Brunnthaler musste 3000 Schilling abbüßen.¹⁵⁴ Ein Grund für den verlorenen Prozess war sicherlich die Tatsache, dass Lacinas Mitschrift als Beweismittel abgelehnt wurde, da der Autor anonym blieb und damit die Echtheit des Dokuments nicht bewiesen werden konnte. Medial ging das Verfahren an der Öffentlichkeit vorbei. Erst im Jänner 1965 forderten die SPÖ-Nationalratsabgeordneten Karl Mark und Stella Klein-Löw den damaligen Unterrichtsminister der ÖVP Theodor Piffl-Perčević auf, gegen Borodajkewycz ein Disziplinarverfahren einzuleiten. Die Österreichische Hochschülerschaft rief daraufhin zur Unterstützung des Professors auf. Borodajkewycz selbst wollte sich gegen die erneuten Anschuldigungen wieder verteidigen und schrieb dem Rektor eine Erklärung über die angeprangerten Schriften. Außerdem verklagte er Stella Klein-Löw und Karl Mark wegen Ehrenbeleidigung und forderte die Aufhebung ihrer parlamentarischen Immunität. Diese Forderung wurde jedoch vom Parlament abgelehnt.¹⁵⁵

Antreiber für den folgenden Konflikt war zum einen die Satiresendung „Das Zeitventil“ von Gerhard Bronner, Vater vom Gründer der Magazine „trend“ und „profil“, sowie Herausgeber der Tageszeitung „Der Standard“, Oskar Bronner. In der Sendung wurden Lacinas Vorlesungsmitschriften in Form eines gestellten Interviews kabarettistisch dargestellt. Oscar Bronner erhielt damals von Heinz Fischer die Mitschrift und dieser gab sie an seinen Vater weiter.¹⁵⁶

Gerhard Bronner und sein Partner Peter Wehle, sowie der ORF-Fernsehdirektor Gerhard Freund wurden daraufhin von Borodajkewycz, wieder aufgrund von Ehrenbeleidigung, verklagt. Nachdem durch die Fernsehsendung der Inhalt der Vorlesung einer breiten Öffentlichkeit bekannt wurde, konnten kritische Antifaschisten gezielt mobilisiert werden. Rudolf Gelbard, ein Holocaust-Überlebender und Michael Siegert, späterer „Forum“-Direktor, schlichen sich in Borodajkewycz' Vorlesung und versuchten diese zu stören. Es kam zu tumultartigen Szenen und die Vorlesung musste schließlich abgebrochen

¹⁵⁴ Vgl. Kropiunigg (2015): 38.

¹⁵⁵ Vgl. ebd.: 43f.

¹⁵⁶ Vgl. ebd.: 44f.

werden. Borodajkewycz gab daraufhin am 23. März 1965 eine Pressekonferenz in der vor allem Presse, Fernsehen und seine Anhänger, hauptsächlich RFS-Anhänger, vertreten waren. Bei dieser Pressekonferenz versuchte der Professor unter anderem seine antisemitische Haltung abzustreiten:

„[...] Nun kennen Sie meine Vorlesungen und Sie wissen, daß ich tatsächlich Persönlichkeiten der Geschichte, die aus dem Judentum stammen, als solche deklariere, und ich werde das auch weiter tun, weil es meine Pflicht als Historiker ist. Und ich sehe nicht ein, warum darüber jemand beleidigt sein soll. Wenn zu mir jemand sagt, Herr Borodajkewycz, Sie sind Deutscher, oder Sie sind slawischer Abstammung, was mein Name eindeutig sagt, bin ich ja nicht beleidigt darüber. Ich sehe also nicht ein, warum die Gegenseite, ich kann nicht sagen, daß Herr Kelsen Israeli war, weil damals der Staat Israel (*Gelächter*) noch nicht existiert hat. [...]“¹⁵⁷

Die Pressekonferenz wurde von seinen Anhängern immer wieder mit Gelächter und Beifall unterstützt. Auch für seine Äußerung, dass er der NSDAP freiwillig beigetreten sei, gab es großen Applaus auf Seite der Studierenden.¹⁵⁸ Als Definition zur österreichischen Nation merkte er an:

„Ich habe immer wieder unterschieden, ich lehne den Begriff der neuartigen ‚österreichischen Nation‘ ab, was aber nichts mit dem österreichischen Staat zu tun hat. [...] Die österreichische, es hat eine österreichische Nation nicht gegeben, aber in langer Geschichte immer einen österreichischen Staat oder ein österreichisches Reich, die alte Habsburgermonarchie. [...] Ich kann sagen, wir sind eine österreichische Staatsnation, aber wir sind Angehörige des deutschen Volkes in Österreich.“¹⁵⁹

Die Schlagzeile des „Kurier“, deren Chefredakteur Hugo Portisch war, lautete am nächsten Tag: „Antijüdische Studenten-Kundgebung: Professor mit NS-Vergangenheit ließ sich von seinen Hörern feiern“.¹⁶⁰ Daraufhin begann ein

¹⁵⁷ Zit. nach Fischer (1966): 98.

¹⁵⁸ Vgl. Kropiunigg (2015): 50.

¹⁵⁹ Zit. nach Fischer (1966): 109.

¹⁶⁰ Zit. nach Kropiunigg (2015): 51.

unglaublicher Polarisierungsprozess in der Bevölkerung, indem man sich entweder für oder gegen den Hochschul-Professor aussprach. Es kam in Folge auch zu Rücktrittsforderungen seitens einiger Politiker der Linken und der SPÖ-Nationalratsabgeordnete und Linzer Altbürgermeister Ernst Koref schrieb einen offenen Brief an Borodajkewycz.¹⁶¹

Borodajkewycz wurde am 26. März gemeinsam mit seinem Sohn auf dem Weg zu seiner Vorlesung auf offener Straße attackiert und in der Aula der Hochschule waren bereits eine große Anzahl an protestierenden Studierenden angesammelt, die zum Teil Spruchbänder umgehängt hatten, auf denen zu lesen war: „an Österreichs Hochschulen sei kein Platz für Antidemokraten und Antisemiten“.¹⁶² Der Großteil der anwesenden Studierenden waren jedoch Borodajkewycz-Anhänger und diese jubelten ihrem Professor zu. Vor der Hochschule versammelten sich sozialistische und katholische Mittelschüler, die sich mit den Anti-Borodajkewycz DemonstrantInnen solidarisierten und Flugblätter verteilten. Da sehr viele VSStÖ-Mitglieder, wie beispielsweise auch deren Vorsitzender Hannes Androsch, nicht gegen den Hochschul-Professor Stellung beziehen wollten, gründeten Konecny und Lacina das „Antifaschistische Studentenkomitee“. Dieses Konstrukt war ein Zusammenschluss aus Sozialdemokraten, einigen linksorientierten Katholiken und den kommunistischen Studenten.¹⁶³

Drei Tage nach diesem ersten großen Protest kam es am 29. März 1965 bereits zur nächsten Demonstration, die weitaus größer angelegt war, jedoch noch Großteils friedlich verlaufen war. Schlussredner bei der Demonstration war Josef Hindels als Vizepräsident der österreichischen Widerstandsbewegung. In seiner Rede sagte er mit einem Seitenhieb gegen die Gegendemonstranten:

„Ihr habt heute für Österreich demonstriert – ihr habt dafür demonstriert, daß mit der ungeheuerlichen Schande Schluß gemacht wird, daß sich ein illegaler Nationalsozialist, der sich stolz zu seiner Nazivergangenheit bekennt,

¹⁶¹ Vgl. ebd.: 53.

¹⁶² Zit. nach ebd.: 54.

¹⁶³ Vgl. ebd.: 54f.

erlauben darf, unsere Jugend zu unterrichten. Heute haben wir in den Gegendemonstrationen die neue Hitlerjugend erkannt. Wer heute Zeuge war, wie junge Leute, die von Prof[essor] Borodajkewycz erzogen wurden, gegen Österreich demonstriert haben, der muß dem Gedanken zustimmen, daß noch vor der feierlichen Kundgebung aus Anlaß der 20. Wiederkehr der Befreiung unseres Vaterlandes in Österreich reiner Tisch gemacht werden muß.“¹⁶⁴

Zur Eskalation kam es bereits am 31. März 1965. Während im Parlament die Zukunft des Professors diskutiert wurde, bahnte sich auf der Straße der gewaltigste Zusammenstoß, den die Zweite Republik je gesehen hat, an. Die DemonstrantInnen versammelten sich vor der Karlskirche, die Gegendemonstranten vor der Technischen Hochschule, also örtlich nicht weit voneinander entfernt. Ferdinand Lacina war Teil der studentischen „Ordnerkette“ und trug daher eine weiße Schleife als Zeichen. Durch diese klare Kennzeichnung wurden er und seine Kollegen von den Pro-Borodajkewycz-Anhängern gezielt attackiert. Polizeiliche Unterstützung gab es keine. An dieser Gegendemonstration waren hauptsächlich RFS-Mitglieder und Burschenschaftler beteiligt. Auf der Seite der Anti-Borodajkewycz Demonstranten waren an diesem Tag auch viele Personen involviert, die die NS-Zeit noch miterlebt hatten. Der Demonstrationszug wird von den Medien unterschiedlich dargestellt. Laut „Kurier“ gab es an der Kreuzung Friedrichstraße/Kärntner Straße den ersten Zusammenstoß, die „Presse“ hingegen meinte, dass sich die beiden Gruppen bis zur Oper friedlich verhielten.¹⁶⁵

Gefolgt war die Demonstration stets von „Nazis raus!“-Sprechchören auf der einen Seite, auf der anderen Seite gab es Rufe wie „Juden raus!“, „Hoch Auschwitz!“ oder „Heil Boro!“. Nach langen hin und her auf beiden Seiten, Böller, Stinkbomben, Eiergeschoße, Säure, durchbrechen von „Verteidigungslinien“ kam es zu einem folgenschweren Faustschlag des Amateurboxers Günther Kümels gegen den 67-jährigen kommunistischen Widerstandskämpfer und ehemaligen KZ-Häftling Ernst Kirchweger, der an den Folgen der schweren

¹⁶⁴ Zit. nach ebd.: 60.

¹⁶⁵ Vgl. ebd.: 66f.

Verletzung drei Tage später verstarb. Unmittelbar daneben war Ferdinand Lacina, der später vor Gericht als Zeuge aussagte. Nach Aussagen von Demonstrationsteilnehmern grenzte es an ein Wunder, dass es an diesem Abend nicht mehr Tote beziehungsweise Schwerverletzte zu verzeichnen gab, so brutal waren die Umstände für mehrere Stunden in der Wiener Innenstadt.¹⁶⁶

Der Chemiestudent Kümel war bereits zuvor bekannt. Er war seit 1957 Mitglied des „Bundes Heimattreuer Jugend“ (BHJ) und war bei Hakenkreuzschmierereien dabei. Ein Jahr später warf er beim Maiaufmarsch Stinkbomben gegen die Sozialisten und wurde daraufhin vom Jugendgericht verurteilt. 1959 war er bei der rechtsradikalen Schillerfeier im Braunhemd anwesend. Nachdem der BHJ verboten wurde, wechselte Kümel zur FPÖ. Bei Hausdurchsuchungen nach einer neuerlichen Verhaftung wurden Naziliteratur und Chemikalien gefunden, beim folgenden BHJ-Prozess wurde er jedoch aufgrund „mangelnder geistiger Reife“ nicht mit angeklagt. Politisch tätig wurde er als Bezirksjugendführer des RFS-Döbling. Im Mai 1961 war er dabei, als eine Brandbombe und Schmähschriften gegen die italienische Botschaft geworfen wurden und im Juli desselben Jahres bei einem Bombenattentat gegen das Büro der italienischen Fluggesellschaft „Alitalia“, sowie im August gegen die amerikanische Botschaft. Im Oktober schossen Kümel und seine Freunde mit einer gestohlenen Pistole auf die italienische Botschaft und im November sogar auf das österreichische Parlament. Sie wurden schließlich von der Polizei gestellt, er selbst wurde jedoch vor Gericht nicht wegen neonationalistischer Wiederbetätigung angeklagt, wie seine Freunde Honsik und Melzer, sondern nur wegen „Übertretung des Waffengesetzes“ zu zehn Monaten Arrest verurteilt.¹⁶⁷

Vor Gericht ging es unter anderem um die Frage, ob es Selbstverteidigung oder Notwehrüberschreitung war. Günther Kümel wurde schließlich wegen Putativnotwehrüberschreitung zu zehn Monaten Haft verurteilt. Nach nur fünf Monaten kam er allerdings schon wieder frei. Oscar Bronner schockierte das

¹⁶⁶ Vgl. ebd. 68f.

¹⁶⁷ Vgl. Schmidt, Erich; Konecny, Albrecht K.: „Heil Borodajkewycz!“. Österreichs Demokraten im Kampf gegen Professor Borodajkewycz und seine Hintermänner (Wien 1966): 26ff.

Urteil so sehr, dass er sich im Anschluss an die Affäre der NS-Vergangenheit in der Richterschaft widmete und darüber publizierte.¹⁶⁸

Ernst Kirchweger war nach dieser brutalen Straßenschlacht, die noch dazu ihren Ausgangspunkt in einem Antisemitismusfall hatte, das „erste politische Todesopfer der Zweiten Republik“ und am 8. April folgte eine Trauerkundgebung am Heldenplatz an der an die 25.000 Menschen teilnahmen. Auch viele Regierungsmitglieder und andere hochrangige Politiker wie unter anderen der Vizekanzler Bruno Pittermann, Justizminister Christian Broda, der Wiener Bürgermeister und Präsidentschaftskandidat Franz Jonas (alle SPÖ), sowie Nationalratspräsident Alfred Maleta und Felix Hurdes (beide ÖVP) waren bei der Kundgebung vertreten.¹⁶⁹ Nach der Kundgebung formierte sich ein Trauerzug über die Ringstraße Richtung Schwarzenbergplatz. Vierzig rot-weiß-rote Fahnen und eine riesige Menschenmenge folgten Kirchwegers Leichenwagen. Von dort ging es weiter zur Feuerbestattung am Wiener Zentralfriedhof. Die Größenordnung und Organisation erinnerte an ein Staatsbegräbnis.¹⁷⁰ Jedoch fehlten einige wichtige Personen der österreichischen Politik. So waren gerade Bundeskanzler Josef Klaus, der Unterrichtsminister Theodor Piffl-Perčević und der Bundespräsidentschaftskandidat der ÖVP und ehemalige Bundeskanzler Alfons Gorbach nicht bei der Trauerkundgebung und am Begräbnis vertreten. Letzterer bedauerte die Zusammenstöße bei der Demonstration, erwähnte aber in keinerlei Hinsicht deren Hintergrund, während sein Kontrahent Jonas, der später auch mit knappen Vorsprung in die Hofburg einzog, mit seiner Teilnahme ein klares Zeichen gegen den Faschismus setzte.¹⁷¹

Am 2. April 1965 stellten Heinz Fischer und Alois Brunnthaler einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens von 1962. Ferdinand Lacina hatte mittlerweile sein Studium erfolgreich beendet und konnte somit als Verfasser des Beweismaterials als Zeuge aussagen, ohne einen Universitätsausschluss

¹⁶⁸ Vgl. ebd.: 70.

¹⁶⁹ Vgl. ebd.: 79.

¹⁷⁰ Vgl. ebd.: 81.

¹⁷¹ Vgl. Dickinger (2001): 65.

befürchten zu müssen. In dieser erneuten Verhandlung wurden beide Angeklagten freigesprochen und Taras Borodajkewycz musste die Kosten des Strafverfahrens ersetzen.¹⁷² Nach zurückgewiesener Berufung des Privatanklägers musste der Professor auch die Kosten des Berufungsverfahrens ersetzen.¹⁷³

Im Mai 1966 war es dann soweit und Borodajkewycz wurde vom Disziplinarsenat der Hochschule für Welthandel bei vollen Bezügen zwangsweise pensioniert, nachdem das Parlament ein solches Disziplinarverfahren verlangt hatte. Dies wäre schon viel früher notwendig gewesen, um einer Eskalation zu entgehen, doch der damalige Unterrichtsminister Piffl-Perčević stellte sich lange hinter seinen Freund und Hochschul-Professor und weigerte sich, vom Recht einer Suspendierung vom Dienst Gebrauch zu machen.¹⁷⁴

Die Affäre Borodajkewycz kann trotz der gewalttätigen Demonstration und des Todesopfers, das sie gefordert hatte, nicht als Bruch in der Mentalität der Österreicher und Österreicherinnen bezüglich der Entnazifizierung und Vergangenheitsbewältigung angesehen werden. Der Ring Freiheitlicher Studenten verlor zwar mit den Jahren enorm an Bedeutung in der Hochschul-Politik, aber es dauerte noch bis zur Waldheim-Debatte von 1986 bis der Opfermythos allmählich aufgebrochen werden konnte.

5.2. Umgang im Parlament

Bereits am 20. Jänner 1965 stellten die Abgeordneten Karl Mark und Stella Klein-Löw eine ausführliche parlamentarische Anfrage mit Zitaten aus der Vorlesung sowie aus Artikeln an den ÖVP-Bundesminister für Unterricht Theodor Piffl-

¹⁷² Vgl. Fischer (1966): 154.

¹⁷³ Vgl. ebd.: 202.

¹⁷⁴ Vgl. ebd. 219.

Perčević. Ihre Botschaft war deutlich. Sie wollten wissen, ob der Unterrichtsminister dazu bereit ist, ein Disziplinarverfahren einzuleiten:

„[...] Die unterzeichneten Abgeordneten sind, wie schon erwähnt, der Meinung, daß raschest Maßnahmen getroffen werden müssen, zu verhindern, daß ein Mann, der sich selbst derart disqualifiziert hat und – wie sein jüngster eingangs zitierter Artikel beweist – laufend weiter disqualifiziert, als Lehrer und Erzieher an einer österreichischen Hochschule tätig ist und damit unsere demokratische Republik im allgemeinen und unsere Hochschulen im besonderen schwer in Mißkredit bringt. Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Unterricht die nachstehende Anfrage: Sind Sie bereit, sich unverzüglich für die Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen Professor Dr. Borodajkewycz einzusetzen?“¹⁷⁵

Der Minister antwortete Mitte Februar, dass für dieses Anliegen der Disziplinaranwalt der Disziplinarkammer für Hochschullehrer verantwortlich ist und er die Anfrage an diesen weitergeleitet habe, mit der Bitte um seine Auffassung des Falles.¹⁷⁶ Außerdem könne ein Disziplinarverfahren nicht ohne gerichtliche Verurteilung ohne weiteres eingeleitet werden.¹⁷⁷

Am 31. März 1965, also am selben Tag der großen Demonstration mit dem Todesopfer Ernst Kirchweger, erklärte der Unterrichtsminister im Parlament auf Anfrage des SPÖ-Abgeordneten Neugebauer, dass er den Hochschul-Professor Borodajkewycz nicht vom Dienst suspendieren werde.¹⁷⁸ Er meinte sogar, obwohl er vom Stadtschulratspräsidenten Rechtsgutachten vorgelegt bekam, aus denen klar ersichtlich wurde, dass der Minister in diesem Fall sehr wohl das Recht auf eine vorläufige Suspendierung des Hochschul-Professors hätte: „Ich würde Borodajkewycz auch nicht suspendieren, wenn ich das Recht dazu hätte.“¹⁷⁹ In derselben Plenarsitzung sprach Dr. Neugebauer im Zuge des

¹⁷⁵ Zit. nach ebd.: 91f.

¹⁷⁶ Vgl. ebd.: 96.

¹⁷⁷ Vgl. Schmidt, Konecny (1966): 12.

¹⁷⁸ Vgl. Fischer (1966): 121.

¹⁷⁹ Zit. nach Schmidt, Konecny (1966): 12.

Tagesordnungspunktes des Strafrechtsänderungsgesetzes von 1965, dieses wurde auch mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen, unter anderem über den Fall Borodajkewycz. Begonnen hat er seine Rede mit folgenden Worten:

„Hohes Haus! Zu diesem Punkt der Tagesordnung liegt ein Entschließungsantrag vor, der sich gegen antiösterreichische und antisemitische Tendenzen wendet und fordert, daß alle Schritte unternommen werden, um solche Gefahren für den Staat abzuwehren. Unmittelbarer Anlaß zu dieser gemeinsamen Entschließung waren die Vorfälle an der Hochschule für Welthandel. Schon am 20. Jänner dieses Jahres wurde über diese Vorfälle im Nationalrat eine Anfrage eingebracht. Kurze Zeit darauf ist diese Anfrage beantwortet worden, und es ist der Disziplinarsenat an der Hochschule für Welthandel verständigt worden. Der Disziplinarsenat hat jedoch nichts unternommen, die Zeit ist verstrichen, und die Schwierigkeiten sind gewachsen. Durch die Anfrage der Abgeordneten wurden zum erstenmal [sic!] im Parlament die antiösterreichischen und antisemitischen Vorgänge an der Hochschule für Welthandel bekannt. [...] Wo leben wir? In welcher Zeit leben wir? Ist das die demokratische Republik Österreich oder ein Teil des Dritten Reiches? Haben wir 20 Jahre des Wiederaufbaues und des Neubaus unseres Vaterlandes hinter uns, oder stehen wir im Jahre 1939, kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges? Ist denn alles Grauen, aller Schrecken spurlos an solchen Bildern der Jugend vorübergegangen? Hat nichts auf sie Eindruck gemacht, dass sie geändert hat.“¹⁸⁰

Dazu sollte angemerkt werden, dass diese Sitzung, wie bereits erwähnt, kurz vor, beziehungsweise zu Beginn der Demonstration stattgefunden hat. Als Neugebauer sagte, dass die Schwierigkeiten gewachsen seien, konnte er noch nicht ahnen, was nur wenige Stunden später auf der Straße vorfallen würde. Aber nicht nur Dr. Neugebauer von der SPÖ, sondern auch Dr. Nemetz aus der ÖVP nahm klar Stellung dazu und meinte, dass die neonazistischen und antisemitischen Aktivitäten in Österreich stärker bekämpft werden müssen.

¹⁸⁰Zit. nach Stenographisches Protokoll, 76. Sitzung des NR, X. Gesetzperiode: 4215f. (www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/).

In der Folge gab es laufend neue Anfragen an den Unterrichtsminister bezüglich der Causa Borodajkewycz und dem Ausgang des Disziplinarverfahrens. Besonders auffällig ist die Anfrage der Abgeordneten Karl Mark, Stella Klein-Löw und Fritz Konir und Genossen bezüglich der unterschiedlichen Vorgehensweise bei Suspendierungen vom 4. November 1965:

„[...] Fünf Monate nach Einbringung der ersten Anfrage war es dann so weit, daß ein unabhängiger Richter in einem ordentlichen Gerichtsverfahren festgestellt hatte, daß die Äußerungen des Taras Borodajkewycz auf Hochschulboden unzweifelhaft als antisemitisch, antiösterreichisch und antidemokratisch qualifiziert werden müssen. Der Unterrichtsminister – neuerlich im Parlament interpelliert – erklärte zur allgemeinen Überraschung, daß er noch immer nicht bereit sei, von seinem Suspendierungsrecht Gebrauch zu machen, da die Angelegenheit bei der Disziplinarbehörde anhängig sei. Inzwischen sind weitere vier Monate vergangen, ohne daß das Disziplinarverfahren beendet wurde, sodaß der Fall Borodajkewycz bisher über zehn Monate verschleppt wurde.“¹⁸¹

Sie merkten in ihrer Anfrage nämlich auch an, dass die Disziplinarkommission in einem anderen Fall bereits innerhalb weniger Stunden urteilte und nicht monatelang auf die Ergebnisse der gerichtlichen Vorerhebung wartete. Damit wollten sie auf die langandauernde Verschleppung des Urteils und der Suspendierung im vorliegenden Fall aufmerksam machen.¹⁸² Piffli-Perčević antwortete daraufhin, dass er keine unterschiedlichen Suspendierungen vorgenommen habe. Auf die Frage, wann denn das Disziplinarverfahren abgeschlossen sein werde, konnte er keine genaue Angabe machen.¹⁸³

Am 14. Mai 1966, also über 15 Monate nach der ersten Anfrage im Parlament, konnte der Disziplinarsenat der Hochschule für Welthandel schlussendlich bekannt geben, dass der Professor Taras Borodajkewycz strafweise in den Ruhestand versetzt wird. Im Nationalrat wurde die Diskussion rund um den Fall

¹⁸¹ Zit. nach Fischer (2966): 245.

¹⁸² Vgl. Ebd. 245f.

¹⁸³ Vgl. Ebd. 247f.

Borodajkewycz immer wieder, vor allem von einigen SPÖ-Abgeordneten allen voran Max Neugebauer, mit Hilfe von Anfragen an den Unterrichtsminister Piffl-Perčević, zum Thema gemacht. Der Minister stand jedoch von Anfang an hinter seinem Duzfreund und Hochschul-Professor und schob die Kompetenz einer Suspendierung von sich weg. Reagieren hätte er sicherlich schon früher können, hätte er nur gewollt.

Interessant ist auch anzumerken, dass je näher die Nationalratswahl 1966 heranrückten, desto weniger wurden die Angriffe von der politischen Linken gegen Borodajkewycz. Auch der rechte Flügel innerhalb des VSStÖ und deren Führung hielten sich in der Causa sehr zurück.¹⁸⁴

5.3. Stellungnahme verschiedenster österreichischer Politiker und internationale Reaktionen zum Vorfall

Bei der Trauerkundgebung vor rund 25.000 Menschen sprach der VSStÖ-Funktionär und spätere Nationalratsabgeordnete Albrecht Konecny, der schon von Anfang an Fischer und Lacina unterstützte, über den Opfertod Kirchwegers:

„Zum erstenmal in der Geschichte der Zweiten Republik stehen wir an der Bahre eines Mannes, der sein Eintreten für die Demokratie mit dem Leben bezahlen mußte. Kirchweger hat mit seinem Opfer bewiesen, daß er die Geschehnisse der Hochschulen als seine, als die Sache des ganzen österreichischen Volkes betrachtete. Sein Opfertod mahnt, kein zweitesmal eine Entwicklung zuzulassen, die die Hochschulen zum Sammelpunkt der Feinde der Demokratie macht.“¹⁸⁵

Der Vizepräsident der österreichischen Widerstandsbewegung Josef Hindels machte bei seiner Ansprache auf die drohende neonazistische Gefahr aufmerksam und sprach sich für Zusammenhalt aller Demokraten aus:

¹⁸⁴ Vgl. Dickinger (2001): 60f.

¹⁸⁵ Zit. nach Schmidt, Konecny (1966): 31.

„Als die jungen Neonazis Kirchweger niederschlugen, fragten sie nicht danach, welches Parteibuch er in der Tasche hatte. Sie droschen auf ihn los, weil er sich als aufrechter Österreicher und Antifaschist zu erkennen gab. Sie erteilten uns damit die Lehre, im Kampf gegen den Neonazismus fest zusammenzustehen und alles Trennende zurückzustellen.“¹⁸⁶

International waren die Affäre und der Tod Kirchwegers weitgehend bekannt und überall beschäftigten sich die Zeitungen mit dem antisemitischen Fall des Hochschul-Professors. Hans Kelsen, der Mitverfasser der österreichischen Verfassung, der ebenso von Borodajkewycz aufgrund seiner jüdischen Herkunft „verspottet“ wurde, schrieb am 17. April 1965 dem Justizminister Christian Broda einen Brief aus den Vereinigten Staaten, dass er nicht an der 600-Jahr-Feier der Universität Wien teilnehmen wird. Grund dafür waren die antisemitischen Kommentare des Professors, die gegen seine Person gerichtet waren und die mit der Affäre zusammenhängenden ausschreitenden Demonstrationen. Er konnte schließlich doch nach einer Einladung vom Parlament von einer Teilnahme an der Feier überzeugt werden und kam am 8. Mai nach Wien. Zu gewissen Veranstaltungen ging er aber bewusst nicht.¹⁸⁷

Die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete am 26. März 1965, also noch vor dem großen Zusammenstoß, unter dem Titel „Wiens politischer Hochschulschandal“. Der Wiener Korrespondent Manfred v. Conta schreibt unter anderem:

„[...] Daß die Studenten der Wiener Hochschule für Welthandel von ihrem Geschichtslehrer Taras von Borodajkewycz zu Nationalsozialisten und strammen Antisemiten erzogen werden. Unterrichtsminister Piffl-Perčević hat diesen Verdacht noch vor kurzem als unbegründete kommunistische Polemik zurückgewiesen, [...]“¹⁸⁸

„Die Welt“ aus Hamburg merkte am 29. März sehr kritisch an, dass Borodajkewycz „eine beträchtliche Gefolgschaft“ hat und dass er von denen mit

¹⁸⁶ Zit. nach ebd.: 31.

¹⁸⁷ Vgl. Dickingner (2001): 65.

¹⁸⁸ Zit. nach Fischer (1966): 254f.

„frenetischen Beifall und Heilrufen“ begrüßt wird. Außerdem berichtet Wolfram Köhler, wie auch die „Süddeutsche“, über den sich merkwürdig verhaltenden Unterrichtsminister und auch über die Professorenkollegen an der Hochschule, von denen eigentlich eine Distanzierung notwendig und angemessen gewesen wäre.¹⁸⁹ Sehr kritisch ging „Die Tat“ aus Zürich am 1. April mit dem Unterrichtsminister um, die die Schuld für die Geschehnisse der Untätigkeit des Ministers zuschrieben.¹⁹⁰

Der österreichische Gewerkschaftsbund rief für den 5. April zu einer fünfminütigen Arbeitsniederlegung auf, die auch österreichweit zu Ehren des verstorbenen Kirchwegers eingehalten wurde. Die Arbeitsruhe war als Mahnung gedacht, dass Gewalttätigkeit und faschistisches Gedankengut 20 Jahre nach dem Dritten Reich nicht wieder geduldet werden dürfen.¹⁹¹

Auch in der Ministerratssitzung vom 7. April wurde der Vorfall besprochen und die Bundesregierung verurteilte die Gewaltakte scharf und drückte den Hinterbliebenen Kirchwegers ihr tiefstes Mitgefühl aus. Wie man sich vorstellen kann, war diese Verurteilung keineswegs einstimmig in der Regierung vertreten. Viele ÖVP-Politiker wichen einer Stellungnahme zu Borodajkewycz stets aus, andere waren wie Piffl-Perčević für den Hochschul-Professor. Der ÖVP-nahe „Österreichische Cartellverband“ (ÖCV) distanzierte sich hingegen klar von den Ereignissen an der Hochschule für Welthandel und „verurteilt jede Provokation durch neonazistische Äußerungen“.¹⁹²

Der damalige Außenminister Bruno Kreisky erklärte ein Jahr nach dem Skandal am 2. März 1966, also wenige Tage vor den anstehenden Nationalratswahlen, in Korneuburg sehr deutlich:

¹⁸⁹ Vgl. ebd.: 260.

¹⁹⁰ Vgl. ebd.: 272.

¹⁹¹ Vgl. Graber, Michael: Die Affäre Borodajkewycz. In: *Kommunistische Partei Österreichs* (Hrsg.), „Der Tote ist auch selber schuld.“ Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchweger (Wien 2015): 14f.

¹⁹² Vgl. Schmidt, Konecny (1966): 33f.

„Der Rentner Ernst Kirchweger hat sein ganzes Leben rechtschaffen gearbeitet. Man kann ihn sicherlich nicht als ‚zum Pöbel oder Mob gehörig‘ bezeichnen ... Um diesen Toten müssen wir alle trauern, die wir uns zu den Gedenkfeiern an den Gräbern der Februartoten zusammengefunden haben. Wir müssen wachsam sein, wenn wir nicht haben wollen, daß wieder jene fruchtbare Zwietracht unter uns gesät wird, die uns schon einmal ins Unglück geführt hat.“¹⁹³

¹⁹³ Zit. nach ebd.: 32f.

6. Bruno Kreisky – Ein jüdischer Kanzler

Bruno Kreisky wurde am 22. Jänner 1911 in Wien geboren. Er war großbürgerlicher Abstammung und jüdischer Herkunft. Seine Mutter, Irene Kreisky, war aus Trebitsch in Mähren und stammt aus der Familie „Felix“, dem Lebensmittelproduzenten. In seiner Jugend hatte er es dadurch doppelt so schwer in der Sozialistischen Arbeiterjugend Fuß zu fassen. Er wurde erst nach mehreren Ablehnungen aufgenommen. Er wollte aber nicht in den Verband Sozialistischer Mittelschüler (VSM) oder im VSStÖ aktiv werden, in denen viele Intellektuelle, darunter auch viele jüdischer Herkunft, tätig waren, sondern er wollte sich unter den Arbeiterkindern aktiv beteiligen.¹⁹⁴ Auch später noch, als es um die Nominierung in höhere Funktionen ging, wurde von seinen Gegnern oft das Argument der bürgerlichen Herkunft gebracht.¹⁹⁵

Der Mann, der von sich selbst meinte der „beste zweite Mann“ zu sein und es niemals zu absoluten Spitzenpositionen in der Politik reichen würde, legte trotz seiner Abstammung in einem durchwegs antisemitischen Land eine fulminante Karriere hin und ist bis heute international betrachtet einer der bekanntesten österreichischen Politiker.¹⁹⁶

In der Zeit des Austrofaschismus wurde Kreisky am 30. Jänner 1935 aufgrund seiner illegalen politischen Tätigkeit verhaftet. Erst über ein Jahr später, am 16. März 1936, kam es zur Hauptverhandlung bei der die Anklage auf Hochverrat lautete.¹⁹⁷ Im Juni 1936 wurde Kreisky aus der Haft entlassen, musste aber im Jahr 1938 für weitere sechs Monate ins Gefängnis.¹⁹⁸ In dieser zweiten Zeit in Haft war er einer unter vielen anderen, die für den Transport nach Dachau

¹⁹⁴ Vgl. Rathkolb (2015): 196.

¹⁹⁵ Vgl. Kreisky, Bruno; Lucbert, Manuel (Hrsg.): Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik (Wien, Innsbruck [u.a.] 1978): 23.

¹⁹⁶ Zit. nach Rathkolb (2015): 196.

¹⁹⁷ Vgl. Kreisky, Bruno: Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Berlin 1986): 243.

¹⁹⁸ Vgl. ebd.: 270.

vorgesehen waren, wurde jedoch übersehen und kam mit viel Glück davon.¹⁹⁹ Im August desselben Jahres wurde er schließlich aus der Haft entlassen und bekam von Torsten Nilsson, der spätere schwedische Außenminister, eine Einreisebewilligung für Schweden. Sein Reisepass galt vorerst nur für bestimmte Länder wie einige Südamerikanische Staaten oder Großbritannien, aber mit fünf Mark konnte er dieses von der Gestapo erschaffene Problem umgehen und schlussendlich nach Schweden emigrieren.²⁰⁰

Nach seiner endgültigen Rückkehr nach Österreich im Jahr 1951 konnte er durch die Unterstützung des Bundespräsidenten Theodor Körner relativ schnell wieder in der Politik Fuß fassen und wurde sein politischer Sekretär. Bereits zwei Jahre später wurde Kreisky Staatssekretär, 1956 Nationalratsabgeordneter, 1960 Außenminister und im Jahr 1967 schließlich SPÖ-Parteivorsitzender. Er schaffte es somit als einer der wenigen jüdischen Exilanten den Weg zurück in die österreichische Politik und übernahm dabei äußerst wichtige Positionen. Als Parteivorsitzender schaffte es Kreisky die Partei zu einen und wichtige Wählersegmente auszuschöpfen, um so die SPÖ mit Beginn der 70er Jahren zu einer 13-jährigen Alleinregierung zu führen.²⁰¹

In den folgenden Kapiteln wird es im Speziellen um seine Einstellung zum Judentum und zum Zionismus gehen, seine außenpolitischen Tätigkeiten im Zuge des Nahostkonfliktes, die stets von Israel kritisiert wurden und um seinen lang andauernden Konflikt mit Simon Wiesenthal, der Antisemitismus-Vorwürfe mit sich brachte und im Inland sowie auch im Ausland große Wellen schlug.

6.1. Kreisky und seine Beziehung zum Judentum

Kreisky selbst zählt sich und seine Familie zum assimilierten Teil des Judentums und in seiner Familie waren fast alle Religionen vertreten. Manche seiner

¹⁹⁹ Vgl. ebd.: 305.

²⁰⁰ Vgl. ebd. 308f.

²⁰¹ Vgl. Rathkolb (2015): 197ff.

Vorfahren gehörten der jüdischen Gemeinde an, andere waren zum Katholizismus konvertiert, da der jüdische Glaube ihrer Karriere im Weg gestanden wäre. So konnte man beispielsweise nur dann Richter werden, wenn man Katholik war.²⁰² So sagte er selbst über seine Familiengeschichte:

„Ich bin in unserer Familiengeschichte keineswegs der erste Assimilierte, sondern stamme einfach aus einer Familie, in der es seit jeher zum Selbstverständlichen der Welt gehörte, sich zu dem Volk zu bekennen, in dessen Mitte man lebt.“²⁰³

Kreisky hat sich nie durch seine jüdische Herkunft, die er auch nie geleugnet hatte, benachteiligt gefühlt. Für ihn war es Einstellungssache, wie sehr man sich von antisemitischen Vorurteilen und Äußerungen persönlich angegriffen fühlt. Konfrontiert wurde er mit Antisemitismus selbstverständlich trotzdem Zeit seines Lebens. Zum ersten Mal bewusst erlebte er Antisemitismus als ihn sein Vater, Max Kreisky, in einen Turnverein einschreiben ließ. Ein anderer junger Turner sagte dort zum Vorturner, dass er nur dann in den Turnverein gehen darf, wenn dort keine Juden wären. Kreiskys Vater nahm ihn wieder aus dem Verein heraus und gab ihn in einen großbürgerlich-liberalen Turn- und Sportverein, wo hauptsächlich Kinder jüdischer Herkunft, aber auch aus getauften Familien waren, also sozusagen einem toleranteren Turnverein.²⁰⁴

Er selbst meinte nie viele jüdische Freunde gehabt zu haben und fühlte sich der jüdischen Gemeinschaft nie wirklich verbunden. Auch eine spezielle jüdische Ethik lehnte Kreisky grundsätzlich ab. Trotz allem bekannte er sich durchaus bewusst zu seiner jüdischen Abstammung und erkannte sie auch als wichtigen Teil seiner Persönlichkeitsstruktur an.²⁰⁵ Aus der Israelitischen Kultusgemeinde trat er bereits im Jahr 1931 aus.²⁰⁶ Dieser Austritt aus der Kultusgemeinde lässt zwar viel Interpretationsspielraum, aber im Grunde war Kreisky Agnostiker und

²⁰² Vgl. Kreisky (1988): 274.

²⁰³ Zit. nach Stögner (2008): 27.

²⁰⁴ Vgl. Kreisky (1988): 179.

²⁰⁵ Vgl. ebd.: 280f.

²⁰⁶ Vgl. Rathkolb (2015): 196.

Sozialist und konnte sich schließlich nicht mit Religion im Allgemeinen identifizieren. Hätte er das Judentum verlassen, weil es bereits „tödlich bedroht“ war, wie der Psychologe Wilfried Daim schrieb, so wäre Kreisky vermutlich zum Katholizismus konvertiert und hätte sich taufen lassen. Mit diesem Gedanken hatte er aber nie gespielt, was schlussendlich einfach auf seinen „Areligiösität“ zurückzuführen ist.²⁰⁷

„Ohne lange nachzudenken, würde ich sagen, dass das Wissen von Auschwitz das einzige ist, was mich vorbehaltlos an meine jüdische Herkunft bindet. Ohne Auschwitz würde mich meine Beziehung zum Judentum zu keinem bestimmten Verhalten und zu keiner bestimmten Einstellung verpflichten. Auschwitz ist das Schicksal der Juden, dem auch diejenigen nicht entrinnen können, die ihre jüdische Abstammung für mehr oder weniger beliebig halten. Wir sind durch eine sonderbar grausame Laune der Geschichte alle in einen Topf geworfen worden.“²⁰⁸

Sein Verhältnis zum Judentum kann durchaus als ambivalent bezeichnet werden. Er fühlt sich dem Judentum im Sinne einer „Schicksalsgemeinschaft“ zugehörig, aber nicht als Religionsgemeinschaft. Die familiäre Herkunft ist für Kreisky reiner Zufall, soll heißen, dass er genauso gut in irgendeine andere, möglicherweise auch christliche Familie, hineingeborgen hätte werden können. Er wollte stets, dass seine Leistung und Einstellung unabhängig von seiner Herkunft bewertet wird, auf der anderen Seite machte aber gerade er des Öfteren seine jüdische Abstammung zum Thema, vor allem wenn es um den Nahostkonflikt oder um die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit Österreichs ging. So war er der Meinung, dass er sich als Jude in diesen Angelegenheiten „eine andere Meinung leisten könne als ein Nichtjude“. Somit widersprach er sich und seiner Auffassung der Irrelevanz der persönlichen Herkunft selbst. Er instrumentalisierte seine jüdische Herkunft sozusagen für politische Zwecke.²⁰⁹ Trotzdem hat er hiermit in gewisser Weise schon Recht. Als Nichtjude hätte er sich in der Nahostpolitik

²⁰⁷ Vgl. Stögner (2008): 43f.

²⁰⁸ Zit. nach ebd.: 42.

²⁰⁹ Vgl. ebd.: 26.

wahrscheinlich nicht so verhalten können, wie er es getan hatte. Es wäre vermutlich zu einem weitaus größeren Aufschrei und Antisemitismusvorwurf gekommen, als es schlussendlich der Fall war.

Für Kreisky war Assimilation der einzige Weg für Juden und Jüdinnen um gesellschaftlich anerkannt zu werden. Denn durch Assimilation, so die Theorie, könnten Juden und Jüdinnen selbst den Antisemitismus verhindern, da sie an die gesellschaftliche Norm angepasst sind.²¹⁰ Dass dies nicht immer funktionierte, zeigte der Nationalsozialismus, in dem kein Unterschied zwischen assimilierten und nicht assimilierten Juden und Jüdinnen gemacht wurde, wo bloß der Rassengedanke ausschlaggebend war und nach den Nürnberger Gesetzen entschieden wurde, wer als Jude zu zählen war.

Obwohl er allgemein der Auffassung war, nie Antisemitismus zu spüren bekam, schildert er im ersten Band seiner Memoiren von seiner Zeit an der Universität in den 1930er Jahren:

„Hörer, von denen man wusste, dass sie jüdischer Abkunft waren, oder die so aussahen, wurden immer wieder aus den Universitäten hinausgeprügelt. Man saß in einer Vorlesung, und plötzlich stürmte ein Haufen Nazistudenten in den Hörsaal – meist in Stiefeln –; sie sprangen auf die Bänke und riefen ‚Juden raus!‘ oder ‚Rote raus!‘. [...] War man aus dem Hörsaal einigermaßen heil heraus, stand das Schlimmste noch bevor. Auf den langen Gängen und auf den Stiegen pflegten die Nazis nämlich sogenannte ‚Salzergassen‘ zu bilden, durch die man hindurchgeprügelt wurde, bis man mit Müh und Not den Ausgang erreichte – meistens verletzt.“²¹¹

Konfrontiert wurde Kreisky mit unterschwelligem Antisemitismus, auch wenn er ihn selber nicht offen an sich ranließ, selbst innerhalb der eigenen Partei, im Parlament oder während Wahlkämpfen, wie bereits in einem anderen Kapitel zu lesen war. Der spätere Bundespräsident Rudolf Kirchschläger berichtete in einem Interview, dass er Bruno Kreisky, noch bevor er Bundesparteivorsitzender

²¹⁰ Vgl. ebd.: 27.

²¹¹ Kreisky (1986): 170f.

geworden war, scherzhaft auf seine mit Initialen versehenen Manschettenknöpfe hinwies und fragte, „ob er sich schon als Bundeskanzler (BK) sehe“. Kreisky antwortete Kirchschläger darauf: „Aber gehn’s weg, Sie glauben doch net, dass die wirklich an‘ Juden zum Kanzler wählen!“²¹²

Ähnliches war noch am Tag vor den Nationalratswahlen 1970, als Bruno Kreisky als Parteivorsitzender und Spitzenkandidat zu einer Pressekonferenz in die Parteizentrale in der Löwelstraße lud. Er erklärte einer Gruppe von Journalisten, dass in Österreich ein Jude unmöglich Kanzler werden könne. Und dennoch gewann er tags darauf die Wahl und bescherte der SPÖ zum ersten Mal in der Zweiten Republik die Mandatsmehrheit im Nationalrat.²¹³ International wurde daraufhin gleich angenommen, dass in Österreich kein Antisemitismus mehr existiere, wie die „Neue Zürcher Zeitung“ ein paar Tage später schrieb:

„Am erfreulichsten ist wohl der Umstand, dass in diesem Land die Rassenvorurteile so gut wie verschwunden sind ... Die Tatsache, dass nun die Mehrheit der Wähler einem Mann jüdischer Herkunft ihr Vertrauen schenkt, deutet darauf hin, dass sich dieses Land jetzt vom Antisemitismus weitgehend rein gewaschen hat.“²¹⁴

Wie er in seinen Memoiren zu verstehen gibt, hat er seine Emigration nie auf seine jüdische Herkunft zurückgeführt. Er meint, er wäre sowieso als Sozialist verfolgt worden, wie er auch bereits während des Austrofaschismus aus politischen Gründen verfolgt wurde. Damit versuchte er auch zu erklären, warum er solch eine Sympathie für die vertriebenen Palästinenser entwickelt hatte. Er konnte sich selbst eher mit politisch Verfolgten und Vertriebenen identifizieren als mit „rassisch“ Verfolgten. Des Weiteren meint Kreisky, dass man sich seiner Herkunft nicht schämen soll. Man soll sie erst recht nicht leugnen, wenn diese Gemeinschaft von anderen als „inferior“ bezeichnet wird. So wie auch die

²¹² Vgl. Stögner (2008): 50.

²¹³ Vgl. Dickinger (2001): 69.

²¹⁴ Zit. nach ebd.: 69.

Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg nicht ihre deutsche Herkunft abstreiten sollen.²¹⁵

„Im besonderen will ich damit sagen, daß man nicht verleugnen soll, etwa aus einer sozial deklassierten Position zu stammen, vor allem dann, wenn man diese Position selbst gar nicht als deklassiert empfindet. So ist für mich der Umstand, daß ich aus dem Judentum komme, keineswegs mit einer Empfindung der Deklassierung gegenüber meinen christlichen Mitbürgern verbunden. Ich betrachte es vielmehr als eine historisch interessante Tatsache, die mich veranlaßt hat, viel zu lernen und zu studieren. Ich habe allerdings außer diesem Gefühl, daß man sich von seiner eigenen Herkunft nicht dispensieren kann, darf und soll, kein besonderes Zusammengehörigkeitsgefühl.“²¹⁶

Dem Zionismus gegenüber war er äußerst negativ eingestellt und er verglich den Zionismus sogar mit dem Rassismus der Nazis.²¹⁷ Dafür wurde er von vielen Menschen in Israel als Verräter betrachtet, weil er sich als Jude nicht für das israelische Volk einsetzte, sondern sich sogar Schweden weitaus stärker verbunden fühlte als zum israelischen Staat.²¹⁸ Kreisky war durch seine Sympathie zu den Palästinensern somit auch einer der ersten westlichen Politiker, der sich für die Gründung eines unabhängigen Staates Palästina aussprach. Er vertrat eine Zweistaatenlösung in der Israel und Palästina friedlich nebeneinander existieren sollten. Durch seine offizielle Anerkennung der PLO unter Jassir Arafat im Jahr 1980 übernahm Kreisky international eine Vorreiterrolle. Er sah seinen Einsatz für die Palästinenser als Jude und als Sozialist als seine moralische Verpflichtung den Vertriebenen gegenüber an.²¹⁹

Als besonderes Spezifikum muss Kreiskys Umgang mit jüdischen Riten erwähnt werden. So hatte er bei israelischen Gästen eine extreme Abwehrhaltung

²¹⁵ Kreisky, Bruno: Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil (Wien 1996): 191f.

²¹⁶ Ebd.: 192.

²¹⁷ Vgl. Stögner (2008): 78.

²¹⁸ Vgl. Kreisky (1996): 193.

²¹⁹ Vgl. Stögner (2008): 77ff.

gegenüber den jüdischen Riten und stellte sich nicht auf die religiösen und kulturellen Eigenheiten ein, obwohl er dies bei Vertretern anderer Staaten sehr wohl handhabte. Er servierte beispielsweise Josef Burg, einem Abgesandten Menachem Begins, nicht koschere Brötchen. Ob Kreisky nun tatsächlich pures Unwissen dem jüdischen Speisegesetz gegenüber unterstellt werden kann, oder ob es gar pure Absicht eines überzeugten assimilierten Juden war, der solche Riten von vornherein ablehnt, ist nicht bekannt.²²⁰ Die Zweite scheint wohl die wahrscheinlichere Variante. Für Israel war dies natürlich in ihrer Erwartungshaltung an den Juden Kreisky eine herbe Enttäuschung.

Besonders die israelische Außenministerin und spätere Ministerpräsidentin Israels, Golda Meir, verlangte von Kreisky als Jude Solidarität zum Staat Israel, die bei ihm aber keinen Anklang fand. Als die beiden 1961 als Außenminister zusammentrafen, erwartete Golda Meir von Kreisky Verständnis für Israel, er gab ihr jedoch zu verstehen, dass er nicht der israelische Außenminister wäre. Später empfangt Kreisky eine israelische Delegation mit den Worten: „Meine Herrschaften, falls Sie auf die Idee kommen sollten, bei mir auf jüdische Gefühle zu appellieren, vergessen Sie das, ich habe keine.“²²¹

Tatsächlich war es so, dass Kreisky durch seine jüdische Herkunft viel schärfer in seiner Israelkritik agieren konnte als andere europäische Politiker, wie Willy Brandt oder Helmut Schmidt. Die waren zwar derselben Meinung wie der österreichische Bundeskanzler, mussten jedoch sehr viel mehr auf ihre Wortwahl achten und agierten dadurch vorsichtiger, um nicht unter Antisemitismus Verdacht zu geraten. Als Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland hatten sie es doppelt schwer offen scharfe Kritik an Israel zu üben. Kreisky konnte außerdem stets auf seine jüdische Herkunft zurückgreifen um damit Antisemitismusvorwürfe von sich zu weisen.²²²

²²⁰ Vgl. ebd.: 44f.

²²¹ Zit. nach Reiter (2001): 262.

²²² Vgl. ebd.: 264.

Den Begriff des „jüdischen Volkes“ sah Kreisky stets als sehr problematisch an. Dieser Ausdruck war für ihn eine Konstruktion des Zionismus, in dem ein „Gesamtjudentum“ erschaffen werden sollte, was Kreisky genauso ablehnte wie den Antisemitismus, da es durch die vielen Gegensätze innerhalb des Judentums ein solches „Gesamtjudentum“ nicht gab und eher dazu führen würde, dass das Judentum wieder als eigene Rasse definiert wird.²²³ Außerdem beschreibt Kreisky in seinen Memoiren die Tatsache, dass ein jüdisches Volk im ethnologischen Sinne nicht existiert, da sie über Jahrhunderte hinweg keine gemeinsame Sprache und auch kein gemeinsames Land besaßen.²²⁴ In einem Interview aus dem 1977 sagte er dazu:

„Für mich sind ja die Juden keine Nation. Für mich sind die jeweiligen jüdischen Gruppen Schicksalsgemeinschaften. Denn Juden gab und gibt es überall in der Welt, sie sind ihrem äußeren Habitus nach oft ihren *Wirtsvölkern* ähnlicher als einander. Man wird also in Israel die Abkömmlinge vieler Völker im eigentlichen Sinn des Wortes finden, wodurch sich ergibt, daß das Judentum keine Rasse ist. Das war eine jener Irrlehren, die ohne wissenschaftliche Deckung vorbereitet wurden. Es gibt schwarze Juden, es gibt indische Juden, es gibt mongolische Juden.“²²⁵

Ein möglicher Grund für seine Ablehnung dem Begriff gegenüber könnte seine Angst sein, von diesem jüdischen Volk vereinnahmt zu werden und damit inbegriffen seine Zugehörigkeit zum österreichischen Volk hinterfragt zu werden.²²⁶ Er bestritt nicht, dass die Menschen, die in Israel leben, ein Volk wären und auch den Juden und Jüdinnen, die in der Welt verstreut leben und sich zu diesem Volk zugehörig fühlen, sprach er ihre persönliche Entscheidung nicht ab. Er hatte aber ein Problem damit, wenn Zionisten der Meinung waren, „dass jeder, der aus der jüdischen Religionsgemeinschaft kommt, von vornherein ein Zionist

²²³ Vgl. Stögner (2008): 89.

²²⁴ Vgl. Kreisky (1988): 298.

²²⁵ Zit. nach Stögner (2008): 90.

²²⁶ Vgl. ebd.: 93.

zu sein habe“ und des Weiteren loyal zum Staat Israel auftreten muss. Diese Einstellung hat in weiterer Folge zu vielen Kontroversen mit Israel geführt.²²⁷

6.2. Von philosemitischen Tendenzen in der SPÖ hin zum Antizionismus

Während die SPÖ erst ab den 1970er Jahren eine israelkritische beziehungsweise antizionistische Haltung einnahm, war dies in der KPÖ bereits nach dem Sechstagekrieg 1967, welcher schlimme Folgen für die palästinensische Bevölkerung mit sich brachte, der Fall. Vor allem als sich parteiintern der moskautreue Flügel durchsetzte, passten sie sich vollständig der antiisraelischen Außenpolitik der Sowjetunion an. Sie sahen das politische Ziel der PalästinenserInnen, einen eigenen palästinensischen Staat an der Stelle von Israel zu schaffen, wo Juden und Araber in gleichberechtigter Weise leben könnten, zwar positiv aber nicht wirklich als realistisch an. Jedoch hießen sie den militärischen Kampf der PalästinenserInnen gut und legitimierten somit ihren radikaler werdenden bewaffneten Widerstand. Die strikte ablehnende Haltung Israel gegenüber, die mit den Jahren immer stärker wurde, ist auch dadurch begründbar, dass viele ReformkommunistInnen, die sich beim Sechstagekrieg mit den Israelis solidarisierten, ausgeschlossen wurden und damit viele kritische Stimmen wegfielen. Diese äußerten sich gegen Ende der 60er und Anfang der 70er im „Wiener Tagebuch“ weiter zum Nahostkonflikt und versuchten, einen analytischen Zugang zu beiden Seiten des Konflikts zu finden.²²⁸

Wie bereits erwähnt, war die SPÖ 1967 auf der Seite der Israelis. Ihre Solidarität mit Israel kam vor allem in einer ausführlichen Berichterstattung über den Nahostkonflikt in der „Arbeiter-Zeitung“ und auch durch mehrere Solidaritätsbekundungen sozialistischer Organisationen an die Oberfläche. Auch der österreichische Gewerkschaftsbund zeigte sich mit den Israelis solidarisch. Kurz

²²⁷ Vgl. Kreisky (1988): 298f.

²²⁸ Vgl. Reiter (2001): 158ff.

vor dem Sechstagekrieg beschloss die Wiener-SPÖ eine Resolution in der es hieß²²⁹:

„Wir Sozialisten sehen mit tiefer Besorgnis ein unheilvolles Aufflammen neuer Krisenherde in der Welt; in Vietnam ist kein Ende des Krieges abzusehen; im Nahen Osten wird die Existenz Israels durch die aggressive Politik der arabischen Nachbarstaaten und deren kommunistischer und anderer Hintermänner ernsthaft bedroht – und damit auch die Gefahr eines nicht nur lokal begrenzten Krieges heraufbeschworen.“²³⁰

Kreisky meinte, dass das große Ansehen Israels nach seiner Gründung darauf zurückzuführen war, dass sich eine Gesellschaftsform mit neuen Ideen entwickelte. Die europäischen Zionisten konnten dort manuelle Arbeit verrichten und waren nicht auf „typisch jüdische“ Berufe angewiesen. Kreisky lobt in seinen Memoiren ihre Pionierleistung im Bereich der Landwirtschaft und der Urbarmachung von Wüstengebieten.²³¹

Auch als der Sechstagekrieg schließlich ausbrach, drückte die SPÖ ihren moralischen Bestand aus und war mit all ihren Sympathien auf der Seite des „israelischen Volkes“. Eine von den jungen Sozialisten und Sozialistinnen organisierten Kundgebung für das demokratische Israel konnte durchaus als Protestkundgebung gegen „die nationalistischen Diktaturen und reaktionären Unterdrücker der arabischen Völker“, wie es die Parteipresse nannte, bezeichnet werden. Als Redner waren viele prominente Sozialisten geladen wie beispielsweise der Wiener Bürgermeister Bruno Marek, der Parteivorsitzende Bruno Kreisky und der ehemalige Parteivorsitzende und Präsident der „Sozialistischen Internationale“ Bruno Pittermann. Somit war selbst der später bekennende Antizionist Kreisky auf der Seite Israels, nahm jedoch im Gegensatz zu den anderen Rednern eine differenziertere Haltung ein. Er sprach nicht nur von einem „sinnlos begonnenen Krieg“, sondern auch von den vielen Menschenopfern, die dieser gefordert hatte und thematisierte auch die Armut der

²²⁹ Vgl. ebd.: 113.

²³⁰ Zit. nach ebd.: 113.

²³¹ Vgl. Kreisky (1988): 300.

palästinensischen Bevölkerung.²³² Seine Rede war also vorwiegend als eine Antikriegsrede und als ein Aufruf zum Waffenstillstand zu verstehen und wollte weniger eine klare pro-israelische Stimmung vermitteln.

Auch in seinen Memoiren ließ Kreisky wissen, dass er bei dieser Kundgebung deshalb als Redner auftrat, weil es von ihm als Vorsitzender der Sozialistischen Partei erwartet wurde. Eine solche Brandrede wie Bruno Marek, den er als „leidenschaftlichen Freund Israels mit deutlich philosemitischen Tendenzen“ bezeichnete, hätte er aus Überzeugung nicht halten können. Seine Rede fand dafür fast nur bei den wenigen arabischen Studenten Anklang.²³³ Seine Einstellung bezüglich des Nahostkonfliktes war also auch bereits damals herauszuhören, wenn auch nicht so klar wie später in den 1970er Jahren.

In der Folge gab es noch weitere Solidaritätskundgebungen an denen sozialistische Organisationen beteiligt waren, wie beispielsweise an einer Veranstaltung der Israelischen Kultusgemeinde an der wiederum Wiens Bürgermeister Marek auftrat, welcher unter anderem davon sprach, dass die „größtenwahnsinnigen Diktatoren“ die gleichen Absichten hätten wie damals das Hitlerregime, nämlich „Israel und die Juden auszurotten“. Die KPÖ kritisierte diese Kundgebung heftig, vor allem das idealisierte Bild Israels als „Bollwerk der Kultur des Westens im Nahen Osten“. Des Weiteren wurde stark kritisiert, dass zwar gegen die „chauvinistischen Ausfälle arabischer Terroristen“ gewettert wurde, jedoch selbiges Verhalten von der anderen Seite verschwiegen wurde.²³⁴

Auch bei einer groß angelegten Hilfs- und Spendenaktion der Österreichisch-Israelischen Gesellschaft beteiligten sich sozialistische Organisationen, darunter unter anderem der Parteivorstand der SPÖ, der BSA, der Arbeiter-Samariterbund und der mehrheitlich sozialistische ÖGB. Der Sechstagekrieg wurde von den Sozialisten als Präventivkrieg aufgrund der drohenden Gewalt von Seiten der arabischen Länder gewertet und die Sowjetunion sahen sie als „Mitverursacherin

²³² Vgl. Reiter (2001): 113f.

²³³ Vgl. Kreisky (1988): 318.

²³⁴ Vgl. Reiter (2001): 115f.

der Eskalation des Konfliktes“, wie die Arbeiterzeitung (AZ) schrieb. Darin wurde laufend Stimmung zu Gunsten Israels gemacht, so wurde auch von einer „historischen Ehrenpflicht gegenüber den Juden, die dort ihre Heimat gefunden haben“ berichtet.²³⁵

Die Haltung der SPÖ im Zusammenhang mit der Nahostpolitik kann auf der einen Seite einem philosemitischen Hintergrund zugeordnet werden, wie auch der Artikel in der AZ vermuten lässt. Sozusagen um ja nicht des Antisemitismus‘ verdächtigt zu werden, stellten sie sich auf die Seite Israels, um die Schuldgefühle hinsichtlich der Shoa abzuwehren. Auf der anderen Seite könnte es auch durchaus damit zusammenhängen, dass sie sich von der KPÖ und der Sowjetunion wieder klar distanzieren wollten und somit die gegenteilige Meinung forcierten. Dass es innerhalb der SPÖ auch Israel-kritische Stimmen beziehungsweise Sympathiebekundungen für die arabischen Völker gab, wie zum Beispiel durch Bruno Kreisky, der bereits in seiner Zeit als Außenminister engen Kontakt zu den arabischen Ländern suchte, ist bekannt, wird aber erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahren den Grundkonsens in der Partei aufbrechen.

Im Zuge der vierten kriegerischen Auseinandersetzung im Nahen Osten, dem sehr überraschenden „Jom-Kippur-Krieg“, zeigten sich die SPÖ und ihre Unterorganisationen immer noch solidarisch mit Israel. Jedoch brach die einseitige Betrachtung des Konfliktes allmählich auf und die AZ kritisierte ebenso die israelischen Angriffe auf zivile Einrichtungen auf arabischer Seite. Nun muss der AZ aber auch unterstellt werden, dass diese Trendwende einen wirtschaftlichen Hintergrund mit sich brachte. Sie schrieben nämlich neben ihrer Kritik auch vom arabischen Ölreichtum und dass sie somit „ein wichtiger politischer Partner des Westens“ wären.²³⁶

In der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vollzog sich endgültig die Wende hin zur propalästinensischen Tendenz innerhalb der SPÖ, wobei der Bundeskanzler Kreisky eine führende Rolle in der Meinungsbildung spielte. Es gab aber auch

²³⁵ Vgl. ebd.: 116f.

²³⁶ Vgl. ebd.: 186f.

weiterhin Sozialisten die sich für Israel aussprachen wie beispielsweise Heinz Kienzl, der nicht mit der neuen israelkritischen Linie der SPÖ einverstanden war. Diese blieben jedoch in der Minderheit. Die AZ stellte sich voll und ganz hinter die propalästinensische Linie von Kreisky, wohingegen die sozialistische Zeitschrift „Zukunft“ eine kritisch-solidarische Haltung zu Israel einnahm, damit aber nicht mit der Linie Kreiskys im Widerspruch stand.²³⁷ Dass Kreisky den Zionismus grundsätzlich ablehnt und ihn als eine Form des Nationalismus sieht, beschreibt er in seinen Memoiren.²³⁸

Für Kreisky stand die Nahostproblematik während seiner Ära als Bundeskanzler stets im Mittelpunkt seiner Außenpolitik und er war einer der ersten Politiker Europas, der den Anspruch der PalästinenserInnen auf die Errichtung eines eigenen palästinensischen Staats befürwortete und trat für eine friedliche Koexistenz der beiden Staaten Israel und Palästina ein. Er versuchte bereits in seiner Zeit als Außenminister in den frühen 60er Jahre vermittelnd im Nahen Osten zu wirken.²³⁹ Die Tatsache, dass Kreisky in den 70er Jahren vermehrt Kontakt mit dem PLO-Chef Jassir Arafat hielt und ihn auch äußerst positiv einschätzte, wurde in Israel als „pure Provokation“ aufgefasst.²⁴⁰

Vor allem für die Kritik an der israelischen Politik machte sich Kreisky in Israel sehr unbeliebt, was in erster Linie auch auf seine durchaus scharfe Wortwahl zurückzuführen war. Er kritisierte vorwiegend, dass Israel nichts zu einer friedlichen Lösung im Konflikt beitrug und außerdem den „undemokratischen, klerikalen und militaristischen Charakter Israels“.²⁴¹ Trotz allem hat Kreisky Israel die Existenzberechtigung als eigenen Staat nie abgesprochen. In seinen Memoiren schrieb er:

²³⁷ Vgl. ebd.: 194f.

²³⁸ Vgl. Kreisky (1988): 297.

²³⁹ Vgl. Reiter (2001): 243f.

²⁴⁰ Vgl. ebd.: 246f.

²⁴¹ Vgl. ebd.: 249f.

„Israel ist ein Staat ähnlich den Vereinigten Staaten von Amerika. Niemand würde auf die Idee kommen, den Anspruch der USA auf Eigenstaatlichkeit in Zweifel zu ziehen. Die Vereinigten Staaten sind ein Ergebnis fünfhundertjähriger Einwanderungsgeschichte, die Verwirklichung eines Traumes vieler Menschen, sich ein neues Land zu schaffen. Dasselbe trifft für Israel zu: Israel ist ein artifizierter, künstlich geschaffener Staat, dessen historische Motivation der Holocaust ist. Da es den Staat Israel nun einmal gibt, kann man nicht umhin, diesem Staat seine Existenzberechtigung zuzubilligen; diese Existenz zu sichern, erfordert große Anstrengungen.“²⁴²

Diese angespannte Situation zwischen Israel und Kreisky hatte zur Folge, dass auch eine gewisse Spannung zwischen den beiden Ländern Israel und Österreich vorhanden war, die sich 1973 im Zuge der Geiselaffäre von Schönau entlud. In dieser Zwischenstation, von wo aus osteuropäische Juden und Jüdinnen nach Israel auswanderten, wurden drei jüdische Auswanderer und ein Zollbeamter von zwei Palästinensern als Geisel genommen und forderten die Schließung des Lagers und somit Einwanderung osteuropäischer Juden und Jüdinnen nach Israel zu stoppen. Nach stundenlangen Verhandlungen gelang es, dass die Terroristen ohne die Geiseln abflogen, dafür wurde ihnen versichert, dass das Durchgangslager geschlossen werden würde. Kreisky musste sich wochenlang für diese Entscheidung rechtfertigen, Schönau wurde trotzdem Ende 1973 geschlossen, dafür wurde das Flüchtlingslager Wöllersdorf in der Folge als Durchgangslager genutzt.²⁴³ Vor der österreichischen Botschaft in Israel gab es vermehrt Demonstrationen, die in erster Linie gegen Kreisky gerichtet waren und die israelische Presse reagierte äußerst negativ auf die Vorgehensweise des Bundeskanzlers. So schrieb die Zeitung „Davar“:

„Noch nie hat es in einem zivilisierten Land der freien Welt einen derartigen Fall gegeben, daß dem Terrorismus in seiner verabscheuungswürdigsten Form solche politischen Zugeständnisse gemacht wurden. Österreich muß

²⁴² Kreisky (1988): 299.

²⁴³ Vgl. Reiter (2001): 251ff.

augenblicklich seine Entscheidung zurückziehen, denn kein zivilisiertes Land hält Zugeständnisse ein, die mit der Pistole erpreßt worden sind.“²⁴⁴

Trotz all der Konflikte bemühte sich Israel im folgenden Jahr beim Besuch Kreiskys. Die Sicherheitsvorkehrungen waren verstärkt und Golda Meir empfing den österreichischen Kanzler als „Staatsmann und Angehörigen eines befreundeten Landes“. Auch die israelische Presse hielt sich sehr zurück und die Journalisten empfingen Kreisky bereits am Flughafen, um ihn sofort interviewen zu können. Die österreichische Botschafterin, Johanna Nestor, meinte ihn das erste Mal nervös gesehen zu haben.²⁴⁵ Kreisky selbst wusste, dass er in Israel unbeliebt ist und meinte dazu in einem Interview:

„In Israel herrscht ein ambivalentes Verhältnis zu mir. Einerseits haßt man mich, andererseits gibt es einen gewissen Stolz und eine Befriedigung darüber, daß ein Mann jüdischer Abstammung einen solchen Grad internationaler Anerkennung und Schätzung erreicht hat.“²⁴⁶

Während das Verhältnis zu Israel unter Golda Meir zwar angespannt war, aber immerhin auf gewissen Respekt beruhte, da Golda Meir Sozialistin war und somit zumindest auf politischer Ebene eine Gesprächsbasis vorhanden war, war dies unter ihrem Nachfolger als Ministerpräsidenten, Menachem Begin, weitaus schwieriger. Begin war ein rechtsstehender „Likud“-Politiker und hatte somit keine Gemeinsamkeiten im politischen Diskurs mit Bruno Kreisky. Er bezeichnete den aus dem Ostjudentum stammenden Begin sogar als „faschistischen Zionisten“. Bei einem Interview aus dem Jahr 1978 kritisierte Kreisky den israelischen Ministerpräsidenten und die Zionisten aus dem Ostjudentum im Allgemeinen so scharf, dass sogar die aus der israelischen Arbeiterpartei kommenden Yitzhak Rabin und Shimon Peres die Aussage Kreisky stark verurteilten und in Israel wurden Forderungen nach einem Tourismus-Boycott immer lauter.²⁴⁷ Selbst in Österreich gab es Reaktionen in der Presse und der

²⁴⁴ Zit. nach ebd.: 256.

²⁴⁵ Vgl. ebd.: 271.

²⁴⁶ Zit. nach ebd.: 271.

²⁴⁷ Vgl. ebd.: 266f.

jüdischen Gemeinde und der ÖVP-Abgeordnete Walter Zipmer meinte dazu: „Wenn Herr Kreisky seine Judenkomplexe schon nicht bewältigen kann, so hat er sie jedenfalls nicht auf Kosten des gesamten österreichischen Volkes abzureagieren.“²⁴⁸

6.3. Der Kreisky-Wiesenthal Konflikt

Simon Wiesenthal war ein aus Galizien stammender KZ-Mauthausen Überlebender, der Zeit seines Lebens Naziverbrecher zur Verantwortung ziehen wollte und dafür nicht selten als „Nazijäger“ bezeichnet wurde. Wiesenthal stand der ÖVP nahe und so richtete sich seine Kritik zu Beginn der 70er Jahre alleine gegen die SPÖ, vor allem gegen den Bundeskanzler Bruno Kreisky. Er hatte nach dem Zweiten Weltkrieg Probleme damit, dass von Seiten der Politik kein Interesse bestand, nach NS-Verbrechern zu fänden, was sicherlich zu einem nicht unwesentlichen Teil am konservativen und antisemitischen SPÖ-Innenminister Oskar Helmer lag. Doch auch in der ÖVP-Alleinregierung von 1966 bis 1970, von der er erwartet hatte, dass die laufenden Verfahren gegen Kriegsverbrecher aus der NS-Zeit, sowie die vielen Freisprüche von Straftätern überprüft werden, war das Interesse etwas daran zu ändern nicht größer.²⁴⁹

Von der SPÖ-Minderheitenregierung verlangte er nun zu handeln, wurde jedoch enttäuscht, da im Kabinett Kreiskys gleich vier ehemalig NSDAP-Mitglieder vertreten waren. Mit dem Landwirtschaftsminister Hans Öllinger sogar ein ehemaliges SS-Mitglied, den Kreisky jedoch nicht persönlich kannte und der folglich aus gesundheitlichen Gründen bereits nach nur einem Monat Amtszeit wieder ausschied. Den anderen drei Ministern Otto Rösch für Inneres, Erwin Frühbauer für Verkehr und Josef Moser für Bauten konnten keinerlei Vergehen in der NS-Zeit nachgewiesen werden und somit verteidigte Kreisky seine Personalwahl auch vehement. Bemerkenswert ist, dass Rösch bereits vor 1966

²⁴⁸ Zit. nach ebd.: 267.

²⁴⁹ Vgl. Rathkolb (2015): 401.

in der Bundesregierung vertreten war und seine NSDAP-Mitgliedschaft auch damals schon bekannt war, jedoch niemals von Wiesenthal negativ aufgegriffen wurde. Generell hielt sich Wiesenthal in der Zeit der Großen Koalition daran, keine Regierungsmitglieder anzugreifen, auch im Fall vom ÖVP-Finanzminister Reinhard Kamitz, der ebenso NSDAP-Mitglied war, gab es keine Kritik von Seiten Wiesenthal. Doch Kreisky wurde von ihm wegen der ehemaligen NSDAP-Mitglieder scharf kritisiert, was emotionale Reaktionen im Bundeskanzler hervorrief.²⁵⁰

Nach der Nationalratswahl von 1970 verhandelten SPÖ und ÖVP sechs Wochen lang erfolglos über eine gemeinsame Regierungsbildung. Daraufhin resignierte Kreisky und legte den Auftrag zur Koalitionsbildung zurück. Er schlug Bundespräsidenten Franz Jonas eine Minderheitenregierung vor und dieser willigte ein. Der FPÖ sicherte er, neben der bereits zuvor versprochenen Wahlrechtsreform, den Posten des Rechnungshofpräsidenten zu. Dieser wurde, nebenbei erwähnt, der ehemalige Borodajkewycz-Anwalt Tassilo Broesigke. Die Stelle des Botschafters in Bonn wurde ebenso der FPÖ zugesichert. Als Gegenleistung stimmte die FPÖ einen Misstrauensantrag der ÖVP nicht zu und versicherte dem Budget für 1971 nichts entgegenzusetzen. Das Kabinett Kreisky I wurde schließlich am 21. April 1970 angelobt.²⁵¹

Wie bereits erwähnt waren in diesem Kabinett vier ehemalige Nazis und bot somit eine Angriffsfläche für Simon Wiesenthal, der einschlägige Informationen sogleich an das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ weiterleitete. International wurden die Personalentscheidungen Kreiskys daraufhin heftig kritisiert. Doch dieser verteidigte selbst den ehemaligen SS-Mann Öllinger indem er in einem Interview mit Franz Kreuzer mitteilte:

„Ich stehe nicht nur voll und ganz hinter Dr. Öllinger, sondern stehe sogar in dieser Kampagne vor ihm, schützend vor ihm. Und ich möchte das begründen: Ich selber weiß allzu gut, wie es in Österreich in den Dreißigerjahren

²⁵⁰ Vgl. ebd.: 401ff.

²⁵¹ Vgl. Dickinger (2001): 71.

ausgesehen hat. Ich kann mich sehr gut an diese Zeit erinnern, denn in den Gefängnissen zwischen 1934 und 1938 waren Sozialdemokraten, waren Kommunisten und auch Nationalsozialisten. Der Umstand, dass es damals keine Demokratie in Österreich gegeben hat, hat zu dieser grenzenlosen politischen Verwirrung geführt. Dazu kam die Not in dieser Zeit und die Hoffnung, dass eine andere politische Ordnung die Arbeitslosigkeit überwinden wird, und so sind damals viele Menschen auf politische Irrwege gekommen. Und ich bin der Meinung, ich wiederhole das, was ich im Parlament gesagt habe: Es ist das unveräußerliche Recht jedes Menschen, seine politischen Ansichten im Lichte der Erfahrungen zu überprüfen und auch zu ändern.“²⁵²

Des Weiteren ging es in diesem Interview um die Rolle Öllingers in der SS. Kreisky erklärt in diesem Zusammenhang, dass Öllinger nur bis 1940 bei der SS war und seines Wissens nach, freiwillig wieder austrat und als einfacher Soldat an der Front kämpfte. Er sah es als „Akt besonderer Anständigkeit“, dass Öllinger sich dazu entschieden hatte, an der Front zu kämpfen anstatt in einem Konzentrationslager als SS-Mann seinen Dienst zu verrichten. Außerdem war Kreisky bei der Nominierung Öllingers nicht über seine Vergangenheit informiert.²⁵³

Tatsächlich war es so, dass Kreisky eher ehemaligen Nationalsozialisten verzeihen konnte, als sogenannte „Kleriko-Faschisten“ aus der Zeit des Austrofaschismus, was mit seinen persönlichen Erfahrungen zusammenhängt. Im Austrofaschismus verbrachte er fast eineinhalb Jahre unter sehr schwierigen Umständen und nur aufgrund seiner politischen Gesinnung im Gefängnis, was für ihn selbst die schwierigste Zeit seines bisherigen Lebens war.²⁵⁴ 1938 hatte er es ehemaligen Braunen Zellengenossen zu verdanken, dass er nicht nach Dachau deportiert wurde und später, nach dem kurzen Intermezzo mit der Gestapo, gen Schweden ausreisen durfte. Während des Nationalsozialismus verlor Kreisky zwar 21 Familienangehörige in Konzentrationslagern, aber er

²⁵² Zit. nach Kreisky (1996): 232.

²⁵³ Vgl. ebd.: 232f.

²⁵⁴ Vgl. Kreisky (1986): 250.

selbst konnte in Schweden, fern von seiner Heimat Österreich, ziemlich gut leben und sich nebenbei auch politisch engagieren und zudem die Zeit in Frieden verbringen. Dieses gemeinsame Schicksal als politisch Verfolgter könnte der Grund dafür sein, warum Kreisky so ablehnend auf Vergangenheitsdebatten reagierte.²⁵⁵

Wiesenthal verbrachte hingegen die Zeit des Nationalsozialismus in mehreren verschiedenen Konzentrationslagern und entging mehrmals knapp dem Tod. Er verlor 89 Verwandte in der Vernichtungsmaschinerie der Nazis und wollte dafür Gerechtigkeit. Dies machte er sich zu seiner Lebensaufgabe. Mit Kreisky und Wiesenthal prallten zwei unterschiedliche Welten aufeinander. Zum einen aus parteipolitischer Hinsicht, zum anderen ihre unterschiedliche Einstellung zum Judentum. Kreisky war der großbürgerliche, assimilierte und antizionistische Jude, der bereits früh aus der Kultusgemeinde austrat und sich selbst als Agnostiker bezeichnete. Wiesenthal war der aus dem Ostjudentum stammende „Schtetl-Jude“ der die Qualen von insgesamt zwölf Konzentrationslagern durchstehen musste und zudem zionistisch eingestellt war.²⁵⁶

Für Wiesenthal war Kreisky ein typischer Fall des „jüdische Selbsthasses“:

„Meiner Meinung nach ist Kreisky eine tragische jüdische Gestalt, die es bei uns in jeder Generation gibt. Er hasst sich, weil er Jude ist. Er ist Jude und Anti-Jude in einer Person.“²⁵⁷

Kreisky konterte jenen, die immerzu von seinem „jüdischen Selbsthass“ sprachen, dass er sich sehr bewusst zu seiner jüdischen Herkunft bekenne und sie auch als nicht unwesentlichen Teil seiner Persönlichkeitsstruktur betrachte, aber die Bedeutung des Blutes und der Blutbande seien ihm immer fremd gewesen.²⁵⁸

²⁵⁵ Vgl. Gottschlich, Maximilian: Die große Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit. (Wien 2012): 91f.

²⁵⁶ Vgl. ebd.: 92.

²⁵⁷ Zit. nach Dickinger (2001): 75.

²⁵⁸ Vgl. ebd.: 76.

Als Öllinger aus gesundheitlichen Gründen zurücktrat, wurde sein Ressort von Oskar Weihs übernommen, der ebenfalls NSDAP-Mitglied war. Somit blieb es bei vier Ehemaligen im Kabinett Kreisky I. In Österreich gab es in diesem Zusammenhang keine große Debatte über die Reintegration der Ehemaligen wie es 1986 während der „Affäre Waldheim“ der Fall war. Es wurde eher Wiesenthal von Ministern und von Kreisky selbst angegriffen und kritisiert. Besonders von Unterrichts- und Kulturminister Leopold Gratz, der das von Wiesenthal gegründete „Dokumentationszentrum des Bundes Jüdischer Verfolgter des Naziregimes“ in Wien scharf angriff. Neben mehr oder weniger offenen Angriffen auf Wiesenthal von Seiten der Politik, erhielt er ebenso Drohbriefe aus der Bevölkerung. Die österreichischen Zeitungen hielten sich weitestgehend zurück und waren eher auf der Seite Kreiskys. Aus dem Ausland hagelte es hingegen Protestschriften an die österreichische Bundesregierung, gegen die Angriffe Leopold Gratzs auf das Dokumentationszentrum. Von fast allen Opfer- und Widerstandskämpferverbänden kamen Solidaritätsbezeugungen für Simon Wiesenthal. Angeblich hätte der Bundeskanzler Wiesenthal als „jüdischen Faschisten“ bezeichnet. Dies konnte jedoch nie wirklich nachgewiesen werden.²⁵⁹

In der österreichischen Öffentlichkeit wurde Wiesenthal nicht als Opfer von Verleumdungen betrachtet, sondern als der Täter in dieser Affäre und wurde Objekt antisemitischer Schuldprojektion. Dass beide Hauptprotagonisten in diesem Konflikt jüdisch waren, macht die Situation umso paradoxer. Dadurch, dass selbst der jüdische Bundeskanzler gegen den jüdischen Wiesenthal vorging, konnte in der Bevölkerung der Alltagsantisemitismus ohne schlechtem Gewissen auf Wiesenthal projiziert werden.²⁶⁰

Es dauerte knapp fünf Jahre, bis es zum nächsten großen Konflikt zwischen den beiden kam. 1971 wurde die Legislaturperiode vorzeitig beendet und bei den drauffolgenden Neuwahlen erzielte die SPÖ unter Kreisky die absolute Mehrheit.

²⁵⁹ Vgl. Sporrer, Maria (Hrsg.); Steiner, Herbert: Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse (Wien 1992): 206f.

²⁶⁰ Vgl. Gottschlich (2012): 93f.

Dies galt es bei den nächsten Nationalratswahlen im Oktober 1975 zu verteidigen. Für den Fall dieses Ziel nicht zu erreichen, wurden angeblich bereits vor der Wahl Verhandlungen mit der FPÖ geführt, um eine mögliche kleine Koalition vorzubereiten. Dies war zwar das erklärte Ziel Friedrich Peters, aber für Kreisky nur Spekulation.²⁶¹

In seinen Memoiren merkte Kreisky im Zusammenhang mit einer Koalitionsbildung mit Friedrich Peter an:

„[...] Nun bekamen wir aber die Mehrheit, und es bedurfte gar keiner Kleinen Koalition. Die Frage ist also müßig, ob ich eine gebildet hätte oder nicht; ich kann mich nur darauf berufen, daß ich im Sommer zuvor ein Gespräch mit Peter hatte und ihm sagte, ich persönlich könnte eine solche Koalition sicher nicht machen, das heißt, unter Umständen einen Politiker wie Otto Scrinzi in die Regierung zu heben, der meiner Meinung nach noch heute ein Nazi ist. Für mich käme so ein Vorgehen nicht in Betracht. Das wußte Peter und könnte jederzeit bezeugen, dass ich keine Absicht hatte, unter meiner Führung eine solche Koalition zu bilden.“²⁶²

Wiesenthal war bereits vor der Nationalratswahl zu Bundespräsidenten Rudolf Kirchschläger gegangen und berichtete diesem von der Mitgliedschaft Friedrich Peters bei der 1. SS-Infanteriebrigade. Ein paar Tage nach der Wahl ging Wiesenthal damit an die Öffentlichkeit. Dadurch, dass Kreisky wieder die absolute Mehrheit holte und somit eine Regierungsbeteiligung der FPÖ nicht in Frage kam, scheint das Thema eigentlich nicht weiter wichtig, doch Kreisky fühlte sich durch Wiesenthal persönlich angegriffen und es kam in der Folge zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden. Kreisky verteidigte Peter und glaubte an seine Unschuld, das heißt er glaubte daran, dass er an den Gräueltaten dieser SS-Einheit nicht beteiligt war, sowie nichts davon gewusst habe. Über Wiesenthals Arbeit sprach er hingegen von „Methoden einer quasi

²⁶¹ Vgl. Dickinger (2001): 76.

²⁶² Kreisky (1996): 233.

politischen Mafia“.²⁶³ Im November behauptete Kreisky vor ausländischen Journalisten:

„Meine Beziehung zur Gestapo ist eindeutig, ich war ihr Gefangener, ihr Häftling und war beim Verhör. Seine Beziehung ist eine andere, so glaube ich zu wissen, und das wird sich klarstellen lassen.“²⁶⁴

Durch diese Behauptung eskalierte der Konflikt und Wiesenthal ließ sich diesen Vorwurf nicht gefallen, er klagte Kreisky. Der Bundeskanzler wurde auch im Parlament scharf kritisiert wie beispielsweise durch den ÖVP-Abgeordneten Stephan Koren.²⁶⁵ Kreisky wollte sogar, dass seine eigene Immunität aufgehoben wird und er drohte damit sein Mandat zurückzulegen, sollte dies nicht geschehen. Kreisky wurde unglaublich emotional in dieser Angelegenheit. Wiesenthal bot Kreisky an, die Klage fallen zu lassen, wenn er sich entschuldigt. Kreisky dachte aber nicht daran und wollte einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss einleiten, der zum einen durch die absolute Mehrheit der SPÖ und durch die Unterstützung der FPÖ gestützt worden wäre. Wiesenthal wurde ein Ultimatum gesetzt, bis wann er seine Klage zurückzuziehen habe, oder der Untersuchungsausschuss eingesetzt werden würde. Das Gerichtsverfahren hat dann niemals stattgefunden. Wiesenthal zog schließlich am 3. Dezember 1975 seine Klage zurück.²⁶⁶ Kreisky meinte, er sei „missverstanden“ worden und habe Wiesenthal niemals der Kollaborationen mit den Nazis beschuldigt.²⁶⁷ Neben der Klage stellte Wiesenthal auch die Tätigkeit seines Dokumentationszentrums ein. Zum einen wegen seiner Frau und zum anderen älteren Juden zu Liebe, da sie in der Eskalation des Konfliktes eine existentielle Bedrohung befürchteten.²⁶⁸

²⁶³ Vgl. Gottschlich (2012): 96f.

²⁶⁴ Zit. nach ebd.: 97.

²⁶⁵ Vgl. ebd.: 97.

²⁶⁶ Vgl. Dickinger (2001): 82f.

²⁶⁷ Vgl. Gottschlich (2012): 98.

²⁶⁸ Vgl. Weinzierl (1978): 326.

Mit dieser neuerlichen Enthüllung wollte Wiesenthal dafür sorgen, dass sich Österreich wieder mit der NS-Zeit beschäftigt, was sicher nicht falsch gewesen wäre, und erntete dafür Bomben- und Morddrohungen, wodurch er sich jedoch nicht abschrecken ließ. Peter war laut eigenen Angaben während der ihm vorgeworfenen Verbrechen seiner Einheit bei der „Aktion Sumpffieber“ und der „Aktion Nürnberg“, bei denen mehrere Tausend „bewaffnete Banditen“, „Verdächtige“ und Juden exekutiert wurden, auf Urlaub gewesen, konnte seinen Abwesenheit jedoch nie bezeugen.²⁶⁹ Wiesenthal konnte hingegen nachweisen, dass in Peters Division kein Urlaub während solcher „Sondereinsätze“ bewilligt wurde.²⁷⁰ Tatsächlich an Kriegsverbrechen teilgenommen zu haben, konnte Friedrich Peter aber nie nachgewiesen werden.

Die Öffentlichkeit stand jedenfalls wieder mehrheitlich hinter Kreisky und Peter. So schrieb die Financial Times, dass ein FPÖ-Nationalratsabgeordneter gesagt hätte, dass Peters SS-Einheit nur ihre Pflicht erfüllt hätte und die Vergangenheit des Parteiobmanns dem Image der Partei nicht schaden würde. Auch Peter selbst sprach in einem ORF-Interview davon, dass seine Brigade nur „ihre Pflicht getan“ hätte.²⁷¹

Das Wochenmagazin „profil“ und die Tageszeitungen „Kurier“ und „Presse“ sprachen sich für Wiesenthal aus. „Die Presse“ und der „Kurier“ waren durch Kreiskys Verhalten um das internationale Ansehen Österreichs und um den damit verbundenen aufkeimenden Antisemitismus besorgt. Vor allem der „Kurier“ war der Ansicht, dass Friedrich Peter auf Grund seiner SS-Vergangenheit nicht für höhere politische Ämter geeignet wäre.²⁷² Die Presse befragte ihre jüngeren Leser, „ob die Österreicher wirklich ein Volk von Antisemiten seien“. Die Mehrheit der Leser verneinte diese Frage, doch ein Medizinstudent war der Meinung, dass

²⁶⁹ Vgl. Sporrer, Steiner (1992): 211f.

²⁷⁰ Vgl. Dickinger (2001): 80.

²⁷¹ Vgl. ebd.: 79f.

²⁷² Vgl. Gottschlich (2012): 100.

„Juden à la Wiesenthal“ Antisemitismus aufleben lassen.²⁷³ Ein anderer Wiener Student schrieb:

„Der Hass gegen die Juden ist eine in meiner Heimat tiefverwurzelte Emotion. Meine Großmutter pflegt Juden an ihrer Nase zu erkennen, ein Studienkollege behauptet, man kann sie riechen. Ich selbst wollte die IFES-Zahlen (über 70 Prozent der Österreicher sind Antisemiten) nicht glauben, doch dann geschah folgendes: In einer Tageszeitung wurde ein projüdischer Brief von mir mit voller Anschrift abgedruckt. Die darauf folgende Woche lief unser Telefon heiss: freundliche Zeitgenossen beschimpften mich; im Haus (Gemeindebau: 66% SPÖ) wurde ich scheel angesehen; der Postbote brachte auch Briefe – ohne Absender. Seit damals schreibe ich hinter der Überschrift ‚Ein Volk von Antisemiten‘ nur noch ein Rufzeichen.“²⁷⁴

Ein Spiegel-Interview Kreiskys sorgte im November 1975 für internationales Aufsehen, als er gegenüber dem israelischen Journalisten Zeev Barth in ironischer Weise sagte: „Wenn die Juden ein Volk sind, so ist es ein mieses Volk.“²⁷⁵ Diese Aussage, die am Rande des Interviews gefallen war, sorgte nicht nur für ein weiteres Anheizen der Debatte, sondern auch für Kritik von vielen Seiten. Er musste seine Aussage schließlich relativieren, um die Wogen zu glätten. Er meinte: „Ein Volk, das ‚keines ist‘, kann also auch kein ‚mieses‘ sein.“²⁷⁶

Die auflagenstärkste Zeitung Österreichs, die „Kronen Zeitung“, war dafür verantwortlich, dass aus dem „Fall Peter“ sehr schnell der „Fall Wiesenthal“ wurde. Sie war der Meinung, dass Wiesenthal dem Ansehen Österreichs schade und vor allem auch für den wiederkehrenden Antisemitismus in Österreich hauptverantwortlich sei. Die Redakteure Nimmerrichter, Reimann, Gnam und Mahr schrieben hauptsächlich gegen Wiesenthal und warfen ihm vor, Politik zu machen, verharmlosten im Gegenzug die SS-Vergangenheit Peters

²⁷³ Vgl. Weinzierl (1978): 326.

²⁷⁴ Zit. nach ebd.: 326.

²⁷⁵ Zit. nach Dickinger (2001): 85.

²⁷⁶ Zit. nach ebd.: 86.

weitestgehend. Außerdem forderte die „Kronen-Zeitung“ das „Ende der Vergangenheitsdebatte“.²⁷⁷

Interessant in diesem Mediendiskurs ist, dass beide Seiten, also jene die auf der Seite Kreiskys standen, als auch jene auf Wiesenthals Seite, davon überzeugt waren, dass jeweils der andere den Antisemitismus in Österreich schürt. Ausgerechnet ein öffentlich ausgetragener Streit zwischen einem jüdischen Bundeskanzler und einem jüdischen „Nazi-Jäger“ sollen den Antisemitismus in einem sowieso zum Antisemitismus neigenden Staat fördern.²⁷⁸ So schrieb Alfred Payrleitner im „Kurier“:

„Dieser Prozeß, auf den sich Kreisky offensichtlich freut, wird all das hochkommen lassen, was in Österreich nach wie vor schwelt: latenten Antisemitismus, Borniertheit, schlampigen Umgang mit der Vergangenheit.“²⁷⁹

Viktor Reimann schrieb in der „Kronen Zeitung“, die voll und ganz hinter dem Bundeskanzler stand:

„Das Judentum in Österreich verdankt Kreisky mehr als es zugeben möchte. Es verdankt ihm den Beginn der Normalisierung des Verhältnisses zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Staatsbürgern.“²⁸⁰

Das Nachrichtenmagazin „profil“ bemühte sich um Aufklärung und einer kritischen Auseinandersetzung mit der Thematik. Der damalige Herausgeber Peter Michael Lingens war ein früherer Mitarbeiter Wiesenthals und unterstützte diesen in einer vierteiligen Serie „Wer ist Simon Wiesenthal?“. Als sich Lingens kritisch mit der Vergangenheitspolitik des Bundeskanzlers auseinandersetzte, erhielt er von diesem eine Ehrenbeleidigungsklage. Er schrieb:

„In Wahrheit kann man das, was Kreisky tut, auf rationale Weise nicht widerlegen. Nur irrational: es ist unmoralisch. Würdelos. Dazu es ist

²⁷⁷ Vgl. Gottschlich (2012): 99f.

²⁷⁸ Vgl. ebd.: 101.

²⁷⁹ Zit. nach ebd.: 101.

²⁸⁰ Zit. nach ebd.: 101.

überflüssig: Ich glaube, daß man die Österreicher auch mit ihrer Vergangenheit versöhnen kann, ohne sich SS-Leuten anzubiedern. Ohne Konzentrationslager zu verharmlosen. Und ohne Simon Wiesenthal unter Ausnützung antisemitischer Emotionen verächtlich zu machen.“²⁸¹

Das „profil“ leistete zum ersten Mal in der Zweiten Republik eine quantitative und qualitative Aufklärungsarbeit und machte sich eine kritische Bewusstseinsbildung zur Aufgabe. Dies war 30 Jahre nach dem Krieg mehr als überfällig und viele Leserbriefe zu dieser Zeit zeigten die Notwendigkeit dieser publizistischen Vergangenheitsbewältigung auf.²⁸²

Zu einer Aussöhnung zwischen Kreisky und Wiesenthal ist es jedenfalls nie gekommen. Kreisky hatte einmal angemerkt, dass er Wiesenthal eben nicht mag und dass das sein Recht wäre. Der Konflikt flammte in den kommenden Jahren immer wieder auf, wenn Kreisky eine Behauptung über Wiesenthal wiederholte. Wiesenthal hatte ihn immer wieder versucht zu Klagen, doch seine Immunität im Parlament wurde niemals aufgehoben. Entschuldigungen auf Seiten des Bundeskanzlers hat es bis zu seinem Tod im Jahr 1990 nicht gegeben.²⁸³

²⁸¹ Zit. nach ebd.: 104.

²⁸² Vgl. ebd.: 105.

²⁸³ Vgl. Dickinger (2001): 86.

7. „Die Juden in Österreich“ – Eine umstrittene Serie in der Kronen Zeitung

„Die Juden in Österreich“ war eine 42-teilige Artikelserie in der „Kronen Zeitung“ im Jahr 1974. Autor war kein geringerer als Viktor Reimann, der anfangs Mitglied der noch illegalen NSDAP, später im Widerstand tätig und in der Zweiten Republik Mitbegründer des VdU war.²⁸⁴ Journalistisch betätigt hat er sich nach dem Krieg zuerst bei den „Salzburger Nachrichten“, bei der „Kronen Zeitung“ war er ab 1970 als Kolumnist tätig. Nach Reimanns Tod wurde seine Biographie von den meisten Medien beschönigt dargestellt, so wurde von fast allen Medien seine illegale NSDAP-Mitgliedschaft ab 1936 sowie seine umstrittene „Judenserie“ in der „Kronen Zeitung“ nicht erwähnt.²⁸⁵

Den Grund für das Verfassen dieser „Judenserie“ sah Reimann in den Juden selbst, die in einer Studie feststellen ließen, dass 70 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen antisemitisch wären. Natürlich waren es nicht die Juden, wie Reimann schrieb, die diese IMAS-Studie in Auftrag gaben, sondern das Nachrichtenmagazin „profil“, deren Herausgeber Oskar Bronner war. Der Hinweis, dass Bronner Jude war, wurde von Reimann stets angeführt.²⁸⁶

Die Artikelserie war inhaltlich so strukturiert, dass die ersten acht Folgen eine Einleitung darstellten. In den Folgen 9 bis 39 kam es zu einer Art Personifizierung der Juden wie beispielsweise „Von Rothschild bis zum getauften Juden Marx“. Nur drei der 42 Folgen waren den Juden während der NS-Zeit gewidmet. Dann endete die Serie abrupt, obwohl eigentlich 50 Artikel geplant gewesen wären.²⁸⁷

²⁸⁴ Vgl. Benz (2004): 231.

²⁸⁵ Vgl. Wassermann, Heinz P.: Zuviel Vergangenheit tut nicht gut! Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der zweiten Republik (Innsbruck 2000): 280f.

²⁸⁶ Vgl. Wassermann, Heinz P.: Gepresste Geschichte. Der Nationalsozialismus in der veröffentlichten Meinung der Tagespresse der Zweiten Republik. Ein Beitrag zur Bewusstseinsgeschichte und Bewusstseinsbildung der Zweiten Republik (Dipl.-Arbeit, Graz 1990): 96f.

²⁸⁷ Vgl. ebd.: 98.

Bernd Marin analysierte die Serien auf deren Sprache und Inhalt und verglich dabei das verwendete Vokabular Viktor Reimanns mit einem antisemitischen Artikel des „Stürmer“. So wird beispielsweise ständig von „der Jude“ oder „die Juden“ gesprochen, anstatt zu differenzieren und somit nicht alle in einen Topf zu werfen. Es handelt sich fast ausschließlich um stereotype Zuschreibungen, wie sie bereits in der antisemitischen Ideologie Verwendung fanden. Reimann hebt immer wieder in seinem „Judenbild“ die „jüdische Mentalität“ mit seinem „fremdartigen“ und „unheimlichen“ Charakter hervor.²⁸⁸

Bezüglich des Vokabular-Vergleichs mit dem Stürmer ist noch anzumerken, dass durch die Selbstzensur der Massenmedien die Sprachformen sicher verharmlost dargestellt wurden, aber die latente antisemitische Bewusstseinsstruktur sicherlich stärker vorhanden war. Identische Bezeichnungen in der „Judenserie“ und im „Stürmer“ waren beispielsweise die Unterscheidung in Juden und Nichtjuden sowie Begriffe wie „jüdische Weltverschwörung“, „jüdische Presse“, „jüdischen Vermögen“, „Hofjuden“, „jüdische Intelligenz“ oder „Halbjuden“ um nur einige wenige zu benennen. Viele Bezeichnungen, die vor und während der NS-Zeit noch gang und gäbe waren, wurden durch ähnliche Bezeichnung ersetzt. So wurde beispielsweise aus dem „Talmudjuden“ im Stürmer der „Traditionsjude“ oder „der religiöse Jude“ in der Kronen Zeitung, oder aus der „Judenfrage“ wurde „die jüdische Frage“.²⁸⁹ Der Grund dafür war, dass solche Begriffe eine starke antisemitische Konnotation hatten und man sie deshalb durch umschreibende, aber sinngemäß gleiche Bezeichnungen ersetzte.²⁹⁰

Bemerkenswert ist auch schon alleine der Titel der Serie „Die Juden in Österreich“. Dabei wird bereits impliziert, dass Juden nicht Teil des österreichischen Volkes sind, sondern nur eine fremde Randgruppe, die speziell zu behandeln ist. Sie hätten als Titel auch „die österreichischen Juden“ oder etwa „Österreichs jüdische Minderheit“ wählen können, aber durch dieses „in“ im Titel,

²⁸⁸ Vgl. Wassermann (2000): 284.

²⁸⁹ Vgl. Marin (1983): 106f.

²⁹⁰ Vgl. ebd.: 108.

wird der jüdischen Bevölkerung die Zugehörigkeit zu Österreich in gewisser Weise abgesprochen.²⁹¹

Anders als im „Stürmer“ vermeidet die Kronen Zeitung die eigenständige Verwendung von Schimpfwörtern, sondern führt sie nur als Zitate an. Nicht so in den abgedruckten anonymen Leserbriefen, in denen es nicht selten vorkam, dass direkte Beschimpfungen verwendet wurden. Was jedoch mit dem „Stürmer“ wieder ansatzweise gleich ist, sind die rassistischen Auffassungen. Diese werden von der Kronen Zeitung zwar nicht direkt vertreten, aber dennoch immer wieder indirekt geteilt.²⁹²

Wassermann analysierte in seiner Diplomarbeit ebenfalls den Inhalt dieser Serie und kam zum Schluss, dass Reimann folgende Stereotype in seinen Texten verwendete. Er meint, dass Juden durchschnittlich intelligenter wären und einem „stark intellektuellen Typ“ entsprechen. Sie isolieren sich selbst und „betrachten sich noch immer als auserwählt“. Juden sind nach Reimann „Umstürzler“ die die Ordnung und Werte zersetzten wie in diesem Fall Marx, Freund oder Einstein. Außerdem stehen Juden traditionell links im politischen Spektrum und sie gaben „den Monarchien Rußlands, des Deutschen Reiches und Österreich-Ungarns den Todesstoß, um selbst an die Macht zu kommen“. Dem sogenannten „Geldjudentum“ gibt Reimann eine eigene Rolle und ist der Meinung, dass Juden zum einem aus allem Geld machen, Geld für sie Macht bedeutet und der Einfluss in der Politik dadurch garantiert sei und sie „einen guten Riecher für Geld“ haben. Die Stereotype, dass Juden lügen und übertreiben sowie nicht verzeihen können, sind ebenso Teil seiner Beschreibung.²⁹³

Als Erklärung für die Wurzeln des Antisemitismus gibt Reimann die Theorie an, dass „das Judentum selbst der Grund dafür sei“. Bereits in der ersten Folge schrieb Reimann:

²⁹¹ Vgl. ebd.: 105.

²⁹² Vgl. ebd.: 108.

²⁹³ Vgl. Wassermann (1990): 101f.

„Eine der Hauptursachen für den Antisemitismus muß wohl im Juden selbst zu suchen sein. Es ist sein Wille zum Anderssein, zur Absonderung von den Nichtjuden.“²⁹⁴

Der Antisemitismus ist laut Reimann auch keine österreichische „Kreation“, sondern kommt aus Frankreich, Deutschland und Großbritannien, von wo aus sich die, nach Reimann, „wissenschaftlich untermauerten und haltbaren Theorien“ von Gobineau, Dühring und Chamberlain verbreitet haben. Der Antisemitismus in Österreich wird verharmlosend dargestellt und Reimann meint auch, dass es historisch nicht haltbar ist, Lueger und Schönerer als „Ahnherren der Judenvernichtung“ zu bezeichnen. Auf den Einfluss der beiden auf Adolf Hitler in Bezug auf Antisemitismus wird in der Serie nicht näher eingegangen.²⁹⁵

Alles in allem kann gesagt werden, dass diese 42-teilige Artikelserie, die seit Jahrzehnten, wenn nicht seit Jahrhunderten, bestehende Ressentiments gegenüber Juden und Jüdinnen noch weiter verstärkt, anstatt sie allmählich aufzubrechen und aufklärerisch zu wirken. Wichtige Fakten wurden von dem Historiker Reimann weggelassen oder verharmlosend dargestellt. Die Reaktionen aus der Bevölkerung sind vorwiegend in Form von Leserbriefen erhalten. Von den 98 veröffentlichten Leserbriefen konnten knapp ein Drittel als antisemitisch bewertet werden, gut die Hälfte war neutral gehalten und der Rest, rund 17 Prozent, waren philosemitischer Art.²⁹⁶

Die Arbeiter Zeitung (AZ), unter Chefredakteur Manfred Scheuch, nahm eine sehr kritische Stellung zu Reimanns Kolumne ein und leistete eine intensive Berichterstattung und Kommentierung zur Serie. Sie betrieb eine regelrechte Kampagne gegen die „Judenserie“, kritisiert aber auch die beiden unabhängigen Tageszeitungen „Presse“ und „Kurier“, dass sie nicht mehr gegen die Artikelserie

²⁹⁴ Zit. nach ebd.: 100.

²⁹⁵ Vgl. ebd.: 100f.

²⁹⁶ Vgl. Wassermann (2000): 285.

aufgetreten sind und war der Meinung, dass es „in Österreich keine liberale Presse gibt“.²⁹⁷ Des Weiteren schrieb die AZ:

„[Die] ‚schweigende Mehrheit‘ der österreichischen Zeitungen ist mitschuldig an einem Meinungsklima, das einen publizistischen Skandal wie die Judenserie mit ihren Begleiterscheinungen erst möglich macht.“²⁹⁸

Generell waren die meisten Zeitungen dafür, dieses Thema zu behandeln, aber dass dies in einer anderen Form geschehen müsse. Der Kronen Zeitung wurde von mehreren Seiten vorgeworfen, mit dieser Artikelserie populistische Geschäfte zu machen. Der Inhalt der Serie wurde nicht nur von der AZ strikt abgelehnt, sondern auch von der „Kleinen Zeitung“ und dem „Kurier“, jedoch in einem unterschiedlich hohen Ausmaß.²⁹⁹

²⁹⁷ Vgl. ebd.: 288.

²⁹⁸ Zit. nach ebd.: 288.

²⁹⁹ Vgl. ebd.: 289.

8. Studie zum Thema Antisemitismus in Österreich nach Bernd Marin in Hinblick auf die Parteipräferenz

In diesem Kapitel werde ich die gesammelten Meinungsumfragen zum Thema „Antisemitismus in Österreich“ aus Bernd Marins „Antisemitismus ohne Antisemiten – Autoritäre Vorurteile und Feindbilder“ in Hinblick auf die Parteipräferenz analysieren. Themen werden aber auch die Sympathiewerte bezüglich des Nahostkonflikts, Philosemitismus und Umfragewerte zu Friedrich Peter sein. Die verwendeten Umfragebefunde enthalten Daten von der Sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft (SWS) aus den Jahren 1967, 1968, 1969, 1982 und 1983, von Weiss 1976, dem Institut für Markt- und Sozialanalysen GesmbH (IMAS) aus dem Jahr 1973 und dem Fessel + GfK Institut 1982.

In den Jahren 1969 bis 1982 war insgesamt ein Abnehmen des starken Antisemitismus zu verzeichnen, dafür wurde der schwache Antisemitismus in der Bevölkerung stärker ausgeprägt. Bezüglich des starken Antisemitismus fällt auf, dass im Hinblick auf die Parteipräferenz der Befragten die FPÖ-Sympathisanten von einem sehr hohen Niveau von 55 Prozent im Jahr 1969 ausgingen und bis 1982 den stärksten Rückgang zu verzeichnen hatten. Mit 42 Prozent ist der Anteil der starken Antisemiten aber immer noch weit über den Werten von ÖVP mit 25 Prozent und SPÖ mit 16 Prozent. Die KPÖ ist in diesem Zusammenhang die einzige Partei, die in diesem Zeitraum einen Anstieg von starkem Antisemitismus aufweist. Der Anteil stieg bei der KPÖ von 22 Prozent im Jahr 1969 um 5 Prozentpunkte an und hat somit einen immer noch deutlich unter der FPÖ liegenden Anteil von 27 Prozent.³⁰⁰ Der Anstieg des starken Antisemitismus unter den KPÖ-Wählern und Wählerinnen könnte durch die starke Ablehnung Israels in diesem Zeitrahmen durch die KPÖ interpretiert werden.

³⁰⁰ Vgl. Marin, Bernd: Umfragebefunde zu Antisemitismus und Fremdenangst in Österreich und Zentraleuropa (1946-1991). In: Bernd *Marin*, Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder (Wien 2000): 529. Quelle: SWS, FB 104/B 77 a, Nov./Dez. 1969; SWS, FB 210/B 170, Nov. 1982.

Im Zusammenhang mit dem Einstellungswandel zu Israel ist insgesamt ein dramatischer Sympathieverfall zwischen 1976 und 1982 zu bemerken. Im Jahr 1976 waren es noch 86 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen, die für Israel Sympathie empfanden und nur 7 Prozent die Israel ablehnten und verurteilten. 1982 waren es hingegen nur noch 21 Prozent die sich für Israel aussprachen, jedoch 51 Prozent der Bevölkerung verurteilten die kriegerischen Auseinandersetzungen Israels.³⁰¹

Wenn man nun im Zeitraum Juni 1967 bis März 1983 vergleicht, ob die österreichische Bevölkerung eher Sympathie für Israel oder für Palästina empfindet, erkennt man auch sehr gut den Stimmungswandel im Land. 1967 waren noch bei 52 Prozent der Bevölkerung die Sympathien bei Israel und nur 14 Prozent waren auf der Seite der Palästinenser. Nach einem Stimmungsabfall nach dem Jom-Kippur-Krieg im Oktober 1973, der beide Parteien negativ betroffen hatte, fiel die Sympathie für Israel bis 1983 weiter kontinuierlich bis 23 Prozent ab, 35 Prozent der Österreicher und Österreicherinnen hatten hingegen ihre Sympathie bei den Arabern. 42 Prozent enthielten sich ihrer Stimme und wollten keine Partei ergreifen.³⁰²

Nach dem Libanonkrieg im Jahr 1982 hat sich die Einstellung gegenüber Israel im Allgemeinen verschlechtert. Eine Verbesserung der Haltung zu Israel ist in keiner politischen Präferenz deutlich, am ehesten noch unter KPÖ-Sympathisanten, von denen immerhin 11 Prozent angaben, nach dem Krieg Israel positiver zu betrachten. Demgegenüber standen jedoch 62 Prozent die anderer Meinung waren und nun ein schlechteres Bild von Israel haben. Beim Rest hat sich die Meinung nicht geändert. Unter den FPÖ-Sympathisanten gaben 58 Prozent an, dass sich ihre Einstellung verschlechtert habe. Bei SPÖ und ÖVP hat sich bei rund der Hälfte ihrer Wähler und Wählerinnen die Einstellung nach

³⁰¹ Vgl. ebd.: 515. Quelle: Weiss, 1976; SWS F 210/B 170, Nov. 1982.

³⁰² Vgl. ebd.: 582. Quelle: SWS, Jun. 1967; IMAS, Okt. 1973; SWS, Mär. 1983.

dem Libanonkrieg nicht geändert. Beim Rest hat sich die Haltung größtenteils verschlechtert.³⁰³

Ein etwas anderes Meinungsbild ergibt sich, wenn die Frage etwas anders formuliert wird, nämlich ob im Herbst 1982 Israel Sympathie und Anerkennung verdient oder von vielen zu Recht abgelehnt und verurteilt wird. Auch hier ergibt sich das Bild, dass vor allem FPÖ-(67%) und KPÖ-Sympathisanten (62%) der Meinung sind, dass Israel zu Recht abgelehnt wird. Anerkennung und Sympathie wird in keiner Parteipräferenz mehrheitlich geteilt. Die SPÖ-Sympathisanten haben hier aber noch den höchsten Anteil mit 24 Prozent, wobei auch unter den SPÖ-Anhängern 50 Prozent der Meinung waren, dass Israel Ablehnung verdient hat.³⁰⁴

Interessant ist vor allem in Bezug auf den Nahostkonflikt, wie die Nahostpolitik Bruno Kreiskys eingeschätzt wird. Gut ein Drittel der Bevölkerung sah seine Herangehensweise als eher erfolgreich an, wohingegen knapp ein Viertel sie als eher erfolglos klassifizierte. 44 Prozent konnten keine Stellung dazu abgeben. Wenn man genauer nachfragt und wissen möchte, wem die Nahostpolitik Kreiskys im Endeffekt genützt hat, war ein Viertel der Bevölkerung Österreichs der Meinung, dass sie keinem genützt hat. 18 Prozent erkannten einen Vorteil für Österreich und 13 Prozent für das palästinische Volk. Die Menschen, die der Meinung waren, dass Kreiskys Politik dem israelischen Volk nutzen brachte, betrugen nur drei Prozent.³⁰⁵

Im Jahr 1973, also bereits drei Jahre nachdem Kreisky Bundeskanzler wurde, waren 44 Prozent der FPÖ-Sympathisanten und 27 Prozent der ÖVP-Sympathisanten der Meinung, dass es für Österreich besser wäre keine Juden im Land zu haben. Nur 34 Prozent der FPÖ-Wähler und Wählerinnen verneinten diese Aussage. Unter den SPÖ-Anhängern war der Widerstand dieser Aussage mit knapp über 50 Prozent am höchsten. Aber auch unter ihnen waren immerhin

³⁰³ Vgl. ebd.: 508. Quelle: SWS, F 210/B 170, Nov. 1982.

³⁰⁴ Vgl. ebd.: 517. Quelle: SWS, FB 210/ B 170, Nov. 1982.

³⁰⁵ Vgl. ebd.: 520. Quelle: Dr. Fessel + GfK, Jul./Aug. 1982.

18 Prozent, die diese Aussage unterstützten.³⁰⁶ Diese 18 Prozent widersprechen sozusagen ihrem eigenen Wahlverhalten. In der Frage wird nämlich nicht zwischen assimilierten und nicht-assimilierten Juden unterschieden und somit kann davon ausgegangen werden, dass jene 18 Prozent Probleme mit Menschen jüdischer Herkunft im Allgemeinen haben.

Auf die Frage, ob sie nach nur wenigen Minuten sagen können, ob jemand ein Jude ist, sagten im Jahr 1968 40 Prozent der FPÖ-Sympathisanten „ja“. Fast genauso viele, nämlich 39 Prozent, verneinten diese Frage. Dennoch handelt es sich hierbei jeweils um die Extremwerte bezüglich der Parteipräferenz. Von allen anderen Partei-Anhängern wurde die Frage von mehr als der Hälfte verneint. Von den SPÖ-Sympathisanten meinten 65 Prozent, dass sie Juden oder Jüdinnen nicht bereits nach wenigen Minuten erkennen könnten. Überraschend ist vielleicht, dass von der ÖVP-Wählerschaft die wenigsten (22%) behaupteten, Juden sofort zu erkennen.³⁰⁷ Dennoch ist 22 Prozent in dieser Hinsicht immer noch ein relativ hoher Wert.

Wenn man nun die Judenklischees aus dem Jahr 1973 betrachtet, fällt auf, dass auch hier der Großteil der Stereotypen unter den FPÖ-Anhängern die meiste Zustimmung findet. So zum Beispiel bei dem Klischee: „Wo Juden das Geschäftsleben beherrschen, da kommt im Allgemeinen keiner mehr hinein.“ 72 Prozent der FPÖ-Sympathisanten stimmen dieser Aussage zu. Aber auch unter SPÖ- und ÖVP-Anhängern ist dieses Klischee mit jeweils 64 Prozent stark vertreten. Auch die Aussage „Die Juden sind oft Ausbeuter und leben von der Arbeit anderer“ findet bei knapp zwei Drittel der FPÖ-Anhängerschaft Zustimmung, während dies bei ÖVP (41%) und SPÖ (38%) doch einigermaßen niedriger ausfällt. Die ÖVP-Wähler haben im Vergleich zu den anderen Parteien die größte Zustimmung bei der Aussage „Viele Juden sind überheblich, herrschsüchtig“. 38 Prozent von ihnen stimmen diesem Klischee zu, SPÖ kommt hier auf 24 Prozent Zustimmung, die FPÖ auf 30 Prozent. Auffallend ist, dass bei

³⁰⁶ Vgl. ebd.: 535. Quelle: IMAS, Okt. 1973.

³⁰⁷ Vgl. ebd.: 548. Quelle: SWS, FB 84, Mär. 1968

positiv konnotierten Klischees wie Verlässlichkeit, Humor und Hilfsbereitschaft, die Zustimmung aus allen drei Parteipräferenzen relativ niedrig ausfällt. Philosemitische Tendenzen lassen sich hier ebenfalls bis zu einem gewissen Grad herauslesen. So sind bei den beiden Aussagen „Die Juden sind tüchtig und bringen es zu etwas“ sowie „Die Juden haben einen starken Familiensinn“ ebenfalls die FPÖ-Anhänger jene mit der meisten Zustimmung. Wobei hier ergänzt werden muss, dass auch die beiden anderen Parteipräferenzen hier eine sehr starke Zustimmung vorzuweisen haben.³⁰⁸

Besonders interessant ist der Antisemitismusindex aus dem Jahr 1973. Dabei mussten die befragten Personen aus fünf Aussagen wählen, welchen sie zustimmen würden. Bei drei oder mehr Zustimmungen galt man als „stark antisemitisch“, einer oder zwei Zustimmungen bedeuteten „schwachen Antisemitismus“ und wenn man keiner der Aussagen zugestimmt hat, hatte man keine antisemitische Neigung. Die fünf Aussagen waren.

- Es wäre für Österreich besser, keine Juden im Land zu haben
- Würde keinen Juden heiraten
- Wenn ein Jude etwas Gutes tut, dann tut er es meistens nur aus Berechnung
- Die meisten Juden sind feige
- Die meisten Juden sind geizig und raffgierig

Wenn man das Ergebnis dieses Index unabhängig von Parteipräferenz interpretiert, so ergibt sich daraus, dass 46 Prozent der österreichischen Bevölkerung eine schwache antisemitische Neigung aufweisen. 24 Prozent sind demnach sogar stark antisemitisch. Nach Parteipräferenz aufgeschlüsselt weisen die FPÖ-Anhänger mit 33% überdurchschnittlich viele starke Antisemiten auf und auch beim „schwachen“ Antisemitismus liegen sie mit 52 Prozent über

³⁰⁸ Vgl. ebd.: 552f. Quelle: IMAS, Okt. 1973.

dem Durchschnitt. Doch auch die ÖVP-Wählerschaft weist demnach 29 Prozent starke Antisemiten auf, was ebenfalls noch knapp über dem österreichweiten Durchschnitt liegt. Bei der SPÖ zeigt sich das umgekehrte Bild. So seien unter ihren Anhängern „nur“ 19 Prozent starke Antisemiten. Beim schwachen Antisemitismus sind sie ebenfalls knapp unterm Durchschnitt, dafür bei jenen Wählern und Wählerinnen, die keine antisemitische Neigung haben, mit 37 Prozent klar über dem Durchschnitt. Trotz allem ist es bemerkenswert, dass bei jeder Parteipräferenz der Anteil an schwachen und starken Antisemiten klar über jenen ohne antisemitischer Neigung liegt.³⁰⁹

Fast konträr verläuft der Index für Philosemitismus. Hier waren, nach denselben Bedingungen wie zuvor beim Antisemitismusindex, folgende Aussagen gegeben:

- Die Juden sind hilfsbereit; sie helfen, wo sie können
- Die Juden sind großzügig; sie handeln nach dem Grundsatz: Leben und leben lassen
- Die Juden sind verlässlich, sie stehen zu ihrem Wort
- Würde einen Juden heiraten
- Die Österreicher müssen sich wegen der Mitschuld an NS-Verbrechen besonders für die Juden einsetzen

Der Unterschied zum Antisemitismusindex liegt hier nur in wenigen Prozentpunkte. So liegen jene mit stark philosemitischer Neigung bei 23 Prozent, jene mit schwacher philosemitischer Neigung bei 48 Prozent und der Rest beläuft sich auf 29 Prozent und gelten somit als nicht philosemitisch. Innerhalb der Parteipräferenzen dreht sich das Bild jedoch um, die FPÖ-Anhänger sind dieses Mal jene mit unterdurchschnittlichen Philosemitismus-Werten und die SPÖ-

³⁰⁹ Vgl. ebd.: 556f. Quelle: IMAS, Okt. 1973.

Wähler jene die darüber liegen. Die ÖVP-Wählerschaft spiegelt hier den Durchschnitt fast zur Gänze wider.³¹⁰

Beim Antisemitismus-Index aus dem Jahre 1982 wurde die Aussage „Die Juden haben in der Geschichte viel Unheil gestiftet“ von 42 Prozent der österreichischen Bevölkerung mit „stimmt“ oder „stimmt eher“ beantwortet. Diese gelten demnach als antisemitisch. Gewichtet man die Ergebnisse nach Parteipräferenz so ergibt sich daraus, dass die FPÖ-Wählerschaft die einzige Partei ist, die laut Index mit -44,26 im negativen Bereich ist und somit als antisemitisch zu bewerten ist. Alle anderen Parteien und auch jene ohne politische Präferenz befinden sich im positiven Bereich. Demnach ist die SPÖ mit +35,12 am meisten „nicht antisemitisch“ gefolgt von jenen ohne Präferenz mit +28,59.³¹¹

Ähnlich verhält es sich bei der Aussage „Es ist nicht nur Zufall, daß die Juden in ihrer ganzen Geschichte so oft verfolgt wurden; zumindest zum Teil sind sie selbst schuld daran“. Nur 21 Prozent der Bevölkerung war der Ansicht, dass diese Aussage falsch ist. Etwas mehr, nämlich 22 Prozent, stimmten dem voll zu, der Rest (57%) war der Meinung, dass es zum Teil stimmt. Bezüglich der politischen Präferenz zeigt sich das gleiche Bild wie zuvor. Aus der FPÖ-Wählerschaft galten demnach 42 Prozent als stark antisemitisch und nur 12 Prozent als nicht antisemitisch. Die SPÖ-Wählerschaft war die einzige, die in Bezug auf den starken Antisemitismus mit 16 Prozent klar unter dem österreichischen Durchschnitt lag. Als „nicht antisemitisch“ galten hingegen in der SPÖ auch nur 24 Prozent.³¹²

Zum Abschluss werden noch ein paar Umfragewerte zum Thema Friedrich Peter und SS-Vergangenheit analysiert. In der ersten geht es darum, wie die Österreicher und Österreicherinnen über den Rückzug Peters als Kandidat für den Posten des dritten Nationalratspräsidenten dachten. Gut zwei Drittel der Bevölkerung befürworteten diese Entscheidung entweder, weil sie der Meinung

³¹⁰ Vgl. ebd.: 558f. Quelle: IMAS, Okt. 1973.

³¹¹ Vgl. ebd.: 521ff. Quelle: SWS F 210/B 170, Nov. 1982.

³¹² Vgl. ebd.: 534ff. Quelle: SWS FB 210/B 170, Nov. 1982.

waren, dass er aufgrund seiner SS-Vergangenheit grundsätzlich für diesen Posten ungeeignet war oder, weil die Kandidatur zu heftigen innenpolitischen Auseinandersetzungen geführt hätte. 28 Prozent waren gegen diesen Schritt. Sie waren der Meinung, dass eine ehemalige SS-Mitgliedschaft 40 Jahre später niemanden aus einem Amt ausschließen dürfe oder weil er sich der Medienhetze nicht beugen hätte dürfen. Spaltet man dies wieder auf die einzelnen Parteipräferenzen auf, so waren zwei Drittel der FPÖ-Wähler und Wählerinnen gegen den Rückzug Peters und knapp ein Drittel befürwortete diesen Schritt. Die Alternative Liste, eine Vorgängerorganisation der Grünen, war mit 84 Prozent am eindeutigsten für dessen Rückzug, nur 16 Prozent von diesen Sympathisanten waren dagegen. Die SPÖ- und ÖVP-Wählerschaft votierte bis auf ein paar Prozentpunkte Unterschied fast gleich. Zirka Zwei Drittel von ihnen befürwortete den Rückzug. Bei den SPÖ-Wähler und Wählerinnen waren jedoch 28 Prozent gegen seinen Rückzug, bei der ÖVP waren es mit 23 Prozent etwas weniger.³¹³

³¹³ Vgl. ebd.: 586f. Quelle: SWS, F 215/B 175, Jun. 1983.

9. Zusammenfassung

Als Fazit kann also gesagt werden, dass die österreichische Bevölkerung und die Politik 15 Jahre nach den Schrecken des Holocausts weiter antisemitisch eingestellt war, auch wenn der Antisemitismus in den meisten Fällen nicht direkt zum Vorschein kam. Dieser Antisemitismus kann nicht auf eine einzige Partei reduziert werden, sondern zog sich durch alle politischen Sphären. In dieser abschließenden Zusammenfassung möchte ich noch einmal genauer auf die forschungsleitenden Fragen eingehen und diese beantworten.

- Wie wurde innerhalb der Parteien in den 1960er und 1970er Jahren mit antisemitischen Vorfällen umgegangen und wie haben sich antisemitische Ressentiments geäußert?

Dies kann nun so beantwortet werden, dass vor allem in der ÖVP, Antisemitismus nicht nur latent, sondern auch durchwegs offen durch Beschimpfungen zum Vorschein kam. Im Zuge von Wahlkämpfen wurde indirekt auf den Unterschied zum Exilanten mit jüdischer Herkunft, Bruno Kreisky, aufmerksam gemacht und im Nationalrat kam es zu Entgleisungen diverser Abgeordneter, von denen man sich nie direkt distanzierte. Ebenso wurde in der Affäre Borodajkewycz deutlich, dass sich die ÖVP äußerst schwertat, sich von antisemitischen Vorfällen zu distanzieren und diese auch offen zu verurteilen.

In der SPÖ verlief der Umgang mit Antisemitismus etwas anders. Bei ihr waren es weniger direkte Entgleisungen, sondern mehr die nicht vollzogene Rückholung der jüdischen Exilanten und Exilantinnen die zuvor in der SPÖ tätig waren. Dies war vor allem auf die Dominanz des rechten Flügels in den Nachkriegsjahren zurückzuführen. Auch im Zuge der Entnazifizierungspolitik erkannte man die Präferenzen der Partei, die lieber auf Wählerfang unter den ehemaligen Nationalsozialisten ging, als auf ihre früheren Partei-Genossen zu setzen. Antisemitische Entgleisungen ihrer politischen Gegner prangerten sie immer wieder an, vor allem wenn es gegen sie selbst ging. Vorwürfe die sich jedoch auf die eigene Partei bezogen, wurden stets verharmlost. In der SPÖ spielte außerdem ab den 1970er Jahren Antizionismus eine weitaus

bedeutendere Rolle als Antisemitismus. Auch die KPÖ fiel mehr durch ihren Antizionismus auf, als durch antisemitische Ressentiments.

Das der VdU, beziehungsweise die spätere FPÖ, als Auffangbecken ehemaliger Nationalsozialisten zu verstehen ist, lässt bereits erahnen, dass es sich hierbei hauptsächlich um Antisemiten handelte. Keines ihrer Grundsatzprogramme enthält Auseinandersetzungen mit Nationalsozialismus, Antisemitismus oder dem Holocaust und auch antisemitische Äußerungen der Parteimitglieder waren keine Seltenheit. Einige Parteimitglieder die sich zu äußerst fragwürdigen Kommentaren hinreißen ließen, wurden in der Folge auch vom Parteiobmann Friedrich Peter aus der Partei ausgeschlossen, der die FPÖ salonfähig machen wollte. Einige traten selbst aus der Partei aus oder spalteten sich ab.

- Vom Antisemitismus zum Antizionismus. Wie hat sich der Antisemitismus mit der Zeit verändert und was war das Besondere am Antisemitismus bzw. Antizionismus aus der österreichischen Linken?

KPÖ und SPÖ waren beide keine klassischen Parteien für Antisemiten und vor allem ihre Studenten waren klar anti-antisemitisch eingestellt, wie auch ihr Umgang in der Affäre Borodajkewycz zeigte.

Die Linken Parteien, KPÖ und SPÖ, haben außerdem gemein, dass sie beide zuvor pro-israelitisch eingestellt waren. Die KPÖ änderte ihre Meinung nach dem Sechstagekrieg im Jahr 1967 und orientierte sich dabei an der Außenpolitik Moskaus. Sie übernahmen in der Folge eine radikale Position gegenüber Israel und befürworteten den bewaffneten Widerstand der Palästinenser.

Die SPÖ hingegen war längere Zeit auf der Seite Israels, was auch darauf zurückzuführen sein könnte, dass sie sich zum einen von der KPÖ klar abgrenzen wollten und zum anderen um antisemitischen Vorwürfen zu entgehen. Erst mit dem Jom-Kippur-Krieg im Jahr 1973 löste sich die einseitige Berichterstattung aus den Parteimedien auf. Der klaren Wandel hin zur Israelkritik wurde in der SPÖ jedoch erst in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Grundkonsens und ist sicherlich zu einem beachtlichen Teil dem Antizionismus Bruno Kreiskys zuzuschreiben, der in dieser Hinsicht in der SPÖ meinungs-

bildend war. Antisemitismus wurden der SPÖ daraufhin von mehreren Seiten vorgeworfen, auch von Parteigenossen wie Robert Rauscher, der bedingungslos zu seiner Solidarität mit Israel stand.

- Eine Sozialhistorische Meinungsumfrage zu Beginn der 80er Jahre zeigt die Einstellung zu Juden, Israel und Antisemitismus in der österreichischen Bevölkerung. Gibt es einen Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und Parteipräferenz?

Die Analyse der Meinungsumfragen zum Antisemitismus in Österreich zeigte deutlich, dass keine Partei Österreichs frei von Antisemitismus war. Auffällig ist daran, dass die FPÖ erwartungsgemäß jene Partei ist, die bei allen Umfragebefunden die meisten Sympathisanten mit antisemitischen und auch stark antisemitischen Tendenzen aufweist. Auch die ÖVP weist einen relativ hohen Anteil an antisemitischen Wählern und Wählerinnen in den 60er und 70er Jahren auf und auch die theoretisch nicht-antisemitischen Linken Parteien erreichen antisemitische Wählerschichten, jedoch nicht in diesem Ausmaß wie im rechten politischen Spektrum. Bei den SPÖ-Sympathisanten wird außerdem deutlich, wie sich die Meinung zu Israel im Laufe der Zeit negativ verändert hat. In allen anderen Umfragen sind die SPÖ-Wähler und –Wählerinnen aber jene mit dem geringsten Antisemitismus-Potenzial, jedoch auch jene mit dem höchsten Philosemiten-Anteil.

Alles in allem kann die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen antisemitischen Einstellungen und Parteipräferenz, gibt mit „Ja“ beantwortet werden. Starke Antisemiten neigten demnach eher dazu rechte Parteien wie die FPÖ zu wählen, „gemäßigtere“ Antisemiten wählten eher ÖVP und jene Wähler und Wählerinnen die am wenigsten antisemitisch eingestellt waren, entschieden sich eher für die linke Parteien wie KPÖ und SPÖ. Antizionisten gibt es den Umfragewerten nach in allen Parteipräferenzen im überwiegenden Maße, wobei hier auch FPÖ und KPÖ ganz vorne mitmischen. Natürlich gibt es in alle Richtungen Ausreißer, aber alles in allem kann gesagt werden, dass ein Zusammenhang zwischen Antisemitismus und Parteipräferenz vorhanden ist.

Abschließend soll noch angemerkt werden, dass derzeit ein vom Wissenschaftsfond FWF gefördertes Forschungsprojekt, mit dem Titel „Antisemitismus als politische Strategie und die Entwicklung der Demokratie“ von der Universität Wien, läuft. Forschungsleiterin ist die Politikwissenschaftlerin Eva Kreisky und es soll die antisemitische Rhetorik im österreichischen Parlament nach dem Zweiten Weltkrieg untersucht werden. Dabei werden vom Forschungsteam rund 3.500 stenographische Protokolle des Parlamentsarchivs aus dem Zeitraum 1945 bis 2008 auf antisemitische Äußerungen übergeprüft, wobei auch etwaige Ordnungsrufe eine Rolle spielen. Es wird aufgezeigt, wie sehr parlamentarische Rhetorik und die demokratische Kultur miteinander verknüpft sind und wie sehr sich im Laufe der Zweiten Republik die Sensibilität in Bezug auf antisemitische Themen verändert hat.³¹⁴

³¹⁴ Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) (Hrsg.), Antisemitismus und parlamentarische Rhetorik. In: Magazin „scilog“, online: <http://scilog.fwf.ac.at/kultur-gesellschaft/4133/antisemitismus-und-parlamentarische-rhetorik> (Wien o.J.), (18.5.2016).

10. Literaturverzeichnis

Evelyn *Adunka*, Antisemitismus in der Zweiten Republik. Ein Überblick anhand einiger ausgewählter Beispiele. In: Heinz P. *Wassermann* (Hrsg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002).

Walter *Baier*, Das kurze Jahrhundert. Kommunismus in Österreich. KPÖ 1918 bis 2008 (Wien 2009).

Brigitte *Bailer*, Wolfgang *Neugebauer*, Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus. In: Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hrsg.), Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus (aktualisierte und erweiterte Neuauflage, Wien 1996).

Wolfgang *Benz*, Antisemitismus. Präsenz und Tradition eines Ressentiments (Schwalbach/Ts 2015).

Wolfgang *Benz*, Was ist Antisemitismus? (München 2004).

Wolfgang *Benz* (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik (Berlin 1991).

Werner *Bergmann*, Rainer *Erb*, Albrecht *Lichtblau* (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt/Main [u.a.] 1995).

Karl *Blecha*, Heinz *Kienzl*, Hubert *Pfösch*, Die politische Remigration in der Nachkriegspolitik. In: Heinz *Kienzl*, Susanne *Kirchner* (Hrsg.), Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen. Erinnerungen und Spurensuche (Wien 2002).

Gerhard *Botz*, Ivar *Oxdaal*, Michael *Pollak*, Nina *Scholz* (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002).

Thomas *Chorherr*, Eine kurze Geschichte der ÖVP. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005).

Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992).

Christian *Dickinger*, Die Skandale der Republik. Haider, Proksch & Co (Wien 2001).

Josef *Ehmer*, Die Kommunistische Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992).

Helga *Embacher*, Jüdisches Leben nach der Schoah. In: Gerhard *Botz*, Ivar *Oxdaal*, Michael *Pollak*, Nina *Scholz* (Hrsg.), Eine zerstörte Kultur. Jüdisches Leben und Antisemitismus in Wien seit dem 19. Jahrhundert (Wien 2002).

Hubert *Feichtlbauer*, Der Fall Österreich. Nationalsozialismus, Rassismus: Eine notwendige Bilanz (Wien 2000).

Heinz *Fischer* (Hrsg.), Einer im Vordergrund: Taras Borodajkewycz. Eine Dokumentation (Wien 1966).

Heinz *Fischer*, Zur Entwicklung des Regierungs- und Parteiensystems in der Zweiten Republik. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998).

Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) (Hrsg.), Antisemitismus und parlamentarische Rhetorik. In: Magazin „scilog“, online: <http://scilog.fwf.ac.at/kultur-gesellschaft/4133/antisemitismus-und-parlamentarische-rhetorik> (Wien o.J.).

Markus *Fugmann*, Moderner Antisemitismus (Frankfurt/Main 1998).

Maximilian *Gottschlich*, Die große Abneigung. Wie antisemitisch ist Österreich? Kritische Befunde zu einer sozialen Krankheit. (Wien 2012).

Michael *Graber*, Die Affäre Borodajkewycz. In: *Kommunistische Partei Österreichs* (Hrsg.), „Der Tote ist auch selber schuld.“ Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchweger (Wien 2015).

Barbara *Kaindl-Widhalm*, Demokraten wider Willen? Autoritäre Tendenzen und Antisemitismus in der 2. Republik (Wien 1990).

Heinz *Kienzl*, Susanne *Kirchner* (Hrsg.), Ein neuer Frühling wird in der Heimat blühen. Erinnerungen und Spurensuche (Wien 2002).

Robert *Knight* (Hrsg.), „Ich bin dafür, die Sache in die Länge zu ziehen“. Die Wortprotokolle der österreichischen Bundesregierung von 1945 bis 1952 über die Entschädigung der Juden (Wien 2000).

Kommunistische Partei Österreichs (Hrsg.), „Der Tote ist auch selber schuld.“ Zum 50. Jahrestag der Ermordung von Ernst Kirchweger (Wien 2015).

Helmut *Konrad*, Die Olah-Krise. Eine Krise der Sozialdemokratie. In: Peter *Pelinka*, Gerhard *Steger* (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945 (Wien 1988).

Helmut *Kramer*, Karin *Liebhart*, Friedrich *Stadler* (Hrsg.), Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand (Wien 2006).

Bruno *Kreisky*, Der Mensch im Mittelpunkt. Der Memoiren dritter Teil (Wien 1996).

Bruno *Kreisky*, Im Strom der Politik. Der Memoiren zweiter Teil (Wien 1988).

Bruno *Kreisky*, Zwischen den Zeiten. Erinnerungen aus fünf Jahrzehnten (Berlin 1986).

Bruno *Kreisky*, Manuel *Lucbert* (Hrsg.), Die Zeit in der wir leben. Betrachtungen zur internationalen Politik (Wien, Innsbruck [u.a.] 1978).

Doris *Kremser*, Sozialdemokratie und Judentum im Österreich der Zweiten Republik (Dipl.-Arbeit, Wien 1999).

Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998).

Rafael *Kropiunigg*, Eine österreichische Affäre. Der Fall Borodajkewycz (Wien 2015).

Gerald *Lamprecht* (Hrsg.), Antizionismus, Antisemitismus und Israelkritik (Graz 2007).

Cornelius *Lehnguth*, Waldheim und die Folgen. Der parteipolitische Umgang mit dem Nationalsozialismus in Österreich. In: Gerhard *Botz*, Josef *Ehmer* (Hrsg.), Studien zur historischen Sozialwissenschaft, Bd. 35. (Frankfurt/Main 2013).

Kurt Richard *Luther*, Die Freiheitliche Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992).

Kurt Richard *Luther*, Zwischen unkritischer Selbstdarstellung und bedingungsloser externer Verurteilung: Nazivergangenheit, Antisemitismus und Holocaust im Schrifttum der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Werner *Bergmann*, Rainer *Erb*, Albrecht *Lichtblau* (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt/Main [u.a.] 1995).

Walter *Manoschek*, „Aus der Asche dieses Krieges wieder auferstanden“. Skizzen zum Umgang der Österreichischen Volkspartei mit Nationalsozialismus und Antisemitismus nach 1945. In: Werner *Bergmann*, Rainer *Erb*, Albrecht *Lichtblau* (Hrsg.), Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland (Frankfurt/Main [u.a.] 1995).

Bernd *Marin*, Umfragebefunde zu Antisemitismus und Fremdenangst in Österreich und Zentraleuropa (1946-1991). In: Bernd *Marin*, Antisemitismus ohne Antisemiten. Autoritäre Vorurteile und Feindbilder (Wien 2000).

Bernd *Marin*, Ein historisch neuartiger >Antisemitismus ohne Antisemiten<. In: Anton *Pelinka*, Helmut *Reinalter* (Hrsg.), Vergleichende Gesellschaftsgeschichte und politische Ideengeschichte der Neuzeit, Bd. 3: Antisemitismus in Österreich. Sozialhistorische und soziologische Studien (Innsbruck 1983).

Maria *Mesner*, Braune Flecken: historiografische und andere Schwierigkeiten im Umgang mit den Ex-Nazis in Österreich. In: Helmut *Kramer*, Karin *Liebhart*, Friedrich *Stadler* (Hrsg.), Österreichische Nation – Kultur – Exil und Widerstand (Wien 2006).

Maria *Mesner* (Hrsg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel der SPÖ (Wien 2005).

Franz *Muhri*, Die Zweite Republik Österreich. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998).

Wolfgang C. *Müller*, Die Österreichische Volkspartei. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Helmut *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992).

Wolfgang *Neugebauer*, Peter *Schwarz*, Der Wille zum aufrechten Gang. Offenlegung der Rolle des BSA bei der gesellschaftlichen Reintegration ehemaliger Nationalsozialisten. Hrsg.: Bund sozialdemokratischer AkademikerInnen, Intellektueller und KünstlerInnen (Wien 2005).

Sonja *Niederacher*, Die Entwicklung der Entnazifizierungsgesetzgebung. In: Maria *Mesner* (Hrsg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel SPÖ (Wien 2005).

Christoph *Nonn*, Antisemitismus. In: Arnd *Bauerkämper*, Peter *Steinbach*, Edgar *Wolfrum* (Hrsg.), Kontroversen um die Geschichte (Darmstadt 2008).

Bruce *Pauley*, Eine Geschichte des österreichischen Antisemitismus. Von der Ausgrenzung zur Auslöschung (Wien 1993).

Anton *Pelinka*, Hubert *Sickinger*, Karin *Stögner*, Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008).

Peter *Pelinka*, Eine kurze Geschichte der SPÖ. Ereignisse, Persönlichkeiten, Jahreszahlen (Wien 2005).

Peter *Pelinka*, Sozialdemokratie in Österreich (Wien 1988).

Peter *Pelinka*, Gerhard *Steger* (Hrsg.), Auf dem Weg zur Staatspartei. Zu Geschichte und Politik der SPÖ seit 1945 (Wien 1988).

Friedrich *Peter*, Wurzeln und Entwicklungslinien der Freiheitlichen Partei Österreichs. In: Robert *Kriechbaumer* (Hrsg.), Österreichische Nationalgeschichte nach 1945. Die Spiegel der Erinnerung: Die Sicht von innen, Bd. 1. (Wien [u.a.] 1998).

Artur *Possnigg*, Franz Olah – der erste Machtpolitiker Österreichs? (Dipl.-Arbeit, Wien 2001).

Oliver *Rathkolb*, Die Paradoxe Republik. Österreich 1945 bis 2015 (aktualisierte und erweiterte Neuausgabe, Wien 2015).

Oliver *Rathkolb*, Zur Kontinuität antisemitischer und rassistischer Vorurteile in Österreich 1945/1950. In: Zeitgeschichte, Jg. 16 (1988/1989), Heft 5, S. 167-179.

Margit *Reiter*, Antisemitismus von links? Traditionen – Kontinuitäten – Ambivalenzen. In: Heinz P. *Wassermann* (Hrsg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung (Innsbruck 2002).

Margit *Reiter*, Unter Antisemitismus-Verdacht. Die österreichische Linke und Israel nach der Shoah (Innsbruck – Wien – München 2001).

Samuel *Salzborn*, Antisemitismus. Geschichte, Theorie, Empirie (Baden-Baden 2014).

Erich *Schmidt*, Albrecht K. *Konecny*, „Heil Borodajkewycz!“. Österreichs Demokraten im Kampf gegen Professor Borodajkewycz und seine Hintermänner (Wien 1966).

Doris *Sottopietra*, Variationen eines Vorurteils. Eine Entwicklungsgeschichte des Antisemitismus in Österreich (Wien 1997).

Doris *Sottopietra*, Maria *Wirth*, Ehemalige NationalsozialistInnen in der SPÖ: eine quantitative und qualitative Untersuchung. In: Maria *Mesner* (Hrsg.), Entnazifizierung zwischen politischem Anspruch, Parteienkonkurrenz und Kaltem Krieg. Das Beispiel SPÖ (Wien 2005).

DER SPIEGEL, Personalien - Karl Otto Pöhl, William Proxmire, Jo Collins, Oonyale Luna, Hans Klement, Hans Maier, Klaus von Dohnanyi, Christa von Dohnanyi. In: *DER SPIEGEL*, Heft 32 (1973), S. 98.

Leopold *Spira*, Feindbild „Jud“. 100 Jahre politischer Antisemitismus in Österreich (Wien – München 1981).

SPÖ Aktionsprogramm (Wien 1947).

Maria *Sporrer* (Hrsg.), Herbert *Steiner*, Simon Wiesenthal. Ein unbequemer Zeitgenosse (Wien 1992).

Stenographische Protokolle des Nationalrats der Republik Österreich. (www.parlament.gv.at/PAKT/STPROT/).

Frank *Stern*, Philosemitismus statt Antisemitismus: Entstehung und Funktion einer neuen Ideologie in Westdeutschland. In: Wolfgang *Benz* (Hrsg.), Zwischen Antisemitismus und Philosemitismus. Juden in der Bundesrepublik (Berlin 1991).

Karin *Stögner*, Bruno Kreisky. Antisemitismus und der österreichische Umgang mit dem Nationalsozialismus. In: Anton *Pelinka*, Hubert *Sicking*, Karin *Stögner*, Kreisky – Haider. Bruchlinien österreichischer Identitäten (Wien 2008).

Wilhelm *Svoboda*, Franz Olah. Eine Spurensicherung (Wien 1990).

Klaus *Taschwer*, Hochburg des Antisemitismus. Der Niedergang der Universität Wien im 20. Jahrhundert (Wien 2015).

Karl *Ucker*, Die Sozialdemokratische Partei Österreichs. In: Herbert *Dachs*, Peter *Gerlich*, Herbert *Gottweis*, Franz *Horner*, Kelmüt *Kramer*, Volkmar *Lauber*, Wolfgang C. *Müller*, Emmerich *Tálos* (Hrsg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs (Wien 1992).

Karl *Vocelka*, Geschichte Österreichs. Kultur – Gesellschaft – Politik (München 2002).

Heinz P. *Wassermann* (Hrsg.), Antisemitismus in Österreich nach 1945. Ergebnisse, Positionen und Perspektiven der Forschung. In: Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 3. (Innsbruck 2002).

Heinz P. *Wassermann*, Gepresste Geschichte. Der Nationalsozialismus in der veröffentlichten Meinung der Tagespresse der Zweiten Republik. Ein Beitrag zur Bewusstseinsgeschichte und Bewusstseinsbildung der Zweiten Republik (Dipl.-Arbeit, Graz 1990).

Heinz P. *Wassermann*, Naziland Österreich!? Studien zu Antisemitismus, Nation und Nationalsozialismus im öffentlichen Meinungsbild. In: Schriften des Centrums für Jüdische Studien, Bd. 2. (Innsbruck [u.a.] 2002a).

Heinz P. *Wassermann*, Zuviel Vergangenheit tut nicht gut! Nationalsozialismus im Spiegel der Tagespresse der zweiten Republik (Innsbruck 2000).

Erika *Weinzierl*, Antisemitismus in Österreich. Seine Wurzeln und sein Weiterbestehen. In: *Austriaca*, numéro spécial (1978), S. 309-332.

Jürgen *Weninger*, Dr. Norbert Burger – Eine politische Biographie (Dipl.-Arbeit, Wien 2014).

Moshe *Zuckermann*, Antisemitismus, Antizionismus, Israelkritik. Kritische Überlegungen zu geladenen Begriffen. In: Gerald *Lamprecht* (Hrsg.), Antizionismus, Antisemitismus und Israelkritik (Graz 2007).